

Courier

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Eingel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.
Der Courier ist in die Vorlesungsbücher eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 8-7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Ar. 6.

Berlin, den 25. März 1906.

10. Jahrg.

Aus den Jahresberichten.

Die Zahl der Verwaltungsstellen unseres Verbandes, welche den Mitgliedern ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag in gedruckter Form übermitteln, hat sich in diesem Jahre um 4 vermehrt; es sind dies Berlin III, Copenick, Halle und München. Zahl und Umfang der Berichte, sowie die zugehende Rückmeldung auf den Raum unseres Blattes, erlauben es uns leider nicht, die Berichte so ausführlich zu besprechen, wie dies in früheren Jahren geschehen ist; wir müssen uns vielmehr auf die Wiedergabe der notwendigsten Dinge beschränken. Schon in früheren Kritiken sprachen wir im Interesse des Zusammenbindens der Berichte die Bitte aus, das Format der Vorstandsberichte und Verbandstagsprotokolle als einheitliches zu wählen. Leider ist dieser Bitte auch diesmal nicht überall stattgegeben worden, was wir im Interesse der Sache lebhaft bedauern müssen.

Berlin I schildert treffend eingangs seines Berichtes die wirtschaftliche Lage und allgemeine Situation im Verufe. Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle ist im vergangenen Jahre um 87 1/2 pCt. d. h. von 12 507 auf 17 181 gestiegen. Der Kassensatz hat sich von 20 868,98 M. auf 29 125,89 M. erhöht. Eine große Zahl von Lohnbewegungen wurde geführt, die fast durchweg zu Gunsten der beteiligten Kollegen ausfielen; ein nähreres Eingehen auf das diesbezügliche, wertvolle Material müssen wir uns leider versagen.

Außerst interessant ist die Zusammenfassung der Mitgliedschaft. Wir lassen deshalb die Tabelle darüber, soweit sie sich auf die letzten beiden Jahre bezieht, hier folgen.

Von den Mitgliedern entfallen auf das

Handelsgewerbe:	1905	1904
Einkäufer der Abzahlungsgeschäfte sowie der Versicherungsgesellschaften	162	—
Warenhändler	113	150
Warenhändler	—	128
Geschäftsbüdiener, Bader, Portiers u. Kutscher	4 725	4 592
Handelsreisende der Elektro-Industrie	2 082	695
Kellner	376	218
Warenhändler	27	24
Summa	7 485	5 807

Kutscher:

Arbeitskutscher	623	545
Bierkutscher	478	537
Droschkenkutscher	68	—
Frachtkutscher	280	207
Geschäftskutscher	1 215	—
Kutscher ohne nähere Angabe der Branche	684	1 068
Werkkutscher	94	96
Motorkutscher	137	—
Müllkutscher	468	408
Rollkutscher	1 058	586
Summa	5 055	3 438

Arbeiter:

Arbeiter ohne nähere Angabe der Branche	505	842
Feinwerkzeuge	293	284
Kohlenarbeiter	946	547
Wagenarbeiter auf Holz-, Eisen-, Steinplätzen usw.	941	—
Feinwerkzeuge	275	273
Mineralwasserarbeiter	180	168
Spezial- und Möbeltransportarbeiter	600	558
Spezialarbeiter	868	248
Summa	4 108	2 920

Selbständige:

Selbständige	49	29
Baderinnen	71	43
Reinigungsaushilfen	336	211
Arbeiterinnen, Sortiererinnen	126	59
Summa	533	313

Leider ist die Fluktuation der Mitglieder 1905 eine größere gewesen als 1904. Die Streichungen der Neuaufgenommenen betrugen 82 pCt. gegen 22 1/2 pCt. im Jahre 1904. Der Durchschnittssatz der Ausgegebenen überhaupt beträgt 25 1/2 pCt. gegen 17 1/2 pCt. im Vorjahre.

Die Zahl der für den Verband tätigen Bezirksführer und Vertrauensleute hat sich von 536 auf 742 vermehrt. Abgegeben wurden 233 Verfassungen, 776 Betriebsbesprechungen. Die Geschäfte wurden in 154 Sitzungen erledigt. In 144 Fällen wurde mit Unternehmern seitens der Verbandsbeamten offiziell verhandelt.

Es bezogen Krankenunterstützung der Branche nach:

388 Arbeiter	in Höhe von 6308,65 M.
28 Arbeiterinnen	263,25
19 Fensterputzer	252,15
329 Handelsreisende	5982,65
559 Kutscher	6349,15
96 Lagerarbeiter der M. G. G.	1315,90
83 Leitergerüstbauer	486,30
18 Mineralwasserarbeiter	267,50

In Summa: 1265 Kollegen mit 21 235,55 M.

Das ist um 6475,90 M. höher als im Vorjahre. Von den Krankengeldern litten 14,8 pCt. an der Schwindelucht, 29,5 pCt. an den Folgen von Verkehrsunfällen; greifen wir die Kutscher aus dem allgemeinen Rahmen heraus, beträgt die letztere Krankheitsart sogar 35,4 pCt.

Der Reichsschutz ist Mitgliedern in 100 Fällen gewährt worden und hat derselbe 259,78 M. Kosten verursacht.

Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt an:

353 Handelsreisende	in Höhe von 7564,80 M.
126 Kutscher	1899,—
106 Arbeiter	1625,15
11 Kellner	199,15
12 Mineralwasserarbeiter	276,10
12 Leitergerüstbauer	150,85
7 Fensterputzer	75,—
1 Arbeiterinnen, Baderinnen	7,50

Summa: 623 Kollegen mit 11 767,95 M.

Die Mehrausgabe für diese Unterstützungsart beträgt 4204,25 M.

Nicht sehr erfreulich ist dagegen der Bericht über die Benutzung der Verbandsbibliothek. Es stimmt mit den Tatsachen nicht überein, wenn der Bericht sagt, das Bedürfnis sei das gleiche geblieben wie 1904. Es ist vielmehr sehr stark gestiegen. Die Bibliothek wurde 1904 bei 12 507 Mitgliedern in 4792 Fällen, 1905 dagegen bei 17 181 Mitgliedern nur in 4347 Fällen benutzt. Das bedeutet doch einen großen Rückgang der Leserschaft im Verhältnis zur Mitgliederzahl.

An Streik- und Gewerkschaftenunterstützung wurde die Summe von 65 281,50 M. gegen 43 401,75 M. im Vorjahre ausgegeben.

Wie wir gesehen haben, ist die Branchenverteilung bei der Berechnung der Krankenunterstützung leider eine verschobene, den Wert beeinträchtigend, von der bei der Arbeitslosenunterstützung, während bezüglich der Streikausgaben, wo sie am wertvollsten wäre, leider gar keine solche Aufrechnung vorhanden ist.

Die Gesamteinnahme der Verwaltungsstelle betrug 1905 238 671,93 M.; die Ausgabe 229 810,02 M.

Die Verwaltungsstelle Berlin III hat dieses Jahr erstmalig einen gedruckten Tätigkeitsbericht herausgegeben. Darin werden einleitend die Schwierigkeiten geschildert, mit denen die Organisation zu kämpfen hat. Dem folgt eine Schilderung, wie Lohnzulagen bei der „Großen Berliner“ zustande kommen. Ein weiterer Abschnitt ist den Vertrauensmännern gewidmet; ihm folgt eine eingehende Schilderung der Lage der Tiefbauarbeiter. Weitere Abschnitte sind der Bewegung unter den Omnibusbedienten und den städtischen Straßenbahnangestellten gewidmet. Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle ist von 1017 auf 1187 im Berichtsjahre gestiegen. Interessant ist, daß aus dem berühmten Streikjahre 1900 von den damals mehr als 6000 Beigetretenen nur noch 156 Mann dem Verbands bis heute treugehörig sind. Es ist dies ein drastischer Beweis dafür, wie sehr es bei der Masse der Straßenbahnarbeiter noch an Klassenbewußtsein fehlt. Krankenunterstützung wurde 1905 an 77 Kollegen gezahlt. An sonstigen Unterstützungen wurden ins Gewicht fallende Summen nicht gezahlt. Reichsschutz wurde in 25 Fällen gewährt. Die Beteiligung der Straßenbahnarbeiter an der Bibliothek ist leider eine sehr schwache; nur 108 Kollegen haben davon Gebrauch gemacht. In 285 Verfassungen und 79 Sitzungen wurden die Geschäfte der Verwaltungsstelle erledigt. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit rund 16 000 M. Als Ergebnis erfüllt der Bericht seinen Zweck. Er bedarf aber in der Zukunft des weiteren Ausbaues.

Aus dem V r e m e r Jahresbericht sind die Ausführungen über die dortige Verwaltung I von Bedeutung. Die Einleitung schildert die Organisationsfähigkeit und ihre Hemmnisse. Die Agitation war in einzelnen Berufsgruppen von Erfolg. Die Konsumvereine sind beispielsweise in Bremen ebenso rüstig, wie ihre Verwaltung. Auf wiederholte Einladung zu Betriebsbesprechungen ist von diesen Kollegen niemand erschienen. Einige Lohnbewegungen rächten den beteiligten Kollegen recht hübsche Erfolge. Die Ge-

schäfte der Verwaltungsstelle wurden in 55 Sitzungen und 119 Versammlungen erledigt. Reichsschutz wurde in 8 Fällen gewährt. Sehr minimal war leider die Beteiligung der Kollegen an der Benutzung der Bibliothek. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Berichtsjahres von 457 auf 651 gehoben. Die Fluktuation der Mitglieder ist eine verhältnismäßig recht starke, müßten doch 149 Mitglieder allein wegen Beitragsrückständen gestrichen werden. Die Mitglieder verteilen sich nach Branchen: Handelsreisende 43, Transportgewerbe 175, Straßenbahnarbeiter 334. An Krankenunterstützung wurde die Summe von 490,85 M. an die Mitglieder ausgezahlt. An Beihilfen 107,50, an Arbeitslosenunterstützung 86,10 M. An Streik- und Gewerkschaftenunterstützung wurde dagegen die hübsche Summe von 4275,45 M. ausgegeben. Die Gesamtsumme der Unterstützungen betrug 5082,75 M. Die Bilanz ergibt eine Einnahme von 12 108,19 M.; die Ausgabe 10 892,03 M. Der Arbeitsnachweis funktioniert sehr schwach. Nicht zum wenigsten ist dies darauf zurückzuführen, daß sich die Kollegen um denselben zu wenig kümmern. Die ständige Verbotsformung der Jahresberichte ist auch hier ein notwendiges Bedürfnis.

Der Jahresbericht der V r e s l a u e r Verwaltungsstelle repräsentiert sich diesmal weit vorteilhafter als der vorjährige. In der Einleitung werden die Agitationsbemühungen und der Ausbau der Organisation geschildert. Dem folgt eine eingehende Schilderung der stadtgeordneten Lohnbewegungen. Ein für die Allgemeinheit äußerst interessantes Vorwissen in der Breslauer Verwaltungsstelle, glauben wir unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Der Beschluß der Frankfurter Generalversammlung, daß ab 1. Juli 75 pCt. der Beiträge an die Hauptkasse abgeliefert sind, zwingt die Breslauer Ortsverwaltung, die Mitglieder zu fragen, ob sie bei den nächsten Beiträgen die örtlichen Unterstützungen beibehalten oder diese abschaffen wollen. Es wurde eine Urabstimmung veranstaltet und das Resultat derselben war folgendes: Für Beibehaltung des 30 pCt. Beitrages stimmten 17, für 35 pCt. 224 und für 35 pCt. Beitrag (Aufschiebung in die zweite Unterstützungsstufe) und 5 pCt. Ortszuschlag stimmten 544 Mitglieder. Die Breslauer Kollegen, die als Großstädter mit den niedrigsten Löhnen sich befassen müssen, haben mit diesem Beschluß eine Weisheit bewiesen, die manchen Verbandskollegen zum leuchtenden Vorbild dienen kann.

Auf sozialpolitischem Gebiet werden im Bericht verschiedene Erfolge mitgeteilt. Die Geschäfte der Verwaltung wurden in 54 Sitzungen und 367 Versammlungen erledigt. Die Mitgliederzahl weist ein Mehr von 300 Personen auf, aber die starke Fluktuation wird sehr geklagt. Sehr interessant und lehrreich ist eine Tabelle, in der die Entwicklung der Bezirke veranschaulicht wird. In der sonst sehr übersichtlichen Tabelle über Arbeitslosen- und Krankenunterstützung fehlt die Zusammenfassung der Quartalsabschlüsse für das ganze Jahr, was die schnelle Orientierung nicht ganz unbedeutend beeinträchtigt. Bei der Krankenunterstützung wäre die Zusammenfassung schon deswegen notwendig gewesen, weil diese aus zwei Klassen gezahlt und daher an verschiedenen Stellen verbucht wurde. Der Arbeitsnachweis hat verhältnismäßig recht gut funktioniert. Insgesamt wurden 201 Stellen für fest und 69 zur Ausfüllung besetzt. Die Bibliothek wurde 651 mal benutzt, eine Zahl, die im Interesse der geistigen Entfaltung der Kollegen noch sehr gesteigert werden muß.

Die Rechenschaft der Großen Berliner.

Mit tausend winzigen Ausflüchten verbarrikadieren sich die Kapitalisten und ihre Handlanger, um nur nicht für ihre Taten den eigenen Arbeitern Rede stehen zu brauchen. Das pochende Gewissen, das Bewußtsein, daß ihre Taten zumeist nicht mit den Rechts- und Moralanschauungen des Volkes und dessen sittlichen Empfinden übereinstimmen, veranlassen die Herrschaften den Arbeiter vorzuführen, so weit als möglich aus dem Wege zu gehen. Dazu kommt freilich auch noch der Machtgier des Herrtums, das sich zu erklaffen dünkt, das glaubt, gesellschaftlich zu hoch zu stehen, um dem Arbeiter Gleichberechtigung einzuräumen zu können. Die rudimentären Überbleibsel des Herrtums gehalten den damit erblich Belasteten nicht, den Anforderungen einer neuen Zeit Rechnung zu tragen und so haben wir die sonst gewöhnlichen Diplomaten, die doppelten Echarmachenerien vollbringen, sich im Spiegel kleinlicher und veralteter Anschauungen können. So auch die Betriebsverwaltung der „Großen Berliner“.

Verband doch schon den Herren bereitet und manchmal mag das christliche Gewissen geredet haben: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, pardon, doch auch so wie das Vieh wenigstens. D. h. aber auch nur zu Zeiten straffer Agitation, denn anders ist es nicht zu erklären, daß, wenn am Abend für ein Geschäft Betriebsbesprechung angesetzt war, der gnädige Herr sein arbeiterfreundliches Herz gerade an solchen Tagen aus dem Gehirntank holte und jedem seiner Führer 1-2 Mk. Lohnzulage pro Woche, den Faktoren 5 Mk. pro Monat gewährte, mit der unaussprechlichen Aufgabe vom schlechten Geschäftsgange, von den falschen Propheten, dem bösen Verstande usw., der die guten Nachener Führer ins Verderben stürzen wollte. Mittraulich sind sie doch schon geworden die Führer, dann ist es doch mehr als auffallend, wenn ihnen an solchen Tagen, mitten in der Woche biesseits ein solch schönes dauerndes Geschenk zufließt. Der Wohlwille kommt schließlich doch dahinter, daß in der Unternehmung hinter das Licht zu führen sucht, daß er Ursache und Wirkung absichtlich verwechselt, daß es der Firma blasse so wenig, wie der Internationalen eingefallen wäre, auch nur ein Pfennig Lohnzulage zu gewähren, wenn die Furcht vor der Organisation nicht der treibende Faktor gewesen wäre.

Sorgen also die Nachener Kutscher, Führer, Lade- und Lagerarbeiter durch Anschluß an unsere Organisation ihre Position zu stärken, damit sie, wie es jetzt die Firma ihnen verlangt, in Sonderfällen etwas anders bestimmen können, damit sie ihre 14-16 Mk. Wochenlöhne etwas heraufwärts revidieren, damit die Arbeitszeit halbwegs in Einklang zum Lohn gebracht wird, daß eine menschenwürdige Behandlung Maß greift, kurz, daß auch die Nachener Transportarbeiter Menschen werden.

Lohnbewegungen in Magdeburg.

Zu den Firmen, die es verstehen die Arbeiter auszuwerten wie eine Birne, gehörte unbestreitbar die Firma Bethge jun. (Buttermittelhandlung). Vor einem Jahre zahlte diese Firma noch Wochenlöhne von 15-16 Mk. an verheiratete Kollegen. Verschwiegen wollten wir nicht, daß Herr Bethge zu Weihnachten seine abgelegte Garderobe unter die Arbeiter verteilte. Der eine erhielt eine Weste, der andere eine Hose usw. Man glaubte mit diesen „Geschenken“ die Arbeiter von der Vertretung ihrer Rechte abzuhalten. Doch diese Mittel, so alt wie sie sind, ziehen nicht mehr. Im Frühjahr 1905 forderten die Arbeiter einen Wochenlohn von 18 Mk. Nach zweijährigem Streik wurde diese Forderung von der Firma bewilligt. Im Februar dieses Jahres liegen die Arbeiter durch die Organisation eine Forderung bei der Firma einreichen. Gefordert wurde ein Wochenlohn von 21 Mark und 40 Pfennig für die Ueberstunden. Die Firma lehnte diese Forderung ab und erklärte, die Löhne zu revidieren und nach Leistung Erhöhung eintreten zu lassen. Die Lohnaufbesserungen ließen aber ziemlich lange auf sich warten; aber sie kamen. 3 Kollegen erhielten eine Zulage von 2 Pfg. und 5 eine solche von 1 Pfg. pro Stunde.

Die Kollegen waren trotz ihrer Verschundenheit, trotz der gescheiterten Hoffen und Werten, mit dieser horrenden Lohnzulage nicht zufrieden, sondern legten am 5. März die Arbeit nieder. Die Firma ging jetzt auf die Suche nach Arbeitswilligen. Sie inserierte in auswärtigen Blättern. Doch all ihre Mühe, all ihr Werben war vergebens, sie erhielt keine Arbeitswilligen.

Am 5. März bequeme sich die Firma zu verhandeln und bewilligte die gestellten Forderungen. Am Freitag, den 9. März, nahmen die 20 streikenden Kollegen die Arbeit wieder auf. Das feste saße Zusammenhalten der Kollegen, sicherte ihnen den vollen Erfolg.

Bei der Firma Friedrich Andreac, Expeditions-geschäft, stellen die Kollegen auch eine Lohnforderung. Die Firma erwiderte sich diesmal zugänglich, als im vergangenen Jahre, denn sie bewilligte sofort einen Wochenlohn von 21 Mk. Das resolute Vorgehen der Kollegen beim „Eis-lagerarbeiter“ wird der Firma gezeigt haben, daß auch die Speichelarbeiter wissen, ihre Interessen wahrzunehmen.

Kollegen, Magdeburger! Auch die Lohnbewegungen zeigen wieder, daß wo die Gerechtigkeit unter den Kollegen herrscht, wo die Organisation stark ist, auch Erfolge erzielt werden können.

Deshalb stärkt Eure Organisation und Euer Einfluß, Eure Macht wird zunehmen.

Aus unserem Berruf.

Biersfahrer.

Berlin. Die in der Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. beschäftigten Kutscher, Mitfahrer und Stalleute, sowie ein Teil der Kellerarbeiter, sind seit Jahren treue Mitglieder unseres Verbandes. Zwischen ihnen und der Brauerei besteht seit 2 Jahren ein Tarifverhältnis, welches letzteres noch bis 15. Februar 1907 Gültigkeit hat. Im Sommer 1905 verteilte die Firma ihr Domizil von der Chausseestraße nach Pankow, wo dieselbe eine mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtete große neuere Brauerei bezog. Der Betrieb hat sich im Laufe der Zeit bedeutend vergrößert, so daß außer 30-36 Maschinenwagen, auch seit etwa ein halbes Jahr eine Anzahl Tag- und sonstige Nebenwagen neu eingeführt worden sind. Da eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die neu eingestellten Kollegen seinerzeit taktisch nicht erfolgen konnte, wurden die betreffenden Ende Januar bei der Verbandslösung vorstellig, damit auch für sie eine Regelung erfolgt. Die diesbezüglichen Wünsche sind dann der Brauerei zugestellt worden. Es hat daraufhin am 22. Februar eine Verhandlung der Kommission der Angestellten unter Führung eines Verbandsvertreters mit den Herren Inhabern stattgefunden, durch welche auch eine Einigung zwischen den Parteien herbeigeführt worden ist, so daß folgender Nachtrag zur Annahme gelangte:

Nachtrag

zu dem am 15. Februar 1905 zwischen der Firma Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. und den bei ihr beschäftigten Kutschern, Mitfahrern und Kellerarbeitern abgeschlossenen Lohnarif.

1. Die Kutscher erhalten einen Lohn von 22 Mk. pro Woche und außerdem für jeden verkauften Hektoliter Bier 80 Pfg. Provision. Diejenigen Kutscher, welche ohne Mitfahrer fahren, erhalten eine Provision von 1 Mk.
2. Die Mitfahrer erhalten einen Anfangslohn von 21 Mk. pro Woche. Nach einjähriger Tätigkeit 22 Mk. pro Woche und für jeden verkauften Hektoliter 20 Pfg. Provision.
3. Einen Mitfahrer erhält ein jeder Kutscher, der täglich 8 Hektoliter verkauft.
4. Die Kellerarbeiter erhalten einen Anfangslohn von 23 Mk. pro Woche und außerdem für jede halbe Tagestour 50 Pfg. Für eine ganze Tagestour 1 Mk. Gehalt.
5. Die Stalleute erhalten einen Anfangslohn von 23 Mk., nach 3 Monaten 24 Mk., nach weiteren 3 Monaten 24,50 Mk. und nach einem weiteren halben Jahr 25 Mk. pro Woche. Außerdem haben die Stalleute jeden 3. Sonntag frei.

Für die Firma:

(Stempel)

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Berlin-Pankow, Kaiser Friedrichstr. 21-29.

Für die Organisation:

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin I.

Der Bevollmächtigte: H. Werner.

Für die Kommission der Kutscher usw.:

D. Behmann, H. Noack, Emil Hipp, Heinrich Moritz, Albert Damm.

Durch diese Abmachungen erhielten die Kutscher eine Zulage von 2 Mk. pro Woche und außerdem wenn sie ohne Mitfahrer fahren eine Provision von 1 Mk. pro Hektoliter (früher 80 Pfg.). Dies bedeutet bei einem Umsatz von 5 Hektoliter pro Tag außerdem einen Mehrerwerb von 5 Mk. pro Woche. Die Mitfahrer erhielten eine Lohnzulage von 1 Mk., nach 1 jähriger Tätigkeit 2 Mk. pro Woche. Die Kellerarbeiter ebenfalls 1-2 Mk. und für die Stalleute konnte eine Stala eingeführt werden, durch welche der Lohn um 2-3 Mk. pro Woche steigt. Auch ist für letztere die Einführung eines freien Sonntags erzielt worden.

Neuschwib. N. R. Ueber die Ohren gehauen, in des Wortes bester Bedeutung werden die Kollegen der hiesigen Niederlage der Bienenwaben-Mittelnbräuer. Wurde da vor ca. 2 Jahren mit dieser Firma ein Uebereinkommen getroffen, in dem u. a. auch festgelegt war, daß dem Personal Ferien gewährt werden müssen. Doch mit des Geschäftes Wachsen ist kein ewiger Bund zu schließen und der Herr Geschäftsführer weiß das anders. Ordnet der Herr einfach an, daß die Ferien nicht laufend gemacht werden dürfen, sondern „er“ bestimmt das nach einem anderen Modus. Wenn es beispielsweise einmal recht regnet oder sonst ein „Vierwetter“ ist, so kommt der Herr Geschäftsführer eilendst zu den Kutschern und sagt: „Heute macht ihr einen halben Tag Ferien.“ Auf diese Weise kommt es, daß die „Ferienzeit“ das ganze Jahr dauert, das sogar bis Jahreschluss dieselben noch nicht mal erledigt sind. Wir brauchen wohl nicht erst hinzuzufügen, daß in solchem Falle die Organisation mal geduldig dazwischen fahren muß.

Droschkenkutscher.

Der Generalrat der Berliner Droschkenkutscher hat ein eigenartiges Nachspiel gehabt. Die bürgerlichen Blätter erklärten nach Verwindung des Streiks im Brühlstone vollster Ueberzeugung, daß der Streik nicht den geringsten Eindruck auf die Polizei gemacht habe. Nun beklagt die Polizeipräsident aber durch ein Schreiben an die Droschkenbesitzervereine selbst, daß die bürgerliche Presse wieder einmal gar gekunkelt hat. Das beregte Schreiben ist von so eigener und ungewöhnlicher Art, daß wir es nicht unterlassen können, unsere Meinung dazu auszusprechen. Es heißt dort u. a.:

„1. Die Behauptung, daß die Droschkenordnung von meinen Polizeiorganen nicht mißbraucht worden sei — wie ich bezüglich einiger Bestimmungen in Aussicht gestellt hatte — da viele Droschkenführer zu „horrenden“ Strafen verurteilt worden seien, ist insofern irrig, als die wegen großer Uebertretungen der Droschkenordnung und der sonstigen Strafbestimmungen gegen Droschkenkutscher verhängten schweren Strafen nicht von mir, sondern von den ordentlichen Gerichten erkannt worden sind, auf deren Strafmaßung ich selbstverständlich keinen Einfluß habe. Die von mir erlassenen polizeilichen Strafbestimmungen, die überdies dem ordentlichen Richter zur Nachprüfung unterbreitet werden können, haben sich auf geringere Geldstrafen beschränkt und dürfen nach den gesetzlichen Bestimmungen die Grenze von 80 Mk. überhaupt nicht überschreiten. Eine von mir veranlaßte Zusammenstellung der im Jahre 1905 über Droschkenkutscher verhängten Strafen zeigt folgendes Ergebnis: Droschkenkutscher sind im Jahre 1905 ca. 2200 Kutscher mit 3473 Strafen belegt worden, wobei zwei Drittel der Kutscher überhaupt nicht bestraft worden sind. Von den 3473 Strafen sind 1070 von den ordentlichen Gerichten und 2400 von mir durch polizeiliche Strafverfügung verhängt worden. Geldstrafen in Höhe von 1-3 Mk. sind in ca. 1700 Fällen, d. h. in 50 pCt. aller Verurteilungen verhängt worden. Geldstrafen von 4-6 Mk. sind in ca. 600 Fällen zur Anwendung gelangt, wobei in ca. 2800 Fällen die Geldstrafe den Betrag von 6 Mk. nicht überschritten hat. Da man annehmen kann, daß diese Fälle fast ausschließlich durch polizeiliche Strafbestimmungen erledigt sind und polizeiliche Verurteilungen überhaupt nur in ca. 2400 Fällen vorgekommen sind, so kann eine polizeiliche Verurteilung über 6 Mk. nur in ca. 100 Fällen erfolgt sein. Ich will noch bemerken, daß die polizeilichen Verurteilungen keineswegs zum überwiegenden Teil infolge von Anzeigen der Schutzleute erfolgt sind, da im Jahre 1905 allein ca. 1100 Beschwerden aus-

dem Publikum über Droschkenkutscher an mich gelangt und zu Verurteilungen Mißbrauch gegeben haben. Bei den durch die Gerichte verhängten schweren Strafen handelt es sich übrigens in den meisten Fällen gar nicht um Uebertretungen der Droschkenordnung, sondern um andere strafbare Handlungen, wie Körperverletzung, Beleidigung, Betrug, Unterschlagung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung usw. Der Umstand, daß etwa zwei Drittel der Droschkenkutscher überhaupt nicht bestraft sind, läßt den Schluss zu, daß sich in den meisten Fällen die Verurteilung seitens der Droschkenkutscher vermeiden läßt.“

Nun, wir meinen, wenn ein Drittel aller deutschen Reichsbürger verurteilt wären, würde dies bei anderen Völkern keinen besonderen Eindruck von dem Charakter des deutschen Volkes machen. Daß ein Drittel der Droschkenkutscher bestraft werden konnte, zeigt unserer Meinung nach davon, daß die Droschkenkutscher zum Teil dem besten Willen einer Verurteilung gar nicht ausweichen können. Der meiste der Herr Polizeipräsident, daß ein ganzes Drittel Berliner Droschkenkutscher rein aus Muthwillen und des Spießes halber sich bestraßen läßt. Der Umfang der Verurteilungen ist vielmehr ein klassischer Beleg für die Härten der Polizei-Verordnung und nicht für das Betragen der Kutscher.

So bide hat es ein Berliner Droschkenkutscher wirklich nicht, daß er aus Uebermut Polizeistraf bis zu 30 Mk. riskieren könnte, verdient er doch oft die ganze Woche lang keine 80 Mk. Und wie können diese Strafen oft aufsteigen? Ein beliebiger Schutzmännchen konstatiert, daß der Kutscher zu schnell gefahren ist, flugs hat der Kutscher sein Mandat weg. Das Maß dessen, was zu schnell ist, bestimmt der Schutzmännchen und zwar jeder nach seiner besonderen individuellen Auffassung. Solange es keine Geschwindigkeitsmesser gibt, herrscht hier also die persönliche Auffassung und die ist es, die so große und nur zu berechnete Erbitterung schafft. Es ist doch auch in den Reihen der Kutscher noch ungewissen, daß vor nicht allzulanger Zeit ein Polizeikommissar, wenn auch nicht ein Berliner, die Schutzleute mit Strafen bedrohte, wenn sie nicht „genügend“ Anzeigen brachten. Und weil die Herren Diebe und Mörder sich in verlangter Zahl nicht erweisen lassen, muß sich eben der Schutzmännchen anderwie helfen, will er ein brauchbarer Beamter sein. Aus allen diesen Gründen wird stets eine liberale Handhabung der Polizeivorschriften Gutes stiften und eine Strafe, Erbitterung erzeugen, deren Schutzhaft sich ein Unschuttfreier schließlich sein muß. Jeder objektive, den Parteien fernstehende Beobachter wird den logischen Schluss aus der Affäre ziehen, daß, wenn die Droschkenkutscher in der Zeit der Lebensmittelverknappung an Tagen, die ihnen erhöhten Verdienst bringen, zum Generalfreitag greifen, dann müssen sie dazu recht begründete Ursache haben.

Wir sind keine Verehrer der Vetterierung eines Verkehrs-mittels. Ist eine solche aber unbedingt nötig, so ist es die Polizeibehörde, die die Lebensnotwendigkeit betreiben darf. Es würde dem Auf und das Ansehen der preussischen Regierung wahrlich nicht schaden, wenn sie gestatten würde, daß die ihr unterstellte Polizeibehörde, statt in solchen Dingen die Schlichte ganz objektiv zu prüfen, kleinlichen Nebensache Gedanken Rechnung tragend, einem Gewerbe nicht das gewährt, was ihm im Lebensinteresse gewährt werden muß. Da würde wohl noch lange nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Cassel. Endlich hat auch der Organisationsgedanke unter den hiesigen Droschkenkutschern Platz gegriffen. Die Kollegen Droschkenkutscher haben hier am Orte genau so wie anderwärts sehr unter den polizeilichen Chikanen zu leiden. Fahrgeheimnisse sind an der Tagesordnung. Ebenso steht es sehr schlecht Bunkto Behandlung und Bezahlung aus. Die Taximeterkutscher erhalten volle Kost und pro Monat 35-40 Mk. sowie 10 pCt. von den Tages- und 20 pCt. von den Nachteinahmen. Die Kutscher, die nur auf Bestellung fahren, erhalten nur Prozente. Hier kommt es sehr oft vor, daß die Kutscher von Morgens 4/7 Uhr bis Mittags 1 Uhr „50 Pfennige“ verdienen. Das ganz Droschkenwesen ist hier monopolisiert und liegt vollständig in den Händen des Droschkenbesitzervereins. Wer von den Unternehmern nicht Mitglied des Vereins ist, hat kein Recht, öffentliche Droschken zu halten. Die Unternehmern führen dieses Monopol mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durch. Wer den Bestimmungen des Vereins zuwiderhandelt, der liegt einfach raus. Zu den Bestimmungen des Vereins gehört unter anderem, daß kein Wessler einen Kutscher beschäftigen darf, der von einem anderen Wessler wegen „Unbotmäßigkeit“ entlassen ist. Daß die Unternehmern gegen die Kutscher rigoros vorgehen, verliert sich am Orte und kommt besonders in der Behandlung zum Ausdruck.

Die Kollegen Droschkenkutscher hatten nun vor mehreren Jahren einen Verein der Casseler Kutscher gegründet, der es sich zur Aufgabe machen sollte, alle die im Verufe stehenden Mißstände aufzudecken und zu beseitigen. Der Verein hat auch zu seiner Ehre sei es gelang, versucht, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Wie es aber nun in der Regel immer geht, daß Vereine, die nur einen lokalen Charakter besitzen, sowie über keine sonstigen Mittel wie Presse usw. verfügen, absolut nicht imstande sind, irgend welchen Einfluß auf die Entwidlung der Dinge auszuüben, so auch hier. Die Kollegen mußten einsehen, daß sie nur als organisierte Masse etwas erreichen konnten, und sie waren verständig genug und sahen es ein. Es wurden deshalb Verhandlungen mit unserem Verband zwecks Uebertritt des Vereins eingeleitet, die Verhandlungen führten zu einem guten Resultat. Eine Vereinsverammlung, die am 8. März stattfand, beschloß einstimmig den Uebertritt des Vereins am 1. April d. J.

Die Kollegen Droschkenkutscher haben durch ihren Beschluß gezeigt, daß auch sie nur von einer starken Organisation eine Verbesserung ihrer erbärmlichen Lage eröffnen. Mögen sie nun dafür sorgen, daß kein Mitglied des Vereins abspringt, wenn es gilt den Beschluß zur Tat zu machen. Nur durch festes Zusammenhalten werden sie das zu Stande bringen, was der Verein bei allem guten Willen nicht vollführen konnte. Die Kollegen müssen unumwunden an den Beschluß festhalten, als Herr Zimmermann, der Vorsitzende des Droschkenbesitzervereins, vor einiger Zeit erklärte, er werde dafür sorgen, daß der Verein der Kutscher von der Polizei aufgelöst werde.

Die Auflösung des Vereins soll nun vor sich gehen, aber nicht in der von Herrn Zimmermann angedeuteten Weise, sondern in einer Weise, die Herrn Zimmermann und seinen Getreuen nicht lieb sein wird. Mit dem Eintritt des Vereins in unseren Verband wird es Herrn Zimmermann nicht mehr wie früher gelingen, mit seinen Kautschern Gangbalk zu spielen. Das sollten die Kollegen Droschkefufcher sich wohlweislich merken und mit aller Energie für die Durchführung des Beschlusses eintreten.

Fest. Am 6. März, abends 9 Uhr, fand eine Versammlung für Droschkefufcher statt, in welcher ein Kollege über das Thema: Der Berliner Droschkefufcherstreik und die neue Breslauer Polizei-Verordnung für die Droschkefufcher, sprach.

Nedner ging des Näheren auf die Ursachen des Streiks die politische Sperrung des Potsdamer Platzes und die ministerielle Abweisung der Beschwerde ein und ermahnte die Kollegen, sich an den Berliner Kollegen, was Zusammenhalten anbetrifft, ein Beispiel zu nehmen, da die Maßnahmen der Behörden gegen die Arbeiter immer härter werden, besonders haben die Droschkefufcher unter den Polizeiverordnungen viel zu leiden, die hohen Strafen, besonders in Berlin sprechen Bände, auch in Polen können die Droschkefufcher ein Lied von Strafen singen.

Die Berliner Droschkefufcher haben den Ernst der Lage erfasst und sie werden nicht nachlassen, bis die ungerechten Bestimmungen beseitigt sind, dafür spricht das strenge Zusammenhalten während des Streiks, und die Polizei wird einsehen, daß die Berliner Droschkefufcher sich nicht mehr willenlos alles gefallen lassen werden. Auch die polen Kollegen sollten einsehen, daß es auch hier die höchste Zeit ist, sich fest zusammenzuschließen, damit an die Regelung ihrer miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse herangegangen werden kann.

Nedner kam dann auf die neue Polizeiverordnung für Droschkefufcher in Breslau zu sprechen und bemerzte dazu, daß bereits am 1. Oktober 1900 eine neue einschneidende Polizeiverordnung in Kraft treten sollte, aber durch die Vermittlung des Gauleiters, welcher eine Zurücknahme derselben beim Minister für Handel und Gewerbe erwirkte, noch abgewendet wurde. Im Jahre 1900 waren die Droschkefufcher gut organisiert, als sie aber sahen, daß die Gefahr des Inkrafttretens der Polizeiverordnung bevorstand, versagten sie, daß der Verband die Ursache davon war und jetzt ist die Verordnung wieder da und da selbstverständlich der Verband nicht daran denkt, für Leute, die ihn nur kennen, wenn sie in Not sind, die Kosten aus dem Feuer zu holen, so werden sie wohl oder übel sich der neuen Verordnung fügen müssen. — Nach der neuen Verordnung haben die Kautschern einen täglichen Dienst von 14—15 Stunden dazu kommt noch Meinen der Wagen und der Weg von Hause bis zum Stall, da kommen wohl täglich 17—18 Std. Dienst heraus, und der Verdienst läßt viel zu wünschen übrig. Die Kollegeplätze besetzt die Polizei! Wenn jemand dann einen Kollegeplatz wie in Polen Hohenjollerstraße zugeteilt bekommt, kann er fett werden von dem Verdienst. Da man immerfort von neuen Verordnungen hört, so heißt es aufpassen, daß man den besten Schutz gegen die Polizei gegenüber steht, den einzigen Schutz bildet nur eine starke Organisation, und das ist der Zentralverband.

Nedner benutzte den schwachen Versammlungsbefuch und widerlegte die irrige Ansicht mancher Kollegen, welche meinen, es genüge, wenn er keine Verträge beahle. Gerade die Versammlungen sind da, um Mithände zu befreien und Schritte zu beraten, um dieselben zu beseitigen. Es sind so manche Äußerungen bei den polen Droschkefufchern vorhanden, die schon beseitigt sein könnten, wenn die Kollegen besser zusammenhalten möchten, und ihre Kräfte nicht in Kleinigkeiten, wie die politischen es sind, zerstreuen. Einzelne Kollegen haben ja bereits eingesehen, welche Dummheit sie begangen, als sie in den politischen Verband gingen haben sich von dort abgewandt und sind zu uns gekommen und wir sind überzeugt, daß der kleine Mist bald folgen wird. — Es hat ziemlich verdammt, daß man, da jedenfalls Ebbe in der Kasse war, ein Vergütungen arrangierte und den Leuten für ein bisschen Tanz und Gagen auf der Bühne bis 2 Mk. pro Mann abnahm. Diese Taktik richtet sich selbst, und es muß jeder Kollege einsehen, daß jeder Pfennig, den er dem politischen Verband zahlt, auf die Straße geworfen wird, und sie mit schuldig macht an der Vertäufelung der Arbeitskollegen. Deshalb muß die Parole lauten, hinweg mit solchen Kleinigkeiten, einer Lage ist im Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Fensterputzer.

„Ein Streikversuch in Berlin“. Unter dieser Überschrift befindet sich Herr Ernst Kelterborn, Göttingen, Redakteur, Verleger und Expedient des Internationalen Zentralblattes für Reinigungs-Institute und verwandte Geschäftszweige, im Nebenanne zugleich Sekretär des Verbandes der Reinigungs-Institute Unternehmer Deutschlands, die letzte Lohnbewegung bei der Firma V. Fick, Berlin.

Die Bewegung, die nach rund dreitägiger Arbeits-einstellung mit einem vollen Erfolge der Arbeiter endete, bezeichnet Herr Kelterborn als einen Streikversuch. Er giebt aber selbst zu, daß hier ein Streik ausgebrochen war, und zwar, weil der Unternehmer sich weigerte, die Wochenlohn von 20,00 auf 21,50 Mk. zu erhöhen und einen Tarifvertrag zu unterschreiben. Die Anerkennung des Tarifes möchte Herr Fick allerdings verweigern, da er andererseits an seine Organisation eine Konventionalkarte von 1000 Mk. zahlen mußte.

Nach Herrn Kelterborns Meinung erfolgte die Verweigerung der Unterschrift einzig und allein, weil Herr F. Mitglied unseres Ortsverbandes ist. (Gemeint ist der Unternehmensverband von Kelterborns resp. H. Sieben's Gnaden.)

Nun, was diese Vereinigung dem Herrn F. genügt hat, hat ja die Erfahrung zur Genüge bewiesen. Nicht seitens der Arbeiter oder ihrer Vertreter wurden die Verhandlungen angebahnt, — dieselben waren dazu und sind auch bei anderen Gelegenheiten dazu bereit, — sondern erst auf Erücken des Unternehmers, resp. des Vorstandes der tüchtigsten Ortsgruppe „Berlin“ wurde am Freitag, den 2. März in Verhandlungen eingetreten, welche aber, da sich der Vorstand

dieser Ortsgruppe auf den Herrenstandpunkt stellte, von uns kurzerhand abgebrochen wurden.

Sonabend, den 3. März fand dann eine öffentliche Versammlung aller an der Frage interessierten Kollegen Berlins statt und sollten dort die weiteren Schritte beraten werden. An dieser Versammlung nahm auch Herr Fick und Herr Strunt, ebenfalls Institutsinhaber, teil. Die Versammlung beschloß einmündig, die Lohnbewegung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen und Herrn F. zu zwingen, entweder ohne Arbeiter seinen Betrieb fortzuführen oder den Tarif anzuerkennen. Desgleichen wurde von der Lohnforderung resp. den anderen Klauseln des Vertrages kein Jota zurückgezogen.

Nun, als Herr F. sah, daß es Ernst wurde, erklärte er, daß er gern die gestellten Forderungen bewilligen und auch den Vertrag unterschreiben würde, wenn er nicht durch die Konventionalkarte an die Unternehmer-Organisation gebunden wäre. Hierauf fanden unter Leitung eines Verbandsvertreeters und im Beisein des Herrn Strunt nochmals Verhandlungen statt und erklärte Herr Fick ehrenvoll, sämtliche Punkte des Vertrages auch ohne Unterschrift anzuerkennen und einzuhalten. Hierauf wurde die Aufhebung des Streiks proklamiert und beschlossen, die Arbeit am Montag früh aufzunehmen. Dies geschah auch.

Am Montag früh trat dann der von der Unternehmersvereinigung gebildete Streikausschuß, dem außer dem Herrn Kelterborn die Herren H. Lubm, Schärer & Co., M. Duiel, (Vorst. der Ortsgruppe) S. Ziemann (Stach & Co.) und B. Neumann angehören, zusammen um zu beraten, wie derartige Streikgefahren der Arbeiter entgegenzutreten wäre.

Da aber hier wieder einmal der richtige Zeitpunkt verspaßt war und man nicht resultlos auseinandergehen wollte, beschäftigte man sich vor der Hand mit Reformvorschlägen im Reinigungs-gewerbe.

Wie wir erfahren haben, sollen seitens der Unternehmer einheitliche Arbeitsordnungen und Arbeitszeiten eingeführt werden, und um dem Gewerbe eine stabilere Form zu geben auch einheitliche Löhne eingeführt werden.

Grundlegend hierfür sollen die Verhältnisse bei der Firma M. Sieber, G. & H. sein.

Also Kollegen, aufgepaßt, ihr wißt was euch erwartet, falls ihr nicht fest zur Organisation steht. Zu jeder seine Pflicht, dann werden wir auch wie bisher mit der tüchtigsten Ortsgruppe fertig werden, wie wir es bisher geworden sind.

Wunder nimmt es uns nur, daß es in unserem Gewerbe noch Kleinunternehmer gibt, welche sich für die Schachmachergelüste der Großen wie Sieber und andere gebrauchen lassen. Herr Fick hat es erfahren, was es heißt, berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzutreten und den andern werden wir es erforderlichenfalls lehren. Die Herren sind gewarnt.

Im Falle Fick haben wir uns von menschlichen Gefühlen leiten lassen, nur um ihn nicht zu ruinieren, haben wir von der Unterschrift des Tarifes ab. Ein anderes Maß werden wir richtungslos vorgehen. Wer mit dem Feuer spielt, darf sich nicht wundern, wenn er sich die Finger verbrennt. Herrn Kelterborn wollen wir aber raten, wenn er wieder über Lohnbewegung schreibt, sich mehr an die Tatsachen zu halten, er dient seinen Auftraggebern besser.

Ferner müssen wir uns aber mit der Person des Herrn H. Lubm beschäftigen. Derselbe Herr, der früher selbst der Arbeiterorganisation angehört, der heute noch politisch organisiert ist, der auch bei jeder Gelegenheit seine Arbeiterfreundlichkeit ins rechte Licht zu rücken versucht, er steht heute an der Spitze der Schachmachergewerkschaften und versucht, die Arbeiter in die Schachmachergewerkschaften zu verleiten. Der Herr sucht aber seinen Erwerb in den Kreisen der organisierten Arbeiter, den Kreisen, die er durch die Organisation, der er jetzt angehört, bestärkt.

Auch Herr Lubm soll bedenken, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Organisation wird auch hier Mittel und Wege finden, seine Schachmachergelüste in die richtigen Schranken zu verwahren.

Charlottenburg. Die Firma Batenge & Müller, Charlottenburg hat dem Wunsch ihrer Arbeiter Rechnung getragen und ihnen eine Feuerungszulage pro Woche um 1 Mk. gewährt.

Daß diese Firma so gehandelt, kommt daher, weil sie mit Vorliebe mit Organisierten arbeitet, andererseits die dortigen Kollegen auf eine straffe Organisation sehen.

Diese Kollegen lassen sich nicht mit Androhungen und dergleichen abweisen, wie es bei der Firma Puhlmann der Fall ist. Mit Landwunderswürde erreicht man nichts, sondern nur mit einer straffen Organisation.

Die Firma Batenge & Müller beweist wieder, daß es doch möglich ist höhere Löhne zu zahlen.

Am Dienstag, den 27. März, findet abends 6 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Volkman, Sprechr. 5, unsere Sektions-Versammlung statt und bitten wir um recht zahlreichen Besuch. Nichtorganisierte Kollegen sind herzlich eingeladen.

Handelsarbeiter.

Berlin. Die Kautschern, Lagerarbeiter und Bader aus den Farben-Engros-Geschäften traten im vergangenen Herbst schon bei einigen Firmen in eine Lohnbewegung, wodurch in den meisten Fällen für die in Frage kommenden Kollegen eine Verbesserung des Lohnes erzielt wurde. In diesem Frühjahr findet nunmehr eine Fortsetzung dieser Lohnbewegung statt. Zunächst lebte die Bewegung bei der Firma C. F. Seyde, Neuenbergerstr. 35, ein. Die Firma beschäftigt 21 Arbeiter und 3 Kautschern, 11 von diesen Kollegen gehörten dem Fabrikarbeiter-Verband an, 6 dem Verein Berliner Hausdiener, und 17 Kollegen waren Mitglieder unseres Verbandes. Die Löhne schwankten zwischen 18—21 Mk. im Anfang pro Woche. Der Lohn für Arbeiter, welche bereits längere Jahre im Betriebe tätig waren, war allerdings etwas günstiger, derselbe schwankte zwischen 23—28 Mk., in einem Falle 30 Mk. pro Woche, jedoch mangelte es in dem Betriebe an einer geregelten Steigerung der Löhne, so daß die Lohnzulagen oft nach Willkür erfolgten. Der Lohn für Kautschern betrug bisher 23—24 Mk. pro Woche. Außer den 34 Arbeitern beschäftigt die Firma noch ungefähr 40—45 Arbeiterinnen, deren Löhne überaus elende sind. Die Ar-

beiter des Betriebes sowie die Vertreter der Organisationen gaben sich die allererheblichste Mühe, die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, leider waren die Bemühungen vergebens, und somit entschlossen sich die männlichen Kollegen, allein in die Bewegung einzutreten. Eine Kommission überreichte dem Firmeninhaber am 22. Februar die Forderungen der Arbeiter.

Der Unternehmer reichte jedoch das Schriftstück, welches die Forderungen enthielt, der Kommission mit dem Bemerkten zurück: „Zulage gibt es nicht, wenn es bei uns nicht gefällt, der mag sich andere Arbeit suchen.“ Herr Seyde hatte anfänglich geglaubt, daß nur die Kommissionsmitglieder die Unzufriedenheiten waren, als er aber bei der Erfundigung, die er bei den Werkmännern seines Betriebes einzog, hörte, daß die gesamten Arbeiter seines Betriebes organisiert seien, da soll er ein sehr verdutztes Gesicht gemacht haben. Inzwischen mußte sich Herr Seyde wohl darüber klar geworden sein, daß ein schroffes Handeln in diesem Falle nicht angänglich sei, denn als die Vertreter der Organisation zwecks Verhandlung bei ihm vorstellig wurden, war er sehr freundlich gestimmt und erklärte sich bereit, seinen Arbeitern Zugeständnisse machen zu wollen. Die Firma wollte jedoch zunächst erst noch prüfen, wie weit sie den Arbeitern entgegenkommen könne.

Den Vertretern wurde dann weiter versprochen, daß die Arbeiter bis Sonnabend, den 24. Februar, Beschäftigt erhalten würden.

Am Sonnabend Vormittag wurden der Kommission der Arbeiter folgende Zugeständnisse seitens der Firma gemacht, mit welchen sich dann auch die gesamten Kollegen in einer Betriebsversammlung einverstanden erklärten.

Grundsätze

für die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma C. F. Seyde, Neuenbergerstr. 35 beschäftigten Arbeiter, Kautschern etc. ab 3. März 1906.

1. Die Löhne derjenigen jetzt in meinem Betriebe beschäftigten Arbeiter, die weniger als 24 Mk. pro Woche betragen, werden um 10 Prozent aufgebessert.

2. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt.

3. Die Löhne steigen nach je einhalbjähriger Tätigkeit mit 1 Mk., bis ein Lohn von 30 Mk. der Woche erreicht ist, jedoch unbeschadet dem Entlassungs- bzw. Kündigungsbetrag laut bestehender Fabrikordnung. Arbeiter, welche genau 24 Mk. beziehen, erhalten ab 1. März er. eine Zulage von 1,50 Mk. pro Woche.

4. Die Arbeitszeit beträgt ab 1. März auch für die in der Expedition beschäftigten Arbeiter täglich 9 Stunden; falls diese letzteren Arbeiter dennoch gehalten sind, eine Stunde länger, also bis 7 Uhr abends arbeiten zu müssen, so soll diese Stunde mit 25 Prozent Aufschlag vergütet werden.

5. Die Löhne der jetzt beschäftigten Kautschern werden, mit Ausnahme des Kautschers Schindlers, um 10 Prozent aufgebessert.

6. Für das Füttern der Pferde an Sonntagen und Feiertagen nachmittags, welche Arbeit abwechselnd von jedem Kautscher verrichtet wird, erhält der Betreffende 1,50 Mark Vergütung.

7. Für gesetzliche Feiertage, welche in die Woche fallen, findet ein Lohnabzug nicht statt.

8. Jeder Arbeiter und Kautscher erhält nach einer Tätigkeit von einem Jahre einen Sommerurlaub von 3 Tagen, nach einer Tätigkeit von 2 Jahren 8 Tage, und nach dreijähriger Tätigkeit 16 Tage unter Fortzahlung des Lohnes.

9. Der Geizler erhält eine Zulage von 1,50 Mark pro Arbeitswoche.

10. Seitens der Geschäftsleitung soll Fürsorge getroffen werden, daß für die Arbeiter und Kautschern ein Anstehenraum mit verschließbaren Spinden zur Aufbewahrung ihrer Sachen und genügender Waschvorrichtung geschaffen wird.

Es bleibt der Geschäftsleitung überlassen, den Anfangstermin für diese Einrichtung zu bestimmen.

Die Kollegen haben somit eine zufriedenstellende Aufbesserung der Löhne erreicht, besonders für die niedrigeren Lohnklassen. Die Aufbesserung des Lohnes beträgt für die in Frage kommenden Kollegen 2—2,30 Mk. pro Woche, für die älteren Lohnklassen 1—1,50 Mk.

Einen günstigen Erfolg erzielten die Kautschern und Lagerarbeiter der Firma Ludwig Dedn. Herr Dedn. erließen kurz nach Empfang der Forderungen persönlich in unserem Verbandsbureau und genehmigte den vorgelegten Tarif-Entwurf mit nur ganz geringen Abstrichen.

Die Vereinbarung lautet:

Lohn- und Tarif

zwischen der Firma Ludwig Dedn, Müllerstr. 138c und den bei ihr beschäftigten Arbeitern und Kautschern, sowie dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsabteilung 1 Berlin, wird heute nachstehende Vereinbarung getroffen:

1. Die Kautschern und Arbeiter erhalten einen Anfangslohn von 25 Mark pro Woche. Der Lohn steigt alle einhalb Jahre je um 1 Mk., bis zum Höchstlohn von 28 Mk. pro Woche. Mühsige, kränkliche und Invaliditätsversicherung finden von diesen Lohnklassen nicht statt. Gleichgültig gelten diese Lohnsätze für die zur Zeit beschäftigten Arbeiter und Kautschern; je nach deren Dienstalter mit rückwirkender Kraft.

2. Die Arbeitszeit der Arbeiter beginnt des Morgens um 7 Uhr und endet abends 6 Uhr. Die Pausen betragen: 1/2 Stunde Frühstück, 1 1/2 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Besper. Ueberstunden werden nur den Arbeitern mit 60 Pf. pro Stunde vergütet.

3. Für die Kautschern beginnt die Arbeitszeit morgens 6 1/2 Uhr. Die Touren sollen jedoch möglichst in die eingeordnet werden, daß die Kautschern um 6 Uhr abends wieder auf dem Hofe zurück sein können, weil eine Vergütung für Ueberstunden für die Kautschern nicht stattfindet.

4. Sommerurlaub wird jeden Kautscher und Arbeiter wie folgt gewährt: nach einjähriger Tätigkeit 5 Tage, nach zweijähriger Tätigkeit 8 Tage unter Fortzahlung des Lohnes. Erholungskräfte für auf Urlaub befindliche Arbeiter oder Kautschern werden nicht eingestellt, sondern soll die Arbeit für die Betreffenden gemeinsam von den übrigen Kollegen verrichtet werden.

5. Der Arbeiter, welcher im Verkaufsraum mit dem Sandverkauf beschäftigt wird, ist gehalten, des Abends bis 7 Uhr im Geschäft zu verbleiben, ebenfalls muß derselbe

auch des Sonntags Vormittags von 7—10 Uhr im Geschäft anwesend sein. Für die Sonntagsarbeit wird demselben jedesmal 1 Mk. Vergütung gezahlt.

6. Zur Aufrechterhaltung der Kleidungsstücke und zur Einmahnung der Maßhalten wird den Arbeitern ein beizubehaltender Mann mit gewandter Wäschewäsche zur Verfügung gestellt; die Lieferung von Handtüchern und Seife erfolgt unentgeltlich seitens der Firma.

7. Maßregelungen aus Mangel dieser Lohnbewegung oder wegen der Durchführung dieses Tarifes dürfen nicht stattfinden.

8. An der bestehenden Vereinbarung betreffend der Kündigungsfrist wird durch diesen Tarif nichts geändert. Dieser Lohnarif gilt vom 15. März 1906 bis zum 31. März 1907 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird. Berlin, den 9. März 1906.

Für die Firma: Ludwig Deden.

Für die Arbeiter: Hermann Döberstein.

Für den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung I Berlin, S. Alisch.

Durch diesen Tarif erzielen die Kollegen eine Aufbesserung ihres Lohnes von 4—5 Mk. pro Woche. Während der Anfangszeit früher 20 Mk. und der Höchstlohn 24 Mk. betrug, ist der Anfangslohn jetzt auf 25 Mk., der Höchstlohn auf 28 Mk. festgelegt. Da die Vereinbarungen rückwirkende Kraft haben, treten die ältesten Arbeiter in Betriebe sofort in den Genuß des Höchstlohnes ein.

Ferner wurden die Kollegen von der Firma Heyderhoff, Melchiorstr., bei ihrem Arbeitgeber wegen Lohnaufbesserung vorstellig. Im Betracht kamen 22 Mann. Die Firma Heyderhoff gebührt zu denjenigen Firmen, die bisher die niedrigsten Löhne zahlte, Anfangslohn von 17—18 Mark waren gang und gäbe in diesem Betriebe. Bereits im vorigen Herbst mußte sich die Firma bequemen, ihren Arbeitern eine Lohnzulage zu bewilligen, die unseren Kollegen jedoch nicht genügt erschien. Herr Heyderhoff sträubte sich zunächst sehr, eine nochmalige Aufbesserung der Löhne vorzunehmen. Eine Verhandlung mit dem Verbandsleiter führte aber, trotzdem er sich zu seiner Information einen Jahresbericht von unserem Bureau holen ließ, nach langem Hin und Her bewilligte Herr Heyderhoff jedem Arbeiter eine wöchentliche Zulage von 1 Mk. und neunmündigen Arbeitszeit. Die Löhne betragen jetzt je nach der Beschäftigungszeit 19—28 Mk. pro Woche. Da Herr Heyderhoff sich diesmal noch nicht verstehen konnte, die Löhne seiner Arbeiter mit denen der übrigen Firmen in Einklang zu bringen, so muß Herr Heyderhoff schließlich damit zu rechnen haben, daß seine Arbeiter über kurz oder lang wieder wegen Lohnzulage bei ihm anknöpfen werden. Offenheit gelingt es uns, wenn die Kollegen die Organisation weiter recht fräftig ausbauen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb dieser Branche später auf einheitlicher Grundlage auszugestalten.

Berlin. Die Hausdienter, Wader u. des Kaufhauses Hermann Engel, Wandbergstraße 1a, b, waren auf schriftlichem Wege wegen einer Teuerungsulage vorstellig geworden, die aber seitens der Inhaber dahingehend beantwortet wurde, daß eine Neuverteilung der Löhne im Allgemeinen stattfinden solle. Im Voraus muß bemerkt werden, daß bei der Firma bis vor ca. 1 1/2 Jahren nicht die günstigsten Lohnverhältnisse herrschten, Löhne von 19 Mk., 20 Mk., 21,50 Mk., darunter für verheiratete Diener, wurden vorher jährlich gezahlt. Im letzten Jahre 1905/06 hatten sich durch die Einigkeit und das Vorgehen der Kollegen die Verhältnisse gebessert und wurden auch seitens der Firma Zulagen bewilligt, doch reichten dieselben für die momentanen wirtschaftlichen Lage noch nicht aus und waren der Aufbesserung bedürftig. Die durch Verhandlungen von der Firma in Vorjahr gebrachte Lohnregulierung betrug nur für 8 Kollegen Zulagen von 50 Pf. bis 2,50 Mk., die anderen blieben unberücksichtigt. Durch nochmals nachgeführte Verhandlungen kamen folgende Vereinbarungen zustande.

Unverheiratete Diener erhalten einen Anfangslohn von 21 Mk., steigend jährlich um 50 Pf. bis zum Höchstlohn von 26 Mk. Verheiratete Diener erhalten einen Anfangslohn von 23 Mk., steigend jährlich um 50 Pf. bis zum Höchstlohn von 28 Mk. Diese Löhne treten für jede Jahresklasse sofort in Kraft. Durch diese Vereinbarungen haben im Allgemeinen alle Diener eine Vergünstigung erfahren. Wenn auch nicht alles erreicht wurde, was gefordert ist, so wird es doch im Interesse der Firma liegen, wenn sie durch weitere friedliche Verhandlungen auch noch den Schlichterwechsel alle 14 Tage einführt, welcher jetzt nur jeden 3. Sonntag besteht. Es kann dieses während der Sommermonate unbedingt erfüllt werden. Der Handelsarbeiter-Kongress wird sich über diese Verhältnisse (Sonntagsruhe in Warenhäusern) noch näher unterhalten.

Die Aufsperrung der Käsefabrikarbeiter im Aligau dauert fort. Die Sache der Aufsperrten liegt indes gut. Die wenigen vorhandenen Arbeitswilligen sind alles ungeschulte Leute, die mehr verderben als gutmachen.

Berlin ist noch Hauptabnehmer des Käses, hierhin werden noch ganze Waggons verschifft. Letzter hat der „Vorwärts“ den ihm vor ca. 3 Wochen zugelandeten diesbezüglichen Anruf nicht gebracht, während andere Parteiblätter, unter ihnen das „Sonntags-“ und „Echo“ und fast alle Gewerkschaftsblätter den Anruf sofort gebracht haben. Einem Veranlassungsberichte aus T m e n s t a d t entnehmen wir folgende Situationsbeschreibung:

Der Gaukler sprach zunächst seine Freude über die imposante Versammlung aus, die am besten die Symbole großer Kreise für die Bewegung unter den Käsefabrikarbeitern dokumentierte; er sprach dann über den Stand derselben und bemerkte, daß man zu Beginn des Streiks wohl kaum annahm, daß dessen Dauer über wenige Tage hinaus reiche. Aber so etwas könne nur das kurzfristige Unternehmertum im Aligau denken. Wer mit dem Wesen der Organisation einigermaßen vertraut sei, müsse wissen, daß ein einmal begonnener Kampf ausgefochten werde; müsse wissen, daß die Zeiten, in denen man so „unter der Hand“ nach Belieben mit den Arbeitern reden- und Arbeitsfragen ausmaße, vorüber sind, auch im Aligau. Von allen Seiten hätten die Herren

Käsefabrik Personal zugesendet erhalten, um ihren Arbeitsstand zu komplizieren, aber die damit gemachten Erfahrungen seien nicht die besten, denn der Schaden, der bis heute den Käsefabrikern erwachsen sei, übersteige bei weitem schon die finanziellen Opfer des Streiks, überlege bei weitem schon die Summe, welche zur Einlösung der Arbeiterforderungen notwendig gewesen wäre. Die Einlösung der Forderungen des ganzen Aligaus, des ganzen Schwabenlandes, verlange mit Aufnahmefähigkeit diese Bewegung, die nicht von den „Hegern“ aus München künstlich gemacht worden sei, sondern die durch das Unternehmertum, den Großkapitalismus hervorgerufen wurde. Nebner malte das Gassen und Jagen nach Reichthümern, das Gassen und Jagen der Unternehmer auf dem Weltmarkte aus, wie einer den andern zu überwinden trage und wie man doch nie genug frage. Da könne man es dem Arbeiter nicht verdenken, wenn auch er sich seiner Haut wehre und nicht ruhig zusehe, wie Reichthümer auf Reichthümer gehäuft werden und er immer leer ausgehe. Dies sei mit die Ursache der Organisationsgründung. Die Organisation sei es nun auch, die es den Arbeitern ermögliche, ihren gerechten Kampf bis zum Ende auszuführen, ohne eine Einigung zwischen den Käsefabrikanten und den Arbeitern nicht erzielt werde, solange im Frühjahr ein noch schärferer Kampf. Aber wir ziehen freudig hinein in den Frühlingskampf! Die Unternehmer im Aligau haben gezeigt, daß sie es nicht der Mühe wert fanden, mit den Arbeitnehmern in Verbindung zu treten. Die Unternehmer wollen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit sich nicht einreissen lassen, aber auch sie werden ihre Meister finden und noch recht lange an die Organisation denken. Die Arbeiter sind von der Rechtfertigung ihrer Forderungen vollständig überzeugt und haben nach den gemachten Erfahrungen vom Unternehmertum nichts zu hoffen. Wir lassen uns ein paar Wochen ins Land gehen, wir werden uns im Mai wieder sehen, dann werden wir sie herausfordern, die es nicht der Mühe wert fanden, mit der Organisation Hand in Hand zu gehen.

Schafmachernaden aus dem untern Aligau. Genau wie im Oberaligau finden sich auch in der Provinzstadt Kaufmann Schafmachernaden, indem die Käsefabrik alle Mittel anwenden, das den Arbeitern gesetzlich zustehende Koalitionsrecht zu entziehen.

Den Anfang machte der inzwischen verstorbene Käsefabrikherr Neumayer, der sich mit aller Macht über seine Arbeiter herwarf und dieselben mit Aufsperrung bedrohte, wenn sie den Verband nicht den Rücken kehren. Leider wurde diesem Verlangen von den Arbeitern, welche noch in der Ortsverwaltung waren, Folge geleistet. Mit diesem noch nicht genug, traten diese noch an die anderen Lagerarbeiter Kaufmanns heran, diese aus dem Verbands zu bringen, unter dem Borne, der Verband laugt doch nichts. Für diese schöne Tat belohnte sie Neumayer mit einer Lohnaufbesserung von 1 Mk. pro Woche ab Frühjahr 1906. Gewiss ein schöner Verdienst.

Da es nun noch nicht gelungen war, die Organisation hier zu vernichten, machte sich im Januar d. J. der Käsefabrikherr Hans Neße daran, in dieser Beziehung sein Möglichstes zu tun. Nachdem sämtliche Arbeiter dieser Firma der Organisation beigetreten waren, leistete der aus dem Verbands ausgeschlossene Oberlager Adolf Erber Spionage Dienste und brachte es fertig, daß drei Kollegen auf die Straße geworfen wurden. Neße stellte sich ganz organisatorisch freundlich hin, welches er mit folgender Lüge befestigte:

In dem Kemptener Tageblatt suchen 30 organisierte Arbeiter Stellen, und von diesen will ich 22 Mann einstellen. Ich bezahle 22 Mk. pro Woche, wenn ich nur tüchtige Leute habe. Was geschah aber, in 14 Tagen später kamen dann obige drei Maßregelungen vor. Von diesen sollten Arbeiter geworfen werden, die sich vernünftiger Mensch ein Bild ausmalen können.

Da nun auch an die Arbeiter der Firma Moosmang herangetreten wurde, um dieselben für den Verband zu gewinnen, begab sich dieser Herr zu den anderen Käsefabrikanten und sagte ihnen, sie sollten es ihren Leuten beibringen, daß man seine Arbeiter in Ruhe lasse, die sind mit ihrem Lohn zufrieden und mögen von dem Verbands nichts wissen. Es erfolgte nun auch eine Lohnaufbesserung von 2 Mk. pro Woche, dafür wurde den Arbeitern das Abendessen entzogen.

Durch die Weigerung der Lagerarbeiter im Oberaligau aufgeweckt, traten Mitte Februar die Kaufmanns Käsefabrikanten zusammen, einerseits, ab 1. März eine Lohnerhöhung und Nachmittagsbesparpauze einzuführen, andererseits durch diese Lohnerhöhung die Organisation lahmzulegen und eine etwa eintretende Lohnbewegung zu verhindern. Um diesen Zweck zu erreichen, wurde bei dieser Zusammenkunft, wie es den Anschein hat, der Käsefabrikherr Walbau beauftragt, den bei ihm in Arbeit stehenden Kassierer der hiesigen Poststelle, welcher als ein gefährlicher Aufwiegler bezeichnet wurde, zu entlassen, was auch geschah. Zu dieser Entlassung trug auch Herr Sindelung, Oberlager der Firma Neumayer, seinen Teil bei. Mit diesem noch nicht zufrieden, ließ sich Walbau hinreichend, seinen Arbeitern den Besuch der Versammlungen zu verbieten, andernfalls sämtliche entlassen würden. Dem Versprechen wegen Lohnerhöhung sind alle Arbeitgeber nachgekommen bis auf zwei.

Herr Neße bezahlt jetzt pro Woche 17—18 Mk., es wird pro Woche 1 Mk. zurückbehalten, bis 20 Mk. erreicht sind, damit Neße nicht im Schaden ist, wenn ein Arbeiter die Stelle verläßt. Die Einführung der Besparpauze nachmittags hält dieser Herr nicht für notwendig. Der Firmenbesitzer Paulus Patel schied heute noch seine Arbeiter mit dem Hungerlohn von 15 Mk. pro Woche nach Hause. Auch gibt es nachmittags keine Besparpauze bei dieser Firma. Die Käsefabrik haben also eine Quenangeit vor unserem Verbands, das ist ein schlagender Beweis dafür, wie sehr die Organisation die Interessen der Arbeiter vertritt. Wenn die Käsefabrik nun schlauer sind als ihre Arbeitgeber, werden sie jetzt recht dem Verbands beitreten und ihm unter allen Umständen treu bleiben.

Barmen. Zu viel geistige Kost. Unser Kollege S. Z., welcher bei der Firma Polind u. Montanus, Kolonialwaren engros, als Kassierer tätig war, mußte jeden Morgen der Andacht beiwohnen, welche sein Herr in eigener Person selbst abhielt. Von dem, was dieser Herr

seinen Arbeitern alles erzählte, sei hier nur eins angeführt; so erklärte er, die zum Jahre 1886 habe er gelogen, aber von da an, wo er den Geldsack gefunden habe, bis zum heutigen Tage, habe er niemals gelogen. Anfangs habe er geglaubt, sein Geschäft würde dadurch leiden, doch das Gegenteil sei eingetroffen, bei Jahresabschluss sei für ihn die Bilanz immer besser ausgefallen! Unsern Kollegen, dem das Beiwohnen der Andacht schließlich zuwider wurde, der auch keinen Vorteil darin erblicken konnte, denn seine Touren mußte er eben Tag einhalten, blieb der Andacht fern. Damit hatte er sich aber was Schönes eingebrockt, sein Herr stellte ihn zur Rede, warum er die Andacht nicht mehr mitmache. Unser Kollege sagte die Wahrheit, daß ihm das zuwider sei, und weil unser Kollege nicht lag, wurde er von dem wahrheitsliebenden Manne sofort entlassen. Als unser Kollege mit dem Gelehrergericht drohte wegen 14 Tage Kündigungsfrist, wurde ihm der volle Lohn gleich ausgezahlt.

Ja, mit dem Mantel der christlichen Liebe wird so manches gedeckt und so oft ein gutes Geschäft gemacht, besonders hier im Maderal.

Unsere Kollegen sollten doch endlich die Augen offen halten und sich nicht mit Welschbräuen und Traktatieren abgeben lassen. Hier kann nur eine starke Organisation helfen. Darum, Kollegen, rafft Euch auf und schließt Euch dem Verbands an!

Chemnitz. Ein Beispiel, wie man es nicht machen soll. Anlässlich einer Versammlung für Marktbesitzer, die sich mit dem Handelskassierarbeiter-Kongress beschäftigte, ging unserem Gaukler nachfolgendes anonyme Schreiben zu. Dasselbe ist nichts anderes, als ein Postkoffer einer ganzen Anzahl von Berufs Kollegen, denen es in der herrschenden aller Welten genau so geht, als in dem Schreiben zu lesen ist. Obwohl wir sonst anonyme Schreiben in den Papierkorb wandern lassen, wollen wir diesmal von dieser Regel absehen und, weil es allgemeine Interessen berührt, den Kollegen übermitteln. Es lautet:

Chemnitz, den 20. 2. 06.

Hochgeehrter Herr Neferent und Gaukler,

Herr Otto Richter!

Sie werden gütigst verzeihen, daß ich mit hierdurch erlaube, Sie mit ein paar Zeilen zu belästigen und hoffe, von deren Inhalt gef. Kenntnis nehmen zu wollen, ich glaube, für Ihren Juvet und berechnungsvollen Bemühungen wird Ihnen mein Schreiben nicht ganz uninteressant sein. Es tut mir leid, daß ich Ihrer gef. Einladung nicht Folge leisten kann, so gern ich Sie hören würde.

Bevor ich meines Anlages erlaube ich mir zu erzählen:

Ich bin nämlich Wächter einer hiesigen Fabrik seit ca. drei Jahren, vorher war ich drei Jahre Wächter bei einer großen Aktiengesellschaft, verlor aber die Stelle wegen Auflösung. Der wichtigste Punkt dabei ist nämlich von Geheles wegen bei den Nachschichtern noch gar nicht geregelt, betrifft der freihabenden Tage. Jeder Beamte, jedes Dienstmädchen, jeder Arbeiter, jeder Kaufbursche hat seine geregelte Arbeitszeit und seine freihabende Zeit zu beanspruchen, aber bei mir und vielen anderen Nachschichtern ergötzen noch recht traurige Verhältnisse, denn wenn ich jährlich einmal mit erlaube, um eine Nacht frei zu bekommen, konnte ich nur rechnen, ablehnende Antwort zu erhalten, oder nicht frei, oder gar mit Entlassung bedroht zu werden. Es ist traurig, daß in meinem Gewerbe solche Zustände bestehen, denn ein Wächter muß das ganze Jahr, wachen, Sonn- und Feiertags, den gesunden Nachschicht opfern, muß sechs sieben Tage machen für denselben Lohn, oder noch weniger, als ein anderer Arbeiter, oftmals bekommt man noch wenig Arbeit zudrückt, aber einen freien Tag, daß man zum Beispiel mal in eine Versammlung gehen oder das kleinste Vergnügen genießen oder mit seiner Familie irgend einen Besuch am nächsten Verwandten machen könnte, ist völlig ausgeschlossen, ja, man erhält zur Antwort: „Sie haben am Tage Zeit dazu!“ Das ist aber falsch, denn schlafe ich vormittags bei Vorn und im Sommer bei der Hitze und nachmittags fortsetzen, aber abends um 6 Uhr zum Dienst tritt, dann ist der Mensch schon wieder müde, und überhaupt ist ja am Tage nichts los, doch nur abends, also mühsen ich mir das, was jedem Menschen gebührt, vollständig entzogen, und wenn ich bis ans Lebensende Wächter sein sollte, so ist für mich kein Tag über, den ich als einen Sonntag ansehen könnte. Ich glaube, geehrter Herr Richter, daß Sie sich selbst auch sagen, das sind noch recht traurige Verhältnisse, die einer gesetzlichen Bestimmung bedürfen. Da ich dementsprechend Ihnen sehr dankbar bin, wenn Sie die Angelegenheit interessieren sollte, so würden ich und meine Lebensgenossen Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie derartige Uebelstände mit zur Erziehung bringen wollten, und wäre sehr wünschenswert, wenn dieselben gesetzlich geregelt würden.

Der Herr Neferent wird dieses, weil anonym, gewiss nicht achtlos in den Papierkorb werfen, denn Sie wissen selbst, daß man nicht die Grillenz auf Spiel setzen möchte, wenn man als Familienvater solide fortbestehen will.

Im Voraus dankend für gegebene Bemühung.

Geschäftsbote

P. P., Wächter.

Die Zustände, wie sie hier geschildert werden, sind wohl vorhanden, und manchem mag es noch schmerzlicher ergehen. Allerdings müßte der Kollege sich doch minderbessens sagen, daß uns das Schreiben so lange gar nichts nützen kann, solange wir den Betrieb und seinen Namen nicht kennen. Damit ist nichts gewonnen, daß man die Faust in der Tasche macht, seiner Organisation gegenüber muß man frei und offen sein, sonst kann diese überhaupt nicht operieren.

Düsseldorf. Eine Besprechung der Einkassierer und Verkäufer aus den Verkaufsgeschäften der Maschinen-, Möbel-, Manufaktur- und Versicherungsbranche fand am 23. Februar statt. Obwohl nur Einkassierer und

Verkäufer eingeladen waren, hatten sich auch ein Buchhalter und ein junger Chef" eingefunden. Die Versammelten, sowie der Leiter huldigten der Ansicht, daß sie ihre Interessen auch ohne Bevormundung der Unternehmer und ihrer Vertreter wahrnehmen können, und so mußten die Herren unverständlicher Weise abgehen. Der Gauleiter legte den Anwesenden den Zweck und Nutzen des Anschlusses an unseren Verband klar.

In der Aussprache beteiligten sich eine Reihe von Kollegen, alle sprachen sich für den Anschluß an unseren Verband aus. Von den 70 Anwesenden ließen sich 30 aufnehmen. Es wurde eine provisorische Sektionsleitung von 3 Kollegen, je einer aus der Versicherungs-, Nähmaschinen- und Möbelbranche, gewählt, welche die Vorarbeiten für die nächste Versammlung erledigen soll. Es bestand hier am Orte bis in die jüngste Zeit ein lokaler Verein, der sich jedoch als nicht lebensfähig bewies. Hoffentlich bringen die Kollegen der Neugründung genügend Interesse entgegen, um mit den unbillbaren Zuständen in den Geschäften aufzuräumen, bedarf es des Zusammenschlusses aller Kollegen aus allen Branchen.

Kassel. Seit ca. drei Jahren besteht auch hier am Ort ein Wach- und Schleifhändler. Die Angestellten dieses Instituts werden von den "Vorgesetzten" in dem in solchen Einrichtungen üblichen Kastrationsverfahren behandelt. Hat ein "Untergebener" etwas zu melden, dann muß er stramm stehen; mit den Händen an der Hosennaht, den Daumen vorfingertüchtig eingezogen, Kopf zurück und Brust heraus, muß er seine Meinung abgeben. Findet es der Herr "Vorgesetzte" nicht für nötig, den beim Militär üblichen Befehl, "Nicht Sucht!" zu geben, dann muß der "Untergebene" warten, bis der Herr Vorgesetzte sich drei Schritte entfernt hat, erst dann darf er wieder eine unmillidische Haltung einnehmen. Alles militärisch, unter dem tun es die Kasseler nicht. Nur der "Solb", den die Angestellten dieses Instituts erhalten, ist unmillidisch. 70 Mt. Anfangsgehalt, 85 Mt. Höchstgehalt, Verleihung pro Nacht 1,50 Mt. Besser wäre es doch, wenn der "Solb" ebenfalls nach verbleibendem Muster eingeführt würde, dann hätte der Herr "Direktor" doch nicht nötig, seinen Untergebenen die Neujahrs-Gratulationskarten für die Kundschaft in Bezug zu bringen, welche Praxis er in diesem Jahr angewendet hat.

Ein in diesem "Volksblatt" erscheinender Bericht über eine Schöffengerichtsverhandlung stellt folgendes über die Praxis dieses "Direktors" mit:

Vor dem Schöffengericht Kassel hatte sich ein früher bei der Kaiserlichen Wach- und Schleifgesellschaft als Wächter angestellter Mann wegen Verletzung des Direktors des genannten Instituts zu verantworten. Über die Vorgeschichte des Prozesses wird uns das folgende mitgeteilt: Die Direktion des genannten Instituts machte ihren Kunden zu Neujahr eine kleine Aufwartung in Form von Gratulationskarten, die von den Wächtern überreicht wurden. Die Gratulationskarten dieser Karten beläßen sich auf 10 Pf. pro Stck. Als am 2. Januar d. J. die fälligen Monatsgehälter ausbezahlt wurden, waren die Wächter nicht wenig erstaunt, daß ihnen der Betrag für die an die Kunden verabreichten Neujahrskarten vom Lohne abgezogen wurde. Diejenigen, welche sich diese Abzüge nicht ohne Widerrede gefallen ließen, wurden sofort entlassen, zu ihnen gehörte auch der Angeklagte. Bei dieser Gelegenheit soll dieser in der Erregung dem Direktor gegenüber beleidigende Ausdrücke gebraucht haben. Das Gericht beurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 15 Mt. — Das "Volksblatt" bemerkt hierzu mit Recht: Zweifelsohne versteht die in der Verhandlung aufgeworfene Geschäftspraxis der Wach- und Schleifgesellschaft gegen die Gewerbeordnung sowohl als auch gegen die guten Sitten. Daß sich aber die Direktion dieses Instituts erlaubt, ihren Angestellten so etwas zu bieten, liegt ohne Zweifel daran, daß die Angestellten bisher nicht die Notwendigkeit der Organisation erkannten. Erst wenn sie alleamt organisiert sind, werden sie in der Lage sein, Zumutungen der Arbeitgeber, wie die geschätzten, mit Energie zurückweisen zu können.

Ja, ja, die Organisation ist es, die hier not tut. Nur ein Mensch, der vollständig klumpstümlich geworden ist, erkennt das nicht an. Die gesamten Angestellten der Schleifgesellschaft halten sich — allseits sei ihnen dabei an der Seite und einen bunten Haufen an Leiden haben — für zu gut, der Organisation beizutreten. Sie halten sich in ihrem Wahne für einen Teil der Polizei, und da sie hier und dort einmal einen Dieb verhaftet, einen anderen festgenommen haben, sehen sie mit einer gewissen Verachtung auf ihre Arbeitsbrüder in Mittel und gerichtsvernehmend Haas herab. Erst dann, wenn sie ihre Entlassung in der Tasche haben, dann erkennen sie ihr glänzendes Leben, dann finden sie auch den Weg zur Organisation, die sie früher nicht gekannt haben — dann ist es in der Regel zu spät.

Koffen wir, daß auch diese Arbeiter endlich zur Erkenntnis ihres glänzenden Lebens und ihrer Massenlage kommen.

Odenburg. Hier herrscht augenblicklich eine rege Agitation betriebs des 8 Uhr - Ladenschlusses. Die Gegner des 8 Uhr - Ladenschlusses sind hauptsächlich die Kolonialwarenhändler, sie sind es deswegen, weil die Verkaufsstellen des Konsumvereins bereits um 8 Uhr schließen, und sie sagen sich deshalb, mit diesen Leuten, die im Konsumverein nach 8 Uhr nichts mehr bekommen können, läßt sich noch ein gutes Geschäft machen. In der hiesigen bürgerlichen Presse, den "Nachrichten für Stadt und Land", streiten sich nun die Leute betriebs des 8 Uhr - Ladenschlusses, ein Teil ist dafür und ein Teil dagegen. Und sogar Konsumisten, wie z. B. ein Beamter, der ein "Eingefandter" an die bürgerliche Presse fandte, in welchem er betonte, daß, wenn der 8 Uhr - Ladenschluß in Odenburg eingeführt werde, er seine Waren im Bremen eintausen würde, da er in den Tagesstunden keine Zeit hätte.

So schrieb ein "Beamter". Auch wir haben uns betriebs des "Eingefandten" in der hiesigen Presse beteiligt und sandten folgendes Schreiben:

Zur 8 Uhr - Ladenschluß - Bewegung.

Die im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter haben an der Durchführung des 8 Uhr-Laden-

schlusses ein gleich großes Interesse, wie die in den Läden beschäftigten Handelsangestellten. Es ist daher notwendig, daß auch die Handels- und Transportarbeiter zur Frage des 8 Uhr - Ladenschlusses Stellung nehmen und für die Durchführung wirken.

Die Arbeitszeit der Handels- und Transportarbeiter, welche der Hausdiener hängt zum größten Teile von der Dauer der Offenhaltung der Ladengeschäfte ab. Der frühere Geschäftsverlauf kommt daher auch ihnen zugute. Ihre Arbeitszeit dehnt sich nun fast überall noch über die Arbeitszeit der Handelsangestellten aus, so daß die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe zu denjenigen gehören, welche mit der längsten Arbeitszeit haben. Trotz der übermäßig langen Arbeitszeit, oder richtiger gesagt, gerade darum ist ihr Arbeitsverdienst ein äußerst geringer. Der Verband der Handels- und Transportarbeiter ist denn auch bemüht, für eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes einzutreten und dort, wo die Arbeiter des Handelsgewerbes sich dem freien Verband angeschlossen haben, ist sein Streben auch von Erfolg gekrönt.

Die Erreichung des 8 Uhr - Ladenschlusses hängt zum Teil von der Mitwirkung des Publikums ab. Die Arbeiterschaft muß es sich zum Prinzip machen, daß keine Arbeiterfrau nach 8 Uhr einkaufen geht. Verzieht das Publikum dies allgemein, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Auch die rückständigen Elemente im Kaufmannstande werden dem 8 Uhr - Ladenschluß zustimmen, wenn sie sehen, daß das Publikum hinter den Forderungen für Erreichung des 8 Uhr-Ladenschlusses steht.

Für die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe aber gilt es, der Bewegung nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht gleichgültig gegenüber zu stehen, meinetwegen, es nützt doch nichts, sondern sich ihrer Organisation anzuschließen.

Auf dieses "Eingefandte" ist nichts erwidert worden, und nehmen wir an, daß wir das Mächtige getroffen haben. Erwähnen wollen wir noch, daß der hier in Odenburg domizillierende Christliche Transportarbeiterverband sich nicht um den 8 Uhr - Ladenschluß kümmert.

Stettin. Vor einiger Zeit ereignete es sich in einem hier am Ort befindlichen Manufakturwarengeschäft, daß verschiedene Hausdiener ohne einen Grund plötzlich gekündigt wurden; man wußte nicht warum. Hieraus trat der eine an den Inhaber heran und fragte, warum er gekündigt sei? Da erklärte der Chef: "Weil ich mich verändern will". Die Hausdiener wußten aber ganz genau, daß dieses doch einen ganz anderen Saken hat, man will die alten Hausdiener eben los sein, weil der Herr Chef sich verändern und neue Arbeitskräfte haben will, die vielleicht noch etwas billiger und williger sind, als betriebsende waren.

Daß es heute noch Hausdiener gibt, die für einen Lohn von 10-15 Mt. pro Woche arbeiten können, das ist uns eben ein Rätsel, aber wir sehen wieder, daß die Hausdiener sich zu wenig um ihre Berufsorganisation kümmern, sonst würden sie für einen derartigen Schandlohn nicht arbeiten.

Betreffender Unternehmer aber wußte ja ganz genau, daß seine Leute nicht organisiert waren, deshalb konnte er dieses wagen; wären sie organisiert, so würde er dieses wohlweislich unterlassen haben, denn er weiß ganz genau, daß man mit organisierten Arbeitern nicht so umspringen darf. Vielleicht gelingt es uns aber, auch mal in diesem Betriebe Fuß zu fassen, daß auch mit diesem Herrn mal ein vernünftiger Lohn gesprochen werden kann.

Also, Kollegen Hausdiener, wir sehen wieder mal, wie notwendig es ist, sich zu organisieren, damit wir dieses nicht alles hinnehmen brauchen. Kollegen, also hinein in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Leitergerüstarbeiter.

Berlin. Ein recht beklagenswerter Unglücksfall ereignete sich am Freitag, den 16. März, beim Aufstellen eines Leitergerüsts am Hause Schornowestr. 2. Der Kollege Hans Wehner stürzte aus einer Höhe von 12 Metern auf das Straßenpflaster und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er nach wenigen Minuten verstarb. Der Kollege Klaus, welcher ebenfalls bei dem Unfall beschäftigt war, fiel dadurch, daß ein Spannungszugwerk zerbrach, mit der an letzteren befestigten Leiter um, und fiel glücklicherweise auf einen Balken des Nachbarhauses. Der Kollege kam mit den Schreden und geringen Verletzungen davon, welche hoffentlich keine ernsteren Folgen hinterlassen werden.

Straßenbahner.

Posen. Am Freitag, den 2. Februar, fand eine Versammlung der Straßenbahner statt, in welcher ein Kollege über das Thema: "Die Sterblichkeit an Tuberkulose", referierte.

Redner erläuterte an Hand einer Statistik die verheerende Wirkung dieser Krankheit in den verschiedenen Berufen und ging dann auf die günstigen Vorbedingungen für diese Krankheit ein, wobei er besonders die entsetzlichen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter als einen großen Verbreiter dieser Krankheit hinstellte, desgleichen die Unterernährung etc.

Aus der Statistik war zu ersehen, in wie viel größerem Maße die Arbeiter gegen die Selbständigen der Krankheit zum Opfer fallen, weil den letzteren die Widerstandskraft gegen die tödliche Krankheit fehlt, während die letzteren alles anwenden können, um ihren Körper zu stärken, gutes Essen, gesunde Wohnung, Reisen in Kurorte, Sanatorien etc. Alles dieses kann sich der Arbeiter, welcher stets als Mensch zweiter Klasse betrachtet wird, nicht leisten, und deshalb fordert die Tuberkulose unter der Arbeiterklasse die meisten Opfer.

Redner führte an, daß die freien Gewerkschaften und die Krankenkassen, in denen Arbeiter mitzureden haben, schon viel getan haben, um die Menschen aufzuklären und ihnen Karzungen, wie man sich am besten vor dieser Krankheit schützen kann. Durch Wohnung-Enquêtes etc. haben sie die Behörden auf die entsetzlichen Wohnungsverhältnisse hingewiesen, so daß in dieser Hinsicht schon manche Besserung zu konstatieren ist.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, welche die elenden Posener Wohnungen kritisierten.

Ein Antrag, den Schaffner Josef Reich aus dem Verbands auszuscheiden, weil er in letzter Zeit fortgesetzt gegen den Verband und für den Klimbimverein agitiert habe, fand einstimmig Annahme.

Es wurde dann noch das Geldstück des Schaffner Scharbier besprochen, der mit einem Kollegen in einem Restaurant in Differenzen geraten war und in einem Anfall von Mut dem Direktor sein Geld gestohlen hat. Nachdem er am Abend aus dem Restaurant geflohen, suchte dieses Geld ihm immer in den Arscheln suchen muß und ihn dann zu Hause führen muß, weil er oft nicht imstande ist, allein zu gehen und daß er seiner Frau 7 Mt. pro Woche Wirtschaftsgeld gibt, kennzeichnet den Charakter am allerbesten. Nun war dieser Vorfall außer Dienst passiert, da meinen wir doch, in Privatsachen solle sich der Direktor nicht einmischen, wie es oft geschieht, wenn ihm mal von einer Privatangelegenheit etwas zu Ohren kommt, dann heißt es gleich, wenn Sie die Sache bis dahin nicht geregelt haben, stehen Ihnen alle Türen offen. Doch gibts auch hierin Ausnahmen, wenn es sich um Anklagen handelt. So hat der Restaurateur Schmalz mal an den Direktor geschrieben, er möchte doch veranlassen, daß der Schaffner Kalafsky ihm die 3 Mt., welche er ihm schon lange schuldet, abgibt; in diesem Falle hat sich der Herr Direktor nicht für die Sache interessiert. Weshalb die Ausnahme? Entweder man interessiert sich für Privatsachen gar nicht oder ohne Ausnahme.

Es muß konstatiert werden, daß auch dieser neueste Fall gegen unsern Verband, die Gründung des Klimbimvereins, nicht das Resultat zeitigen wird, welches die Direktion sich einbildet hat. Man reißt den Organisationsgedanken einem überzeugten Arbeiter nicht so leicht aus dem Leibe, und jeder überzeugte Kollege weiß, daß der Verband nur sein bestes will und nur im Interesse der Kollegen wirkt, was natürlich den Schaffmachern und Kapitalisten unangenehm ist, denn nichts ist demselben so verhaßt, als daß man an ihrem Eigentum, und das ist für die Kapitalisten der Geldsack, rüttelt.

Posen. Klimbim- oder Dufelverein. Die Direktion der Straßenbahn, mit dem Schaffmacher an der Spitze, dürfte ein wahres Freudenauge ausstoßen, daß es ihr gelungen ist, diesen Klimbimverein zu gründen. Wenn aber die Herren an grünen Tische glauben, daß sie dadurch diejenigen Kollegen, welche Charakter und Menschenbewußtsein haben, durch dieses totegeborene Kind von Dufelverein dem Verbands entfremden können, so stellen sie sich trotz ihrer Schaffmacherei das Zeugnis aus, daß sie keine Ahnung haben von charakterfesten, pflichttreuen Familienvätern, die nicht in ersterer Demut zu Füßen eines aus Angestellten wohnen, wie es eine Anzahl charakterloser Schmarotzer und Speichellecker tun.

Ein Bild auf die Zusammenstellung der leitenden Vergütungsstände gibt das Bild, das man von dem Verein zu erwarten hat.

Ehrenmitglied: Direktor Fischer.
Vorstands: Kontrollleur Zelsler (ein früherer Lehrer).
Stellvertreter: Kontrollleur Jurek.
Kassenführer: Kontrollleur Niemeyer.
Schriftführer: Bureauangestellter Förber.
Beisitzer: Förber Dämle, Schaffner Wunsch, Radierer Stieffe.

Beisitzer 1. Kl.: Kontrollleur Broda.
Beisitzer 2. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 3. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 4. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 5. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 6. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 7. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 8. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 9. Kl.: Schaffner Kalafsky.
Beisitzer 10. Kl.: Schaffner Kalafsky.

§ 2 befaßt: Zweck des Vereins ist: a) Die Ermöglichung gemeinsamer Aussprache über dienstliche Angelegenheiten.

Hierzu steht nur der Zufall: Wer aber den Mund aufmacht, wird ohne Angaben von Gründen gemüßelt, außer er spricht im Interesse der Gesellschaft!

b) Die Pflege der Gesselligkeit und Treue zu Kaiser und Reich.

§ 4. Ehrenmitgliedschaft betreffend, sollte es eigentlich heißen: Ehrenmitglied kann jeder werden, der den Angestellten Gehaltszulagen entgeht, ihnen recht viele Strafgebühren abnimmt und sich als Schaffmacher erster Klasse betriebsend hat.

§ 8. Ueber nicht auf der Tagesordnung stehende Anträge kann nicht Beschluß gefaßt werden.

Wie die Tagesordnung immer aussehen wird, weiß man ja, wenn man sich die Zusammenstellung des Vorstandes, der dieselbe festsetzt, näher ansieht.

§ 9. Beitrag pro Monat 20 Pf., Leistung dafür? Klimbim, Geschäftsbeispiel, Verherrlichung der Schmarotzer und Gefügung der Angestellten für die Ausbeutung der Schaffmacher. Die Rechnungslegung des Kassierers wird hoffentlich eine andere sein, wie diejenige bei der Betriebskassentafel.

Auf den Unfinn der anderen Paragraphen einzugehen, lohnt sich nicht; nur muß konstatiert werden, daß der Verein durch Verfügung (!) gegründet worden ist, ein Anstaltsprodukt ist, dem 2. Mitglieder mit Willen angehören, weil es ein öffentliches Geheimnis ist, daß man diejenigen, welche sich nicht einschreiben lassen, allmählich inwieweit will. Das nennt man bei der Straßenbahn Konstitutionsfreiheit.

Nun, der Herr Fischer war ja in Königsberg i. Pr. als großer Arbeiterfreund bekannt und die Königsberger denken heute noch mit Wehmut an die schöne Aera der segensreichen Tätigkeit des genannten Herrn, als er vertrittungsweise fungierte. Ob Herr Fischer, als er von Königsberg nach Posen kam, auch auf solch hohem Pferde saß, wie heute?

Eine schreiende Ungerechtigkeit ist bei Gründung des Dufelvereins begangen worden. Man hat den Vater des Gedanken, den Schaffner Josef Reich, einen früheren Bäcker, vergessen in den Vorstand zu nehmen; nun, hoffentlich macht man das Unrecht noch gut, damit die treue Seele dem Verein ergatten bleibt. Die Erleuchtung

11 diesen Herrn etwas sehr spät gekommen, er will 15 Jahre als Bader organisiert gewesen sein, hat auch bei uns keine Versammlung besucht und auch kräftig gegen die Mißstände polemisiert, ob zum Schutze? Wo bleiben die anderen Vorbilder von Jugend und Mannheit? War kein Pfadfinder für sie? Wir meinen Pfadfinder, Pfadfinder, Pfadfinder, Pfadfinder, Pfadfinder.

Transportarbeiter.

Polizeiliche Maßregelung. Unter dieser Spitzmarke schreibt der „Vorwärts“ am 13. März unter anderem: Wir haben nie beobachtet, daß einmal ein Großschlepper seiner schlimmsten Konkurrenz Ungelegenheiten bereitet und etwa die Straßenbahn am Weiterkommen hinderte. Das nehmen sich meist nur an das Berliner Pflaster und die Regeln des großstädtischen Verkehrs nach nicht gewohnte Aufsicht von Schwerverkehrswerten heraus, die noch vor kurzem hinter dem Pflaster gingen.

Die Polizei wird dem „Vorwärts“ für diesen Wint mit dem Hauptstadt sehr dankbar sein. Wir meinen aber, ein Arbeiterblatt hätte etwas Besseres zu tun, als der Polizei Winte für die Befragung der Schlepper zu geben. Wenn die Schlepperführer öfter auf den Schleppern fahren würden als die Fahrer des Personentransports, so wäre dies schließlich schon aus dem Grunde begründet, weil die Bauart der Berliner Straßen sie dazu veranlaßt. Das Pflaster stellt sich stets nach der Vorderachse zu, und daher wird ein schwer beladener Wagen stets, besonders aber bei nassem oder frostem Wetter, mit seinem hinteren Teile an die Vorderachse herangeschoben. Der beste Fahrer kann dies nicht verhindern, wenn er nahe der Vorderachse fahren muß. Aus diesem Grunde halten sich die Schlepperführer stets mehr nach der Mitte der Straße, weil dort das Pflaster eine weniger schiefe Ebene bildet. Oft muß der Fuhrmann beim Vorfahren oder Ausweichen seinen Wagen auf die Schienen drücken, und er kann dann, weil die Schienen stellenweise 2 bis 3 Zentimeter über die Pflasterhöhe hinausragen, nicht so schnell, wie er es gerne möchte, von dem Geleise herunter. Jeder Straßenpassant kann herunterfallen an einem Tage die Beobachtung machen, daß die Fahrer schwer beladener Wagen nicht imstande sind, im späten Winter die Räder des Wagens über die Schienen zu bringen, sie müssen oft ganz rechtswirrig die Pferde herumreißen, um das Ziel zu erreichen. Und dann meinen wir, ist es schon ein gewisses Monopol für die Straßenbahn, daß sie ihre Schienen in den besten Teil der Straßen verlegen darf, soll dies Monopol noch dadurch, daß dem gesamten übrigen Verkehr bei Strafe verboten wird, jenen Teil der Straßen zu benutzen, verstärkt werden? Kein vernünftiger Fuhrmann fährt zum Vergnügen auf den Schienen, aber gänzlich verneinen läßt es sich nun einmal nicht. Die Kutscher des Schwerverkehrs werden wahrlich schon genug unter den oft brutalen Polizeihandlungen, es ist also wirklich nicht nötig, daß die Polizei noch extra auf sie schärft gemacht wird.

Berlin. Die Kutscher, Begleiter und Bodenarbeiter von der Firma **Georg Kempermann**, welche im vergangenen Herbst auf Veranlassung der Firma Sonderabmachungen bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse getroffen haben, wodurch die Firma der unterchristlichen Anerkennung der allgemeinen Grundzüge nicht übergeben war, haben nach und nach doch eingesehen, daß sie sich durch gegenüber ihren Kollegen, welche bei anderen Firmen beschäftigt sind, in materieller Beziehung recht sehr geschädigt haben. Unsere Kollegen haben sich in letzterer Zeit in ihrer Weisheit dem Verstande angeschlossen mit dem augenblicklichen Absicht, mit Hilfe derselben auch in diesem Betriebe die allgemeinen Grundzüge zur Durchführung zu bringen. Am Montag, den 12. März, legte der Vertrauensmann im Auftrag einer Betriebsversammlung der Geschäftsleitung ein Exemplar der Allgemeinen Grundzüge vor, mit dem Bemerkten, daß die Kommission bis am Abend desselben Tages Bescheid erwarte, ob die Firma gewillt ist, dieselben anzuerkennen. Da bis zu der Zeit ein Bescheid nicht gegeben wurde, legten alle daselbst beschäftigten Kollegen am 13. März einmütig die Arbeit nieder. Daraufhin hat dann noch am Vormittag eine Verhandlung der Kommission unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreter stattgefunden, nach welcher sich Herr Kempermann bereit erklärte, die Grundzüge anzuerkennen und seine Unterschrift dazu gab. Nachdem die Kommission ihren ausführenden Kollegen über die Verhandlungen Bericht gegeben hatte, nahmen sämtliche Streikenden sofort die Arbeit ebenso einmütig wieder auf, wie sie dieselbe verlassen hatten. Leider sind daselbst immer noch einige alte Kollegen vorhanden, welche dem Verstande nicht angehören. Kostentlich werden auch sie nun zu der Überzeugung gelangen, daß nur durch Einigung und durch die Organisation etwas erreicht werden kann. Die Betroffenen möchten wir noch von dieser Stelle aus darauf hinweisen, daß der Organisationsgedanke auch unter ihren Kollegen im Expeditions-gewerbe immer mehr Wurzel schlägt und diese in den der Organisation fernstehenden mit Recht ihren Gegner erblicken, mit welchem sie keineswegs auf vertrautem Fuße zusammenarbeiten können. — Also Sorge ein jeder dafür, daß er sich rechtzeitig dem Verstande anschließt.

In **Stettin** sind, was die Kutscher anbetrifft, außer bei der Firma Mattig die Kollegen gut organisiert, sie haben auch infolge dessen voriges Jahr einige Erfolge durch die Organisation erreicht. Die Kollegen bei der Firma Mattig dachten, feinerzeit anders. Als voriges Jahr die Lohnbewegung im Gange war, legte Herr Mattig seinen Leuten eine Kleinigkeit zu, denn der Herr glaubte, seine Leute würden ebenfalls organisiert, und wollte durch die Zugabe einen event. Streik vorbeugen und die Arbeiter der Organisation wieder abwendig machen.

Als die Lohnbewegung zu Ende war, die Kollegen ihre Arbeit wieder nach wie vor verrichteten, erfuhr Herr Mattig, daß seine Leute garnicht mit in Betracht gekommen wären, überhaupt daß diese noch garnicht soweit vorgeschritten seien, und so erklärte er schimpfend und aufgebracht: Hätte ich gewußt, daß ihr nicht im Verstande wäret, hätte ich euch nicht zugelegt.

Herr Mattig hatte geglaubt, seine Arbeiter sind wirklich so verständig und würden nun so, wie er es tut, auch ihre

Interessen zu wahren verstehen. Der Herr hatte sich aber in seinen Arbeitern getäuscht und sah, daß seine Kutscher und Arbeiter noch sehr rückständig sind. Aber noch etwas anderes kommt in Betracht, was sich die Kollegen bei Mattig in ihrer Unschuld gefleht haben: Während der Bewegung trafen Kollegen an die Mattig'schen heran, um dieselben für die Organisation zu werben. Klugs erklärten diese, wir brauchen keine Organisation, das machen wir allein, unser Herr legt uns so zu. Der Herr hat seine Schafe wieder-erkannt, jetzt fängt nämlich Herr Mattig an und zieht lang-sam wieder ab.

Nun, ihr Kollegen bei Mattig, fählt ihr nicht, daß ihr auch zu uns gebört? Habt ihr wirklich gar kein Interesse für euch und eure Familie? Ist euch alles schon ganz gleichgültig geworden? Wir glauben, Kollegen, ihr habt auch noch Interessen, welche gemeinschaftlich vertreten werden müssen; deshalb wollen wir uns nicht gegenseitig verböhnen oder gar belächeln, sondern uns die Hände reichen zu einem festen, innigen Bunde. Wir wollen gemeinschaftlich zusammenwirken und uns in Gleichheit Verhältnisse schaffen, die man als menschliche bezeichnen kann. Deshalb Kollegen, organisiert euch!

Erfurt weist bekanntlich das größte Fuhrgeschäft von Thüringen und Hessen auf; die Firma ist **Wolff, Nothe**. Auf Grund seines Umfanges ist es auch sehr vielseitig in der Art. Da ist vorhanden das Fuhrwerk für Oekonomie, Steine, Kies, Schutt, sowie Abfuhr der Erde aus den Ausschachtungen und die Müllabfuhr für die Stadt Erfurt, alles dies bildet die abwechslungsreiche Beschäftigung für die dort beschäftigten Kollegen. Wir wollen nun gerade nicht behaupten, daß die Kutscher mit der Ausführung der Arbeit oft wechseln müssen, daß derjenige, welcher heute Kies gefahren hat, morgen Müll oder etwas anderes fahren muß, nein, das würde in diesem Betriebe zu kompliziert werden, soviel wie möglich behält jeder seine Beschäftigung. In so einem großen Betriebe von 60 Kutschern und ungefähr 10 bis 15 Fohrern und 60—70 Kutscherarbeitern gibt es auch leider Kollegen, welche es mit ihren eigenen Interessen sowie mit den Worten nicht so ganz genau nehmen, es sind eben Leute, welche alles Gute mit Füßen treten und sich lieber im Verfallenen anderer Kollegen etwas zugute tun. Dies ist das Erbärmlichste, was hier zum Ausdruck kommt. Herr Nothe schenkt nun willig einem solchen Menschen sein Ohr, vorerst ihm noch aus, und geschönlich ist Herr Nothe falsch unterrichtet worden. Nun ein Kollege durch solch einen Menschen verläßt wird, so rangiert Herr Nothe und gibt den vermeintlichen Sünder eine andere Arbeit, wie z. B. Fohrarbeit oder etwas anderes, wo er weiß, daß er den Kutscher ärgern kann und dieser schließlich davonläuft. Herr Nothe ist auch wirklich schon falsch unterrichtet worden, denn die Kutscher machen das sehr schon mit Absicht; wenn da mehrere irgendwo zusammenhocken und es befindet sich so ein Demagogen dazwischen, da wird schnell etwas erlogen und erzählt mit der Absicht, daß es Herr Nothe wieder erfahren soll. Ein feiner und gebildeter Geschäftsmann gibt auf solche niedrigen Klatschereien eines solchen Arbeiters nichts!

Die Müll- und Fäkalienabfuhr ist städtisch, außer Herrn Bornfeist stellt auch Herr Nothe die Pferde und Kutscher. Die Kutscher müssen in dieser Abteilung bei Herrn Nothe 15 Mk. Kanton stellen, ein Gehalt, was man wohl selten noch anzutreffen vermag. Mögen die Einwohnenden von Seiten des Herrn Nothe kommen wie sie wollen, schätzhaftig ist sie nicht. Aus all diesen Gründen und aus noch verschiedenen anderen hat Herr Nothe auch Grund, seine Leute nicht so schlau werden zu lassen, deshalb sucht er seine Arbeiter durch Beeinflussung irgendwelcher Art, selbst unter Anwendung von Drohung, die Arbeit einzuflechten, wieder für sich zu gewinnen, was die Arbeiter sich mit spöttelndem Lachen quittieren. Die dort beschäftigten Kutscher und Arbeiter haben auch erkannt, welche Politik mit ihnen getrieben wird. Die Kollegen wollen nicht mehr blindlings folgen, sondern auch ihre Interessen zu wahren wissen.

Frankfurt a. M. Ein Streit der Fuhrleute bei der hiesigen Getreide- und Fouragehandlung von **Wender** wurde nach 3 1/2 tägiger Dauer mit einem Erfolg für die Kollegen beendet. Obwohl der Inhaber der Firma sich erst in seiner Weise entgegenkommend zeigte, ist es nun doch gelungen, und zwar nach fünfmaliger Verhandlung, die Löhne für Fuhrleute auf 26,00 Mk. und für Tagelöhner auf 24,00 Mk. pro Woche festzulegen. Der bisher gezahlte Lohn betrug durchschnittlich 23,00 Mk. pro Woche. Wenn man nun in Betracht zieht, daß eine ganze Reihe Kollegen mit 21,00 Mk. nach Hause gehen mußten, so ist bei diesem Streit immerhin ein guter Erfolg zu verzeichnen. Obwohl die streikenden Kollegen bis zu Ende fest zusammenhielten, hatten wir doch bedauerlicherweise mit einer ganzen Reihe Streikbrecher zu tun. Sogar aus dem gegenüberliegenden Unterhofsgegend schenkte man sich nicht, Leute, die entlassen wurden, der Firma als Arbeitswillige zu empfehlen. Glücklicherweise hatten diese Armeen der Armen doch noch soviel Ehrgefühl, sie gaben sich nicht dazu her, den unbedingten Forderungen kämpfenden Arbeitern ihren Kampf zu erschweren. Auch unsere liebe Polizei war außerordentlich rühmlich. Wir haben Schulleute kennen gelernt, welche sich eventuell zum Ober-Staatsanwalt eignen würden. Verschiedene Verfassungen wurden vorgenommen. Sogar ein garnicht am Streit beteiligter Kollege wurde eingestrichen und vier Stunden belam man sich, ehe er freigelassen wurde. Wenn nun trotz aller Schwierigkeiten obestehende Erfolge erzielt wurden, so sei hier gleichzeitig erwähnt, daß die Firma **Seligmann Grünbaum**, wo wir ebenfalls unsere Forderungen einreichen, bewilligt hat, ohne daß es zum ersten Kampf kam. Die Kollegen bei dieser Firma erhalten jetzt 26,00 und 27,00 Mk. pro Woche. Hoffentlich wird die große Waffe der Frankfurter Kollegen nun recht bald einlefen, auf welchem Wege eine Besserung der Verhältnisse möglich ist.

Kiel. Folgende charakteristische Bekanntmachung liegen die Kieler Fuhrherren kürzlich vom Stapel:

Bekanntmachung. Bei der am 9. März 1906 abgehaltenen Versammlung des Vereins Kieler Fuhrherren wurde nach eingehender Besprechung beschlossen, vom 1. April 1906 ab den Minimaltagelohn für Lastfuhrwerk während der 3 Sommermonate auf 16 Mk. pro Tag und für die 3 Wintermonate (Dezember, Januar und Februar) auf 15 Mk. festzulegen.

Begründet ist diese Maßnahme durch die in Steigerung befindlichen Löhne für die Leute, sowie die stets steigende Belastung der Fuhrwerkbesitzer durch die Abgaben für die diversen Versicherungen mit einem doch recht eigenartig an, da die betroffenen Kutscher bisher von einer Steigerung ihrer Löhne nichts merkten und die Ausgaben für die Kranken- u. Versicherungen ebenfalls neuer noch keine ändern sein dürften, wie in früheren Jahren. Daß die „Herren“ nun merken, durch die Befürwortung u. der neuen Bollarifvorlage sich ins eigene Fleisch schneiden zu haben, könnte ihnen, beträfe es nur ihre eigene Person, eigentlich gar nichts schaden. Das Traurige an dieser Sache ist ja nur, daß den Arbeitern und nicht zuletzt den Kutschern die Lebenslage hierdurch in viel erhöhtem Maße erschwert und verbleit wird. Genau betrachtet dient diese „Besserung“ ja auch nur der Erlangung eines größeren Profites. Würden die Löhne der „Leute“ wirklich der heutigen Zeit entsprechend erhöht, dürfte wohl kein hiesiger Kutscher mehr gezwungen sein, mit 20, 18 und 17 Mk. pro Woche nach Hause zu gehen. Sich nur nicht organisieren, „nur nicht an den Verband werden“, meinte kürzlich ein Fuhrherr seinen Kutschern, die eine kleine Lohnzulage forderten, gegenüber, „wir werden die Sache schon so regeln!“. Und wie sah diese Forderung aus? 50 Pf. bis 1 Mk. pro Woche wurde den Fordernden gnädigst bewilligt!

Nun, die „Herren“ dürfen beruhigt sein. Der Verband wird im Verein mit den Kutschern dafür sorgen, daß „Regelungen“ dieser Art sich in Zukunft etwas anders gestalten. Für die Kollegen der Fuhrwerksbranche heißt es, unermüdlich weiterarbeiten, bis „unser Zeit gekommen!“

Königsberg i. Pr. Der erste Erfolg der Organisation seit einer Reihe von Jahren im Osten Deutschlands ist durch Festlegung des nachfolgenden Tarifs zu verzeichnen: Zwischen der Firma **Westert & Müller**, Möbel-Transport und Expedition, und den dort beschäftigten Kutschern, Radern und Hilfsarbeitern ist folgender Lohn Tarif vereinbart:

Arbeitszeit:
a) Für Kutscher in der Zeit vom 1. März bis 15. April und 1. September bis 15. Oktober von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
In der Zeit vom 16. April bis 31. August und 16. Oktober bis 28. Februar von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
b) Für Radler und Hilfsarbeiter vom 1. März bis 15. April und vom 1. September bis 15. Oktober von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, vom 16. April bis 31. August und 16. Oktober bis 28. Februar von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Kausen:
Die Kausen sind folgende: 1/2 Stunde Frühstad, 1 1/2 Stunde Mittag, 1/2 Stunde Besper-Kaufe.
Lohn:
a) Für Kutscher: Anfangslohn März 17,—.
b) Für Radler: Anfangslohn März 20,—.
Der Lohn für die jetzt Beschäftigten wird wie folgt festgelegt:
a) Kutscher: Gutschenbier 19,—, Krause 18,—, Silberbrandt 17,—.
b) Radler: Schwarz 21,—, Glend 21,—, Lange 20,—, Klein 20,—, Manned 20,—, Seydiche 20,—, Wildauer 19,—.
c) Hilfsarbeiter: 14,— pro Tag.

Überstunden:
Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden und werden bis 10 Uhr abends mit 60 Pf. pro Stunde vergütet, von 10 Uhr abends bis zum Beginn der regelmäßigen Tagesarbeitszeit sowie Sonntagsarbeit mit 75 Pf. pro Stunde.
Während der Mittagspause durchgearbeitet werden, wird dieses mit 75 Pf. vergütet.

Kündigung:
Die Kündigung ist für die Festbeschäftigten eine vierzehntägige.

Reisepesen:
a) Für Kutscher pro Tag 3 Mk.
b) Für Radler pro Tag 4 Mk.
Dem Lehretern wird für Nachfahrten 3 Mk., für auswärtige Sonntagsarbeit vier Mk. gezahlt.

Allgemeines:
1. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches muß berücksichtigt werden. Als eine verhältnismäßige nicht erhebliche Zeit wird gerechnet: Bei einer Beschäftigungsdauer bis zu 2 Jahren 2 Wochen, über 2 Jahre 4 Wochen.
2. Derjenige, welcher nach auswärts fahren soll, muß mindestens 3 Stunden vorher davon in Kenntnis gesetzt werden.
3. Die Kranken- und Invaliditätsbeiträge bezahlt die Firma.
4. Diese Vereinbarung tritt mit dem 1. April 1906 in Kraft und gilt auf die Dauer von 2 Jahren. Er behält immer ein weiteres Jahr Gültigkeit, wenn er nicht mindestens 2 Monate vorher gekündigt wird.
Königsberg, den 9. März 1906.

Für die Firma:
gez. Westert und Müller.
Für die Beschäftigten:
gez. A. Dreh, M. Manned, W. Glend, R. Gutschenbier.
Für den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter:
gez. S. Haselbeck.
Die Verhältnisse waren bei dieser Firma bis jetzt ebenso wie überall hier am Orte; es war keine festgelegte Arbeitszeit

vorhanden, abends sollte wohl um 7 Uhr Feierabend sein, dieses traf aber in den wenigsten Fällen so früh ein. Ueberstunden wurden nach der jeweiligen Laune der Chefs bezahlt. Jetzt ist die Arbeitszeit festgelegt und für 9 Monate des Jahres um 1 Stunde verkürzt. Der Lohn ist den Kutschern um 1 Mark, den Badern um 2 Mark pro Woche erhöht worden.

Die Reisepensen für die Kutscher sind um 50 Pf. pro Tag erhöht.

Die Bader erhalten jetzt für Nachfahrten 3 Mark, statt früher 2 Mark.

Mit diesem Erfolge können die Kollegen zufrieden sein, an ihnen liegt es nun, die diesmal nicht erfüllten Wünsche nach Ablauf dieser Vereinbarung zu erörtern, sowie einzelne Bestimmungen, auf welche sich die lieben Friedenswillen einigsetzen, auszumergen.

Durch diese Vereinbarung ist nun aber bewiesen, daß die so viel gebrauchte Ausrede verschiedener Kollegen, hier in Königsberg ist bei uns nichts zu machen, glänzend widerlegt ist und hoffen wir, daß alle hieraus die Lehre ziehen und ebenso wie die Kollegen bei Wedert u. Müller sich ihrer Berufsorganisation anschließen.

Rixdorf. 856 Kutscher von Privatfahrern sind im Monat Dezember wegen Befahrens der Straßenbahnlinien durch Rixdorfer Polizeibeamte festgesetzt worden. Die Straßenbahnverwaltung in Rixdorf hatte sich bei der dortigen Polizei beschwert, daß der Straßenbahnverkehr durch das Befahren der Schienen, besonders seitens der Kutscher von Müll-, Koff- und Steinwagen, ungünstig beeinflusst werde. Der Polizeipräsident hat daraufhin eine Verfügung erlassen, durch welche die Straßenpolizei angewiesen worden ist, streng auf die Durchführung der im verkehrsrechtlichen Interesse gegebenen Bestimmungen zu achten und gegen Zuwiderhandlungen ohne weiteres vorzugehen.

Die Kollegen werden ersucht, die Strafmandate fleißig zu sammeln und der Rixdorfer Agitationskommission einzuliefern. Demnächst wird sich dann eine große öffentliche Versammlung mit der Sache beschäftigen.

Außerdem seien die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß am 25. März am Orte die **Gewerbe-Gewerkschaften** stattfinden, woran ausnahmslos Beteiligung notwendig ist.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Röppel. Mit der überaus langen Arbeitszeit auf den Bahnhöfen der Bahnhöfe beschäftigte sich eine am Montag, den 12. d. Mts., stattgehabte öffentliche Versammlung. Das Referat hatte der Bevollmächtigte übernommen. Auf Grund unserer Beobachtungsberichte stand demselben ein umfangreiches Material zur Verfügung. Es wurde festgestellt, daß auf Bahnhöfen Röppel im Durchschnitt erst um 7 1/2 Uhr Schluß des Verkehrs erfolgt. In den Sommermonaten bringt es jedoch die Firma Schöneweide, Müllbetrieb fertig, ihre Kutscher abends 7 Uhr noch nach dem Bahnhof zu senden, so daß es nichts selbsterleuchtend ist, daß man abends 9 Uhr die Kollegen noch auf der Straße in voller Tätigkeit sehen kann.

Den Referat in bezug auf lange Arbeitszeit hat jedoch der Bahnhof Röppel. Nicht einmal, sondern mehrmals haben wir festgestellt, daß die Firma Rixe abends 10 Uhr auf dem Bahndampl ist. Daß diese Firma es versteht, auch die Sonntagsruhe zu übertreten, indem vormittags Steine vom Bahnhofe gefahren werden, wollen wir besonders bemerken. Auch auf den Bahnhöfen Grünau, Schönebeide, Spindlersfeld, Friedrichshagen haben die Feststellungen ergeben, daß abends vor 7 1/2 Uhr Schluß der Arbeit eintritt. In Schönebeide konnte die Beobachtung gemacht werden, daß an mehreren Tagen es ebenfalls bereits 9 Uhr geworden war, bis der letzte Kollege mit seinem Führer den Bahndampl verlassen hatte.

Unsere Beobachtungen ergaben auch das Ueberfallende, daß der von der Königl. Eisenbahndirektion im Sommer vorigen Jahres eingeführte 6 Uhr-Schluß für Annahme von Gütern auf den Güterböden ebenfalls nicht imgehalten wird. Auf Bahnhöfen Röppel haben wir bezügliche Fälle — Annahme nach 6 Uhr — festgestellt. In Grünau wurde am Montag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, von der Firma Neudorf Gütergut abgeliefert.

In der Diskussion wurden weitere trübe Fälle hervorgehoben. Das Fazit der Versammlung war die einstimmige Annahme einer Resolution, in der die Ortsverwaltung aufgefordert wurde, der Königl. Eisenbahndirektion den Antrag zu unterbreiten, für die Bahnhöfe den 7 1/2 Uhr-Schluß einzuführen; desgleichen soll Protest gegen die Uebertretung, betreffend 6 Uhr-Schluß von Annahme der Güter, eingelegt werden.

Rixdorf. Unsere am 11. März stattgefundene Mitgl.erversammlung war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse W. M. Grampe hielt einen Projektionsvortrag über: „Die Freiheitskämpfe in Rußland“.

Der Referent verstand es, in ausgezeichneter Weise das Leben und Leiden des russischen Volkes klar vor Augen zu führen und kam unter lebhaftem Beifall zu dem Schluß, daß die russischen Freiheitskämpfer nicht eher ruhen werden, bis der Jarkismus gänzlich am Boden liegt.

Unter Verschiedenem ersuchte der Vorsitzende, daß diejenigen Kollegen, welche im Jahre 1905 von der Rixdorfer Polizeibehörde wegen Befahrens der Straßenbahnlinien mit Polizeistrafen bedacht worden sind, diese polizeilichen Liebesbriefe dem Verbande zur Verfügung zu stellen.

Des weiteren machte er auf die am 25. März am Orte stattfindenden Gewerbegerichtswahlen aufmerksam und ersuchte die Kollegen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Neue Verwaltungsstellen wurden gegründet am 18. Februar 1906 in Bensheim. Bev. Eichheimer, Fehlsheimerstraße 8. Kass. Feinr. Witten, Fehlsheimerstr. 46.

Am 1. März 1906 in Landsbut i. V. Bev. Lorenz Steiger, Neustadt 533. Kass. ?

Am 17. März 1906 in Schwerin (Medl.) Bev. F. Heydick, Fehlsch. 10. Kass. W. Schott, Querstr. 4.

Am 6. März 1906 in Waltershausen i. Th. Bev. G. Fildner, bei D. Drmann, Wurfabrik. Kass. Fr. Wiedemann, Schulplatz 15.

Ausgeschloffen auf Grund des § 3, Abs. 7a des Verbandsstatuts wurden folgende Mitglieder:

a) In Bremen 11: König, Friedrich, Haupt-Str. 41 802.

b) In Bremen: Gieseler, Oswald, Haupt-Str. 82 005.

c) In Rassel: Löwe, Haupt-Str. 62 71.

d) In Leipzig: Langner, Georg, Haupt-Str. 66 547.

e) In Posen: Reich, Josef, Haupt-Str. 20 160.

f) In Wittenberge: Schäfer, Hermann, Haupt-Str. 15 68.

Der diesmaligen Nummer des „Courier“ liegen bei:

a) Die Karten des **Kaiserlichen Statistischen Amtes** zwecks Feststellung der Arbeitslosigkeit seit 2. im 1. Quartal 1906.

b) Die **Arbeitslosenformulare** für das 1. Quartal 1906.

Wir erwarten, daß in diesem Jahre seitens der Ortsverwaltungen resp. der dazu bestimmten Funktionäre die Ausführung dieser notwendigen Arbeiten in prompterer Weise geschieht, als dieses bisher der Fall war. Die „Kaiserliche“ Karte (siehe a) muß spätestens am 4. April 1906 in unseren Händen sein.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO., Engel-Ufer 21, 1.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Carl Kähler, Berlin SO., Engel-Ufer 21, 1. einzusenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle Berlin suchen wir zwei Ortsbeamte. Bewerber müssen seit mindestens 3 Jahren gewerkschaftlich organisiert, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen können, sowie für Leitung von Lohnbewegungen befähigt und mit den sonstigen Arbeiten der Gewerkschaftsbeamten, Anfertigung von Schriftstücken an Behörden, systematischen Einrichtung der inneren Organisation und besonders der Agitation vertraut sein.

Nur wirklich gut befähigte Kandidaten Aussicht auf Berücksichtigung.

Offerten sind unter Beifügung einer schriftlichen Arbeit über die Pflichten und Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 10. April 1906 an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Zentralvorstand.

Briefkasten.

S. Frankfurt a. M. Unter dieser Stichmarke wurde in Nr. 4 d. Bl. eine Briefkastennotiz gedruckt, die folgenden Satz enthält: „Eine andere Bemerkung zeigt nur davon, daß es leider auch noch Gewerkschaftsbeamte gibt, die die Anfangsgründe der gewerkschaftlichen Prinzipien noch nicht begriffen haben.“ Es ist damit nicht gesagt, daß der Kollege Dabicht gemeint ist, gemeint sind nur solche Leute, die nicht begreifen können, daß die gewerkschaftlichen Grundzüge über- all ohne Unterschied gleichmäßig angewandt werden müssen. Vergleiche Bemerkung war der Anlaß, diese Ansicht allgemein auszusprechen.

Dr.

Auf die heute, Sonntag, den 25. März in Rixdorf stattfindenden Gewerbegerichtswahlen machen wir die Kollegen noch besonders aufmerksam.

Jeder Rixdorfer tue seine Pflicht!

Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin I.

Den Kollegen Bezirks- und Betriebskassierern, welche mit dem Kassierer Kollegen Steinde direkt abrechnen und hierzu im Laufe des Tages nicht Zeit haben, diene zur

Nachricht, daß der Kassierer nur an den beiden Tagen Freitag, den 6. April, sowie Sonntag, den 7. April, bis abends 10 Uhr im Verbandsbureau anwesend ist.

Die Wilsen vom Massenball müssen dann ebenfalls abgerechnet werden.

Wir weisen auf dieser Stelle noch einmal ganz besonders darauf hin, daß viele Kollegen in der Beziehung der 4 Grundstücke für die 41, 42, 43 und 44. Wohnung im Massenball sind. Wir bitten die betreffenden das Grundstück, den damals ausgegebenen gegenüber ihre Solidarität zu betätigen und diese vier Beiträge sobald als möglich zu bezahlen. Die Kollegen Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bitten wir, bei der Einlassung darauf besonders zu achten.

Nach bitten wir, unsere arbeitslosen Kollegen nicht zu vergessen. Jeder Kollege hat die Pflicht, jede ihm bekannt werdende offene Stelle per Karte oder Telefon (Amt IV, 3348) sofort dem Bureau zu melden.

Berliner Kollegen und Kolleginnen!

Am 17. April 1906, 3. Osterfesttag, findet in den Sälen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, ein **Kongress** zu Ehren der Delegierten des allgemeinen Kongresses für die im Handels- und Gewerbebeschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt.

Billets für Herren à 50 Pf. und Damen à 30 Pf. sind zu haben im Verbandsbureau, sowie bei den Betriebsvertrauensleuten und den Bezirksführern.

Um eine Ueberfüllung des Lokals zu vermeiden, werden Billets nur an Mitglieder und deren Damen verkauft. Da außerdem nur eine beschränkte Anzahl Billets verausgabt werden, ersuchen wir, sich rechtzeitig damit versehen zu wollen.

Auf Beschluß der erweiterten Ortsverwaltung werden **Sammellisten** zur Dekung der Unkosten, welche der Kongress verursacht, herausgegeben. Da die Unkosten enorme sind, so erwarten wir, daß die Kollegen sich recht lebhaft an der Gelderhebung beteiligen.

Sammellisten sind im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, II., Zimmer 13—14, sowie bei den Hauptbezirksführern zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Kutscher und Mitfahrer aus Rixdorf und Britz.

Am Sonntag, den 25. März, mittags 12 1/2 Uhr, **Große Protest-Versammlung** bei Zühl, Bergstr. 151/152. (Großer Saal).

Tages-Ordnung: 1. Ursachen der polizeilichen Maßnahmen gegen die Kutscher. Referent: Kollege Straube. 2. Diskussion. 3. Vertheilung.

Bei der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung erwartet einen wirklich zahlreichen Besuch.

Die Agitationskommission.

Chaisens- und Geschäftskutscher aus den Lohnfuhrwerksbetrieben.

Am Sonntag, den 1. April, abends 7 Uhr, **Große Versammlung** im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen in den Lohnfuhrbetrieben und wie können wir dieselben verbessern? Referent: Kollege Fromme. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Einen guten Besuch erwartet

Die Sektionsleitung.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Berlin die Kollegen Carl Battruweit, Julius Bieffe, Alex. Sobek, Hans Leitner und Stephan Watsched.

In Dresden der Kollege Karl Gade.

In Kiel der Kollege Rudolf Haat.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Mitglieder aller Branchen!

Am Donnerstag, den 5. April 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Große außerordentliche Versammlung

in Louis Keller's Festsaal, Köpenickerstr. 29.

Tages-Ordnung: 1. Großer Vortrag über: „Welchen Wert bietet unseren Berufs-kollegen die Einzelst-Organisation (Industrieverband)?“ Referent: Reichstagsabgeordneter C. Legien. 2. Diskussion.

Da diese gemeinsame Versammlung hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse für alle Berufs-kollegen, gleichviel ob diese dem Verband, Verein oder Vereinigung angehören, von weitgehendster Bedeutung ist, erwarten wir, daß alle Gruppen und hauptsächlich die Hausdiener in dieser Versammlung in Massen erscheinen werden.

Die Einberufer:

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin I. — Engel-Ufer 15.

Verein Berliner Hausdiener. — Alte Leipzigerstr. 1.

Hausdiener, Bader und Geschäftskutscher-Vereinigung. — Bräderstr. 14.

Unsere Gauorganisation im zweiten Halbjahre 1905.

Ausgerollbündliche Verhältnisse sind es, welche der Entlohnung unserer Organisten am 2. Halbjahr 1905 ihren Stempel aufprägen. Am 1. Juli trat das neue, in Frankfurt beschlossene Verbandsstatut in Kraft und damit zugleich auch für die weitaus größte Mehrzahl der Mitglieder an den weitaus meisten Orten eine nicht unerhebliche Beitragserhöhung. Es ist nun gar kein Zweifel, daß diese Beitragserhöhung so manchen unsicheren Panto-

nissen heranlakt hat, dem Verbanke den Mitten zu fehren. Wenn auch jene naibe Anfhauung, daß eine Beitrags-
erhöhung einen bauernen Miltelbederluft bedeutet, längft
durch die harten Tatlagen widerlegt ist, so fteht doch
ebenfo unzweifelhaft feft, daß jede Beitragserhöhung im
erften Augenblid ihrer Einföhrung eine mehr oder minder
unerhebliche Zahl von Ausitritten für den Moment zur
Folge hat. Die wegen einer Beitragserhöhung Aus-
getretenen fehren aber zumeift fchon nach wenigen Mo-
naten, wenn ihr erfter Unmut etwas verpafst ist, in die
Organisation zurück. Der böfe Zufall wollte es aber,
daß, als fih faum die erste Erregung über die Bei-

Erhebung geleitet hatte, infolge der Ausfüllung der Berliner Elektrizitätsarbeiter die Erhebung doppelter Beiträge auf die Dauer von 4 Wochen ausgeschleift werden mußte, was natürlich besonders in den zurückgebliebenen und jüngeren Verbandsorten die gleichen Folgen zeitigte. Da es nun aber unmöglich ist, beurteilen zu können, in welchem mehr oder minder großen Umfange die geschätzten Maßnahmen in den einzelnen Gauen oder Orten auf die Entlohnung der Mitglieder eingewirkt haben, so ist auch eine objektive und sachliche Kritik unmöglich gemacht, und wir müssen uns deshalb diesmal damit begnügen, die Zahlen gegenüber zu stellen, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diese aus obigen Gründen keine eigentlichen Vergleichswerte, sondern nur einen bestimmten Anschauungs- und Lebensbildwert besitzen.

Im Gau Ost- und Westpreußen, finden wir diesmal eine Mitgliederzunahme von 287 und eine Erhöhung der Beitragsziffer um 1380. Wenn das Beitragsverhältnis sich von 10,3 auf 8,4 vermindert hat, so ist dies wohl hauptsächlich auf die große Zahl der Neueintritte zurückzuführen. Der Beitrag der Hauptfälle zu den Unkosten dieses Gaus hat sich von 12,0 auf 8,1 Pf. per Mitgliedsbeitrag vermindert. Das Jahr 1905 weist in diesem Bezirk eine Zunahme von 841 Mitgliedern und 1615 Beiträgern gegenüber 1904 auf. Seit Jahren ist dies der größte Aufschwung im ersten Gau. Der Osten scheint demnach jetzt allmählich aufzuwachen. Der Süden und die rufenden Agitationsarbeit kann eben die Dauer auch der größte Inflexionismus nicht überleben.

Die im Gau 2. Schießen und Posen, ganz eigenartig liegenden Verhältnisse und der Umfang des Jagitationsbezirks bedingten die Anstellung einer Jägerstrahl, die namentlich bereits in der Unkostenquote zum Ausdruck kommt, während natürlich in der ersten Zeit, da die neue Strahl noch nicht einarbeiten muß, auf schon vermehrten Erfolg nicht gerechnet werden kann. Der Gau hat ein Mehr von 300 Mitgliedern und 1933 Beträgen in der Verbandsperiode zu verzeichnen. Die Jägerstrahl zahlte, wohl nur pro Beitrag zu den Gammeln, die Quote betrug 4,3 im ersten und 4,8 Pf. im zweiten Jahrbau. Das Jahr 1905 mit dem von 1904 verglichen, ergibt in diesem, gleichfalls zu beachtenden Gau ein Mehr von 496 Mitgliedern und 6248 Beträgen. Die Beitragsdurchschnittsziffer ist von 10,10 im 2. Quartal auf 10,5 im 4. Quartal 1906 gefallen. Nach Erfrischung zeigt uns die Jahressdurchschnittsziffer, sie betrug 1903 34,1, 1904 38,4 und 1905 41,1 Beiträge pro Mitglied. Es ist also hier ein ständiger, äußerst regelmäßiger Fortschritt zu verzeichnen.

Im Gau 3, Brandenburg, ist es vorzüglich Berlin, das diesem Gau den Stempel des enormen Fortschritts ausprägt. Dieser Gau hat in der Berichtperiode ein Mehr von 3331 Mitgliedern und 24 740 Beiträgen ausgewiesen. Davon entfallen an Mitglieder auf Berlin 1 2819, Berlin 3 186, Charlottenburg 1 176. An Beiträgen, in gleicher Reihenfolge, 21 513, 1800, 1002. Einen erheblichen Rückschlag hat nur Potsdam eintreten lassen. Während dieser Gau früher der Hauptfach erhebliche Ueberflüsse brachte, kostet er jetzt infolge des Wegfalls der Gaubeträge in den bedeutendsten Verwaltungsteilen 0,5 Pf. pro Mitgliedsbeitrag. Im Vergleich zu der vorigen Berichtsperiode ist die Durchschnittsbetragssumme von 10,0 auf 9,5 gefallen. Auch die Jahresdurchschnittsbetragssummen sind leider im nächsten Falle. Sie betragen 1903 39,9, 1904 39,1 und 1905 39,2 Beiträge pro Mitglied. Der Jahresgewinn beträgt in diesem Gau 5623 Mitglieder und 48 918 Beiträge, das ist mehr als 50 pCt. der Mitgliedereinnahme im ganzen Verbands- und etwas weniger als 50 pCt. des gesamten Mehr an Beiträgen. Bezeichnend ist für diesen Gau, daß der Aufschwung im 2. Halbjahr noch bedeutender ist als im ersten, trotz Beitragserhöhung von 30 auf 40 Pf. und trotz der Erhebung beträchtlicher Extrazeme. Durch die in nächster Zeit erfolgende Abtrennung vom Kerns von diesem Gau wird eine intensivere Bearbeitung der kleinen Städte möglich werden, was, wie uns die Zahlen des Berichtes lehren, dringend notwendig ist.

Aus dem Gau 4, Lübeck und Mecklenburg, lief diesmal zwar ein Verlust von 45 Mitgliedern, dennoch aber ein Beitragsmehr von 858 zu verzeichnen. Die Hauptklasse zählte zu den Unkosten dieses Gaus 10 Pf. pro Beitrag gegen 2,4 Pf. im vorigen Halbjahr. Wegen des Jahr 1904 ergab sich eine Erhöhung der Mitgliederzahl um 24, der Beitragsziffer um 476.

Der Gau 5, Königreich Sachsen, weist in 3 Verordnungsstellen Mitgliederzunahmen, in 19 Verordnungsstellen Mitgliedererläufen auf. Ein Vertragsmehr ist in 15 Verordnungsstellen, ein Minus in 17 Orten zu verzeichnen. Von dem 298 Mann betragenden Mitgliederüberschuß entfielen 273 auf Leipzig, 24 auf Dresden. Das Vertragsplus beträgt 4186 Wogen, es darf entschieden höher, wenn nicht Dresden es beinhalten, der dortige Vertragsverlust ist in Wirklichkeit nicht vorhanden, da die Beiträge für die ersten 6 Wochen des Quartals noch im 2. Quartal verbucht werden mußten, von dem Plus der Beiträge trägt Leipzig 5674 Wogen. Die Hauptlaste trug pro Beitrag im Berichtsjahr 1,6 Pf. zu den Gauskosten bei, im Jahre 1904 betrug dieser Aufschuß nur 0,7 Pf. Die Durchschnittsziffer der eingegangenen Beiträge betrug im Jahre 1905 41,4 gegen 44,9 im Jahre 1904, leider ist also in dieser Beziehung ein nicht ganz unerheblicher Rückgang bemerkbar. Gegenüber dem Jahre 1904 weist der Gau ein Mehr von 918 Mitgliedern und 5182 Beiträgen auf.

Im Gau 6, Südbayern, dauert die Kuhrwärtsbewegung weiter fort. Gegen das erste Halbjahr 1905 ist wieder von 202 Mitgliebern und 2829 Beträgen zu zeichnen. Die Durchschnittszahl der eingegangenen Sendebeträge ist von 10,0 auf 10,5 gestiegen, der Jahresdurchschnitt hat sich von 26,8 im Jahre 1904 auf

I. Bericht über die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit im 2. Halbjahr 1905.

Nummer	Name des Gaus	Im 2. Halbj. wurd. abgehallt						Eingang			Ausgang		
		Verantw. im Gauverordn.	Verantw. in andern Orten bei Begriffs	Erpfindungen und Signaturen im Gauverordn.	Erpfind. u. Sign. in andern Orten bei Begriffs	Begleitend. u. Differ. wozu sie verglichen wurden	Revisionen wurden vorgenommen	Briefe und Karten	Druckfachen und Rader	Depositen	Briefe und Karten	Druckfachen und Rader	Depositen
I.	Ost- und Westpreußen *)	15	8	60	13	—	—	61	120	1	203	1518	1
II.	Schlesien und Posen	21	68	58	19	15	1	371	66	11	502	142	9
III.	Brandenburg und Pommern	9	69	156	32	7	3	140	7	3	230	8	2
IV.	Sachsen und Mecklenburg	9	4	10	5	2	—	47	25	—	50	3	—
V.	Königreich Sachsen	14	70	16	7	16	1	516	23	12	611	74	14
VI.	Schwaben *)	8	21	84	4	49	1	94	78	11	327	161	9
VII.	Nordbayern	18	24	31	25	3	—	68	5	1	114	15	—
VIII.	Tübingen und Oeffen-Kassell	11	33	10	61	8	6	229	15	6	257	110	10
IX.	Prov. Sachsen, Anhalt und Braunschweig	42	68	68	32	8	—	103	13	2	136	20	—
X.	Hannover *)	20	24	65	21	2	1	132	56	3	339	440	1
XI.	Schleswig-Holstein und Samburg	10	1	27	10	—	—	5	1	7	2	—	—
XII.	Bremen und Oldenburg	45	32	48	13	5	—	124	93	1	299	75	1
XIII.	Westfalen *)	29	73	28	49	1	—	137	76	6	499	227	8
XIV.	Rheinprovinz *)	52	44	98	66	7	—	216	81	9	616	1106	7
XV.	Oeffen-Nassau, Baden und Rheinpfalz	46	65	46	92	—	—	362	4	10	501	53	18
XVI.	Württemberg und Elsaß	75	23	61	12	—	5	112	157	2	114	84	3
		424	622	866	525	141	17	2717	820	85	5300	4065	83

*) Der größte Teil der Ausgänge entfällt auf den Gau-Borort.

II. Die Entwicklung der Mitgliedschaften im 2. Halbjahr 1905.

Name des Ortes	Zahl der Mitglieder			Gegen das 2. Quart. 1905		Zahl der Wochen- beiträge			Gegen das 2. Quart. 1905		Gesamtbetrag für das 2. u. 4. Quart. 1905	K	L
	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme			
Gau I. Ost- und Westpreußen.													
Danzig	23	15	15	—	8	111	160	190	79	—	—	—	—
Gding	1	—	—	—	1	14	—	—	—	—	14	—	—
Graudenz	20	20	—	—	—	128	180	—	—	—	128	—	—
Königsberg	454	477	750	296	—	4950	5055	6185	1235	—	—	—	—
Tilsit	24	27	27	3	—	173	303	291	119	—	—	—	—
Einzelmitglieder	—	2	17	17	—	—	47	89	—	—	—	—	—
	522	541	809	287	—	5376	5695	6755	1380	—	—	—	—
Gau II. Schlesien und Posen.													
Beuthen O. Schl.	—	8	16	16	—	—	24	125	125	—	—	—	—
Breslau	1580	1632	1700	120	—	15402	17689	17703	2301	—	—	155	80
Wunsiau	59	57	51	—	8	722	724	634	—	88	10	80	—
Freiburg i. Schl.	36	54	77	41	—	453	533	906	453	—	—	—	—
Gleiwitz	14	—	—	—	14	60	—	—	—	—	60	—	—
Glogau	44	45	56	12	—	486	486	508	22	—	—	—	—
Görlitz	221	254	253	32	—	2652	2992	2933	281	—	—	—	—
Grünberg i. Schl.	—	—	81	81	—	—	711	711	—	—	—	—	—
Hainau	64	63	65	1	—	647	763	804	157	—	—	—	—
Sirlberg "	8	4	—	—	8	62	45	—	—	62	—	40	—
Kattowitz	15	8	9	—	6	157	112	132	—	25	—	—	—
Landsberg i. Schl.	5	1	—	—	5	53	19	—	—	53	—	—	—
Langenbielau	25	34	38	13	—	306	416	464	158	—	—	—	—
Legniz	44	38	42	—	2	491	474	544	53	—	—	—	—
Oltau	8	8	8	—	—	120	90	100	—	20	1	60	—
Posen	200	150	187	—	13	1498	861	1607	109	—	—	—	—
Stawitz	20	22	22	2	—	198	260	193	—	5	4	40	—
Schneidmühl	15	16	21	6	—	222	185	151	—	71	—	—	—
Waldburg i. Schl.	—	—	31	31	—	—	—	334	334	—	—	—	—
Einzelmitglieder	—	—	1	1	—	—	—	13	13	—	—	—	—
	2358	2394	2658	300	—	23529	25673	27862	4333	—	173	—	—
Gau III. Brandenburg und Pommern.													
Berlin I	14362	16317	17181	2819	—	143625	163177	165138	21513	—	—	—	—
Berlin III	1001	1010	1187	186	—	8040	8724	9840	1800	—	—	—	—
Dorfgauabde	9	12	12	3	—	98	107	75	—	23	—	—	—
Brandenburg	43	57	69	21	—	583	585	700	117	—	12	60	—
Charlottenburg	745	800	921	176	—	7745	7787	8747	1002	—	—	—	—
Eberstadt	273	252	311	38	—	2630	2110	2552	—	78	31	10	—
Erfurt	84	34	36	2	—	407	380	245	—	162	7	—	—
Eberswalde	18	13	10	—	8	—	263	105	105	—	4	20	—
Erfurt M. P.	11	12	12	1	—	81	107	112	81	—	2	40	—
Erfurt M. P.	15	16	16	1	—	181	145	223	42	—	3	20	—
Erfurt M. P.	25	27	30	5	—	279	267	323	44	—	5	70	—
Erfurt M. P.	15	13	10	—	5	173	118	97	—	76	—	—	—
Erfurt M. P.	62	62	64	2	—	752	782	467	—	255	—	—	—
Erfurt M. P.	19	17	17	—	2	210	254	169	—	41	3	40	—
Erfurt M. P.	—	—	88	38	—	—	—	328	328	—	8	80	—
Erfurt M. P.	98	97	95	—	3	1583	1804	728	—	855	19	20	—
Erfurt M. P.	24	21	25	1	—	227	285	299	72	—	—	—	—
Erfurt M. P.	99	131	132	33	—	1233	1505	1239	6	—	9	90	—
Erfurt M. P.	22	23	29	7	—	163	280	323	155	—	—	—	—
Erfurt M. P.	80	69	70	—	10	514	934	752	238	—	13	90	—
Erfurt M. P.	4	4	4	—	—	44	30	26	—	18	—	40	—
Erfurt M. P.	15	20	23	13	—	124	160	228	104	—	2	80	—
Erfurt M. P.	57	60	54	—	3	630	654	543	—	87	11	40	—
Erfurt M. P.	145	215	227	82	—	1205	1711	2250	1045	—	20	90	—
Erfurt M. P.	149	152	152	3	—	2113	1899	1780	—	333	30	40	—
Erfurt M. P.	47	46	41	—	6	309	536	477	168	—	4	50	—
Erfurt M. P.	15	—	—	—	15	172	—	—	—	172	—	2	90
Erfurt M. P.	—	8	2	2	—	—	40	100	100	—	—	—	—
	17892	19488	20723	3331	—	173126	194254	197866	24740	—	100	70	—

Name des Dries	Zahl der Mitglieder			Gegen das 2. Quart. 1905		Zahl der Wochen- beiträge			Gegen das 2. Quart. 1905		Gaubeitrag für das 2. u. 4. Quart. 1905	
	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme	16	2
Gau IV. Südb. und Meißenburg.												
Groß-Wodern	28	31	28	—	—	89	860	408	820	—	—	—
Unke	133	142	136	3	—	1386	1703	1684	298	—	27	80
Stralsund	47	47	33	—	14	488	—	774	286	—	6	80
Peterow	31	31	25	—	6	322	337	277	—	45	5	60
	239	251	222	—	17	2285	2400	8143	858	—	40	20
Gau V. Rönigreich Sachsen.												
Offenburg S.-V.	330	318	302	—	28	3067	3534	3752	685	—	30	40
Neue i. Erzgeb.	8	—	—	—	8	50	—	—	—	50	—	—
Neubach i. B.	—	—	14	14	—	—	—	148	148	—	1	40
Neubau	16	28	30	14	—	126	289	349	223	—	6	—
Chemnitz	300	280	277	—	23	2616	3024	2488	—	128	—	—
Crimmitschau	86	87	88	2	—	987	1179	1088	51	—	—	—
Döbeln	39	35	30	—	9	377	418	510	133	—	6	50
Dresden	1828	1868	1852	24	—	20482	18010	17121	—	3361	—	—
Freiberg i. S.	31	38	18	—	18	288	240	261	—	27	—	—
Glauchau	1	—	—	—	1	17	—	—	—	17	—	—
Greiz	32	54	48	—	8	828	515	580	252	—	10	20
Grimma	5	—	—	—	8	80	—	—	—	80	—	—
Kaufitz	20	20	18	—	2	223	178	156	—	67	3	80
Leipzig	3751	4013	4024	278	—	40684	39908	46358	5674	—	—	—
Limbach	21	19	19	—	2	284	226	216	—	18	—	—
Löbau	22	17	15	—	7	358	240	121	—	287	3	20
Mexane	26	36	47	21	—	326	350	608	282	—	8	30
Meißen	87	95	61	—	26	928	820	694	—	284	—	—
Meuselwitz	32	30	27	—	5	428	389	367	—	61	—	—
Mittweida	4	10	20	16	—	19	67	187	118	—	3	—
Niedererzsch	124	147	162	38	—	1072	1462	1517	445	—	—	—
Neudorf i. Erzgeb.	7	—	—	—	7	103	—	—	—	103	—	—
Neukirch i. B.	17	15	15	—	2	210	155	210	—	57	3	—
Oberrhein i. Erzgeb.	8	—	—	—	8	57	—	—	—	—	—	—
Riesa i. S.	12	33	50	38	—	127	324	592	465	—	10	—
Rosen i. B.	19	19	22	3	—	170	223	232	62	—	—	—
St. Grund	83	80	80	—	3	1079	685	674	—	405	16	30
Reichenbach i. B.	25	35	50	25	—	235	344	547	312	—	—	—
Riesa	125	110	88	—	37	1004	1000	1015	11	—	—	—
Schmiedau S.-V.	13	13	9	—	4	174	148	122	—	52	2	10
Sittau	68	45	44	—	19	557	539	431	—	126	8	90
Sividau	102	102	102	—	—	1257	1864	1256	—	1	20	40
Einzelmitglieder	—	22	26	26	—	—	181	299	299	—	2	20
	7235	7569	7583	298	—	77663	70747	81799	4136	—	141	70
Gau VI. Südbayern.												
Mugsbura	133	174	205	72	—	1402	1772	2265	863	—	37	90
Neumarkt	—	20	20	—	—	—	135	225	225	—	4	30
Neubauern	—	34	18	18	—	—	172	248	248	—	—	—
Neumünster	91	119	130	39	—	500	1463	1244	744	—	25	—
München	1254	1118	1279	25	—	13094	11709	13520	426	—	—	—
Neugersdorf	47	45	35	—	12	300	350	200	—	100	8	—
Neudorf	15	13	26	11	—	141	145	295	154	—	3	90
Neuhofen	—	20	29	29	—	—	146	269	269	—	5	—
	1540	1543	1742	202	—	15437	15892	18266	2829	—	84	10
Gau VII. Nordbayern.												
Erlangen	7	8	13	6	—	7	110	150	143	—	—	—
Fürth i. B.	238	239	240	2	—	2989	2991	3002	13	—	—	—
Kof i. B.	5	5	—	—	5	65	66	—	—	65	—	—
Kauf a. d. B.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kirchberg	713	707	720	7	—	8498	9136	8874	376	—	10	80
Kirchberg	24	23	20	—	4	163	215	193	30	—	—	—
Kirchberg	—	4	18	18	—	—	22	149	149	—	—	—
Einzelmitglieder	987	986	1011	24	—	11725	12540	12368	643	—	10	80
Gau VIII. Thüringen und Hessen-Rassel.												
Ursoda	25	22	26	1	—	286	241	214	—	72	5	—
Ursoda i. Th.	33	38	38	5	—	384	472	484	100	—	5	70
Ursoda	20	19	18	—	2	208	251	193	—	15	3	70
Ursoda	43	56	58	15	—	365	520	713	348	—	11	40
Ursoda	82	77	75	—	7	1006	946	756	—	250	14	95
Ursoda	32	32	44	12	—	405	372	415	10	—	5	40
Ursoda	—	—	5	5	—	—	—	34	34	—	—	—
Ursoda	157	172	184	27	—	1368	2022	1867	499	—	36	—
Ursoda	100	100	100	—	—	791	688	984	193	—	15	—
Ursoda	40	65	76	30	—	470	585	543	78	—	18	40
Ursoda	41	35	30	—	11	345	492	322	—	23	1	50
Ursoda	28	31	34	6	—	293	364	402	109	—	3	10
Ursoda	6	7	8	2	—	66	66	61	—	5	1	50
Ursoda	150	141	172	22	—	1552	1334	1775	223	—	8	55
Ursoda	14	9	10	—	4	118	89	103	—	15	—	—
Ursoda	61	51	53	—	8	455	711	661	106	—	7	95
Ursoda	4	4	2	—	2	18	44	28	10	—	—	—
Ursoda	—	20	15	15	—	16	181	135	115	—	5	25
Ursoda	88	74	60	—	28	896	752	696	—	200	13	40
Ursoda	20	15	15	—	5	195	230	122	—	73	3	—
Ursoda	35	38	41	6	—	327	450	429	102	—	1	70
Ursoda	11	11	6	—	5	158	142	132	—	26	—	—
Ursoda	—	—	13	13	—	—	—	72	72	—	—	—
Ursoda	62	67	87	25	—	456	707	935	479	—	14	40
Ursoda	58	58	58	—	—	423	594	548	125	—	8	70
Ursoda	5	5	5	—	—	40	61	43	3	—	—	—
Ursoda	4	4	4	—	—	52	69	45	—	—	—	—
Ursoda	3	1	1	—	2	28	23	13	—	15	—	—
Ursoda	—	5	1	1	—	—	19	12	12	—	—	—
Ursoda	—	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—
Ursoda	104	110	115	11	—	1212	1180	1520	308	—	11	—
	1232	1267	1354	122	—	11933	13612	14257	2324	—	207	70

39,1 im Vorjahre verbessert. Der Zuschuß, den die Hauptkasse zu den Gausausgaben zu leisten hatte, ist von 6,5 auf 5,1 Pf. pro Beitrag gefallen. Die Jahreszunahme beträgt 998 Mitglieder und 11590 Beiträge.

Der Gau 7, Nordbayern, weist eine Zunahme von 24 Mitgliedern und 643 Beiträgen auf. Im Durchschnittsverhältnis der Beiträge hat dieser Gau 12,2 im 4. gegen 11,9 Beiträge im 2. Quartal 1905 zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt erreicht er unter allen Gausbezirken des Verbandes die höchste Ziffer mit 48,3 Beiträgen gegen 43,2 im Jahre 1905. Der Zuschuß der Hauptkasse zu den Gausausgaben ist von 4,8 auf 2,2 Pf. pro Beitrag gefallen. Das Jahresplus beträgt 188 Mitglieder und 2636 Beiträge.

Vom Gau 8, Thüringen, Hessen, Rassel, ist eine Vermehrung der Mitgliederzahl um 122, der Beiträge um 2924 zu melden. Dieser Gau hat die meisten, aber keine einzige größere Verwaltungsstelle aufzuweisen, es hat noch keine derselben 200 Mitglieder zu erreichen vermocht. Es weisen auf 16 Orte eine Mitgliederzahl, 10 Orte einen Mitgliederbeitrag. Ein Beitragsplus verzeichnen 19, ein Minus 11 Mitgliederstellen. Der Zuschuß der Hauptkasse zu den Gausausgaben ist von 8,0 auf 7,5 Pf. pro Beitrag gefallen. Die Durchschnittsbeitragsquote ist von 9,7 im 2. auf 10,5 im 4. Quartal gefallen. Dagegen ist der Jahresdurchschnitt gegenüber 1904 von 41,4 auf 40,5 pro Mitglied gefallen. Im Vergleich zur Jahresziffer 1904 ergibt sich in diesem Verhältnisbezirk ein Mehr von 299 Mitgliedern und 2781 Beiträgen. Hervorzuheben ist, daß in diesem Gau sämtliche Mitgliederstellen die Gausbeiträge weiter zahlen.

Der Gau 9, Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig, weist eine Erhöhung der Mitgliederzahl um 166 Mann und 3863 Wochen mehr an Beiträgen auf. Im 10. Verwaltungsbezirk ist eine Mitgliederzunahme, in ebenso vielen eine Abnahme zu verzeichnen. Das gleiche Verhältnis gilt bezüglich der Beiträge. Das Beitragsverhältnis hat eine Besserung von 10,3 im 2. auf 11,0 im 4. Quartal erfahren. Im Jahresdurchschnitt ist eine Erhöhung von 39,2 auf 41,9 pro Mitglied zu verzeichnen. Die Hauptkasse zahlte zu den Gausausgaben pro Beitrag in der Berichtsperiode 2,5 Pf. zu, im ersten Halbjahr betrug die Summe 2 Pf. pro Beitrag. Gegenüber dem Jahre 1904 weist der Gau ein Mitgliederplus von 652 und ein Beitragsmehr von 9578 Wochen auf.

Gau 10, Hannover, zählt ein Mehr von 55 Mitgliedern und 1573 Beiträgen in der Berichtsperiode. Der Zuschuß der Hauptkasse zu den Gausausgaben ist von 9,0 auf 11,6 Pf. pro Beitrag gestiegen. Die Durchschnittsbeitragsquote hat sich von 8,4 im 2. auf 10,0 im 4. Quartal gehoben. Der Jahresdurchschnitt ist gleichfalls von 32,3 auf 36,0 gestiegen. Die Jahreszunahme in diesem Gau beträgt 108 Mitglieder und 2735 Wochenbeiträge.

Im Gau 11, Schleswig-Holstein und Hamburg, beträgt die Mitgliederzunahme in der Berichtsperiode 103 Mann, die der Beiträge 8170 Wochen. Letztere Zahl findet ihre Erklärung zum Teil dadurch, daß in der Hamburger Abrechnung vom 3. Quartal 13½ Wochen einbezogen sind, während im 2. Quartal nur 12½ Wochen verrechnet waren. Folgebesserung ist auch die Durchschnittsbeitragsquote der Wochenbeiträge nach oben beeinflusst, sie beträgt 10,9 gegen 9,5 im 2. Quartal. Die Jahresbeitragsquote ist von 40,2 auf 42,6 gestiegen. Der Gau hat der Hauptkasse noch einen Ueberschuß von 163,7 Mark gebracht. Verglichen mit 1904, ist eine Zunahme von 367 Mitgliedern und 4277 Beiträgen zu verzeichnen.

Der Gau 12, Bremen, Oldenburg, weist im 2. Halbjahr ein Mehr von 114 Mitgliedern und 1809 Beiträgen auf. Von den Verwaltungsstellen weisen 10 eine Mitgliederzunahme, 3 eine Abnahme auf. Ein Beitragsplus zählen 9, ein Minus 5 Orte. Das Durchschnittsbeitragsverhältnis ist von 9,8 im 2. auf 10,3 im 4. Quartal gestiegen worden. Dagegen ist der Jahresdurchschnitt von 39,9 auf 39,5 gesunken. Die Unkosten für die Hauptkasse haben eine Steigerung von 4,3 auf 5,1 Pf. pro Mitgliederbeitrag erfahren. Das Jahr 1905 im Ganzen genommen hat der Gau seine Mitgliederzahl um 245, seine Beitragsziffer um 1600 Wochen gesteigert.

Aus dem Gau 13, Westfalen, ist ein Verlust von 57 Mitgliedern und 623 Beiträgen zu melden. Eine Mitgliederzunahme verzeichnen 4, eine Abnahme 9 Verwaltungsstellen. Mehr Beiträge erzielten 4, weniger 10 Mitgliederstellen. Das Beitragsverhältnis hat ebenfalls eine Minderung von 7,3 im 2. Quartal auf 6,9 im 4. Quartal erfahren. Im Jahresdurchschnitt ist dagegen eine Steigerung von 22,9 auf 26,0 zu verzeichnen, wobei dieser Gau die niedrigste Ziffer im Gesamtverbande präsentiert. Die Unkostenquote der Hauptkasse für den Gau hat natürlich umgekehrt ein Quartal pro Beitrag im 2. Quartal auf 2,5 Pf. im Jahre 1904. Mit dieser Quote übersteigt der Gau 13 die nachfolgenden Gauquoten der Gaus 10 und 14 um netto 100 pCt. Das Jahresminus beträgt 1905 für diesen Gau 358 Mitglieder und 1879 Beiträge, er schlägt also alle Rekorde nach unten.

Im Gau 14, Rheinprovinz, ist ein Mitgliederverlust von 257 Mann und 101 Wochenbeiträgen zu verzeichnen. Von den Verwaltungsstellen haben 4 eine Zunahme an Mitgliedern, 7 einen Verlust zu verzeichnen. Die Beitragszahl hat in 5 Orten eine Steigerung, in 6 Orten eine Abnahme erfahren. Die Unkostenquote für die Hauptkasse ist von 8,6 auf 11,2 Pf. pro Beitrag gestiegen. Das durchschnittliche Beitragsverhältnis hat eine Verbesserung von 6,4 im 2. auf 7,9 im 4. Quartal erfahren. Im Jahresdurchschnitt ist eine Steigerung der Beitragsquote von 26,2 auf 29,0 zu verzeichnen. Das Jahr 1905 brachte diesem Gau ein Minus von 11 Mitgliedern, dagegen eine Steigerung der Beitragsziffer um 2439 Wochen.

Der Gau 15, Hessen, Unter-Waben, Rheinpfalz und Lothringen, hat in der Berichtsperiode ein Mitgliederplus von 258 Mann und eine Erhöhung der Beitragsziffer um 2709 Wochen auf-

zuweisen. Einen Mitgliedererwerb hatten 16, einen Verlust 9 Orte auf. Die Beitragsziffer hat sich in 17 Orten erhöht, in 10 Orten erniedrigt. Die Aufschwungquote der Hauptkasse ist gleich geblieben. Das Durchschnittsbeitragsverhältnis hat eine Steigerung von 8,8 im 2. auf 9,1 im 4. Quartal erfahren. Der Jahresdurchschnitt ist von 31,0 auf 34,7 gestiegen. Das Jahr 1905 im Ganzen genommen hat der Gau ein Mehr von 509 Mitgliedern und 5833 Beiträgen zu verzeichnen.

Aus dem Gau 16, Württemberg, Ober-Rhein und Elfaß, ist in der Berichtsperiode ein Mitgliedererwerb von 40 Mann, dafür aber eine Steigerung der Beitragszahl um 555 Wochen zu verzeichnen. Der Aufschwung der Hauptkasse ist für den Gau von 6,2 auf 10,0 Pf. pro Beitrag gestiegen. Das durchschnittliche Beitragsverhältnis hat eine Steigerung von 7,9 auf 9,1 pro Quartal erfahren, im Jahresdurchschnitt ist eine Verbesserung von 33,9 auf 34,9 zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahre 1904 weist der Gau einen Verlust von 120 Mitgliedern und 1117 Beiträgen auf.

Den Gaubetrag haben 120 Mitgliedschaften freiwillig weiter gezahlt. Die Unkostenquote für die Gaugastation, berechnet auf die Gesamtmitgliedschaft, beträgt pro Beitrag 2,1 Pf. Die Durchschnittssumme der Ausgaben pro Gau betragen — den 4. Gau, weil ohne Angestellten, außer acht gelassen — 1769,17 Mk. im letzten Halbjahr. Mit 559,07 Mk. hat der Gau Nordbavaria die niedrigste Ausgabenliste, ihm folgt als nächstbester Gau Hamburg. Die Schlußsumme erreicht der Gau Schlesien mit 2763,91 Mark, hier sind aber 2 Angestellte und hier und da noch Ausschüsse tätig. Die nächsthöhere Ausgabe erreicht der Gau Königsreich Sachsen mit 2639,30 Mark, dort ist ein Angestellter tätig.

Die Gesamtgaumittel betragen im 2. Halbjahr 1905: 26 741,93 Mk. Durch Gaubeträge wurden davon aufgebracht 2203,65 Mk., die Hauptkasse zahlte zu 24 538,28 Mark, gleich 2,5 Pf. pro Mitgliedsbeitrag. Nur die Gawe 1 und 14 haben keine Gaubeträge abgeführt.

In der Berichtsperiode ist die Reihenfolge der einzelnen Gawe bezüglich ihrer Entwicklung der Mitgliederzahl nach folgende: 3, 2, 5, 1, 15, 6, 9, 8, 12, 11, 10, 7. Verluste erlitten, mit der Schlußsumme beginnend, die Gawe 14, 13, 16, 4. Nach der Beitragsziffer stellen sich die Zahlen so: Zunahme mit der Schlußsumme beginnend 3, 11, 2, 5, 9, 6, 15, 8, 12, 10, 1, 4, 7, 16. Abnahme 13, 14. In gleicher Formation hat Jahr 1905 als Ganzes in Betracht gezogen, Zunahme Mitgliederzahl: 3, 6, 5, 9, 15, 2, 11, 1, 8, 12, 7, 10, 4; Abnahme: 13, 16, 14; Beitragsziffer, Zunahme: 3, 6, 9, 2, 15, 5, 11, 8, 10, 14, 1, 12, 4; Abnahme: 13, 16.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Erfolge in den verschiedenen Gauen sehr schwanken, mit einziger Ausnahme des Gawe 3, der seine führende Position an jeder Stelle siegreich behauptet.

Der Verband, als Ganzes genommen, ergeben sich folgende Zahlen. Es ist eine Steigerung der Mitgliederzahl von 40 405 auf 50 654 zu verzeichnen. Der Mitgliedererwerb des Jahres 1905 beträgt also 10 249 Mann. Das ist im Vergleich zu dem absoluten resp. relativen Mitgliedererwerb zahlreicher anderer Gewerkschaften im Jahre 1905 eine sehr beachtliche Ziffer, auf die wir besonders stolz zu sein, keine Ursache haben. Die Zahl der seitens der Mitglieder geleisteten Beiträge betrug 510 097, also 103 412 mehr als im Jahre 1904. Die Durchschnittszahl der auf das Jahr berechneten Wochenbeiträge hat sich von 39,3 im Jahre 1904 auf 39,7 im Jahre 1905 gehoben. Diese Ziffer wäre noch höher, wenn sie nicht durch die Waffenneuaufnahmen im Gau 3 etwas ungünstig beeinflusst würde. Wenn wir etwas weniger freilich veranlaßt wären, können wir mit dem in diesen Zahlen ausgedrückten Erfolge zufrieden sein. Unser Streben ist aber nicht, mit dem Durchschnitt der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu marschieren, sondern möglichst in vorderster Reihe. Dieses Ziel zu erreichen, müssen im Jahre 1906 alle Kräfte zu unausgesetzter Arbeit angepannt werden. Gegenwärtig regt sich allerorts mit erfreulicher Lebhaftigkeit, so daß wir hoffen dürfen, in Zukunft ein etwas schnelleres Tempo in der Entwicklung einschlagen zu können. Dieses Ziel zu erreichen, bedarf es freilich an manchen Stellen harter Selbstkritik und überall zäher Arbeit.

Näheres über die Entwicklung unserer Organisation im Jahre 1905 und ihre Erfolge werden wir zusammengefaßt demnächst an dieser Stelle veröffentlichen.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände.

Berlin, 19. bis 23. Februar 1906.
Die diesjährige Konferenz der Vorstände, die dritte nach der Reihenfolge, hatte sich mit einer außerordentlich umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Durch Beschluß des Rührer Gewerkschaftskongresses war ihr neben verschiedenen Anträgen, die die Schaffung einzellicher Uebertrittsbedingungen sowie die Umstellung von Gewerkschaftsmitgliedern im Rheinlande betrafen, die Aufgabe zugewiesen, hinsichtlich der Regelung von Grenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Gewerkschaften an Stelle der vom Kongress aufgehobenen Resolutionen auf ein Probeforum bis zum nächsten Gewerkschaftskongress zu schaffen. Neben der Erledigung dieser pflichtgemäßen Aufgaben ergab sich für die Gewerkschaftsvorstände die Veranlassung, sich eingehender mit der Agitation in Österreich, sowie mit den aus den vorjährigen großen Streiks und Ausbesserungen gemachten Erfahrungen zu beschäftigen. Der der Generalkommission zur Erwidung überwiegenen Auftrag, gewerkschaftliche Unterrichtskurse einzuführen, war in seiner Vorbereitung soweit geblieben, daß er den Vorständen zur Begutachtung vorgelegt werden konnte. Endlich veranlaßten Anträge aus Kreisen der Vorstände die Generalkommission, eine Aussprache über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen. Diese zum Teil umfangreichen Verhandlungen bewirkten eine fast fünftägige

Name des Ortes	Zahl der Mitglieder			Gegen das 2. Quart. 1905		Zahl der Wochen- beiträge			Gegen das 2. Quart. 1905		Gaubetrag für das 2. u. 4. Quart. 1905	
	1. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme	1. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme	1905	1906
Gau IX. Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig.												
Mörsleben	19	22	27	8	—	204	311	243	39	—	4	90
Verbnburg	42	60	55	13	—	518	484	490	—	28	11	50
Wittenfeld	8	2	5	2	—	71	36	36	—	35	—	70
Braunschweig	72	66	102	30	—	677	591	1113	436	—	16	60
Delitzsch	25	22	15	—	10	320	220	192	—	128	3	70
Deßau	59	53	52	—	7	518	625	470	—	48	10	50
Einleben	32	33	24	—	8	213	302	273	60	—	5	70
Halberstadt	106	101	103	—	3	675	836	864	189	—	—	—
Halle	880	850	877	47	—	7650	8348	7986	336	—	172	—
Magdeburg	1720	1782	1820	100	—	19020	20547	21988	2968	—	—	—
Merseburg	40	47	49	9	—	406	558	553	147	—	—	—
Mörsleben	4	—	—	—	4	24	—	—	24	—	—	—
Quedlinburg	29	31	30	1	—	395	362	362	33	—	—	—
Schönebeck	—	—	12	12	—	—	—	74	74	—	—	—
Stendal	13	13	11	—	2	168	144	123	—	45	2	60
Tangermünde	41	41	45	—	16	623	425	554	—	69	—	—
Weissenfels	46	42	43	—	3	550	500	540	—	10	—	—
Wittenberg	17	17	15	—	2	185	164	184	49	—	3	20
Zeitz	6	—	—	—	6	93	—	—	93	—	—	—
Einzelmitglieder	—	7	5	5	—	—	115	78	78	—	—	—
	3124	3209	3290	166	—	32260	34568	36123	3863	—	231	40
Gau X. Hannover.												
Diefeld	100	96	85	—	15	832	685	1157	322	—	17	90
Welle	—	—	51	51	—	—	—	466	—	—	—	—
Sameln	18	24	19	1	—	137	211	207	70	—	2	40
Hannover	353	346	370	17	—	2816	2663	3198	382	—	—	—
Verford i. W.	22	22	10	—	12	114	203	75	—	39	2	20
Sildesheim	83	94	90	7	—	907	929	1183	276	—	—	—
Nichom.	9	12	12	3	—	134	132	66	—	68	2	40
Winden i. W.	1	1	—	—	1	14	12	—	—	14	—	10
Snabrück	5	8	8	3	—	75	75	70	—	5	1	60
Beine	27	28	28	1	—	152	807	835	183	—	5	90
	618	631	673	55	—	5181	5217	6757	1573	—	32	50
Gau XI. Schleswig-Holstein und Hamburg.												
Hamburg	4309	4375	4385	76	—	41498	46762	48429	6931	—	876	—
Harburg	48	55	59	11	—	420	740	527	107	—	11	40
Kiel	444	406	452	8	—	3403	4477	4691	1288	—	—	—
Neumünster	—	—	14	14	—	—	—	48	48	—	1	40
Wilhelmsburg	48	50	42	—	6	660	612	456	—	204	9	20
Einzelmitglieder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4849	4886	4952	103	—	45981	52591	54151	8170	—	898	—
Gau XII. Bremen und Oldenburg.												
Vant-Wilhelmschaven	407	315	334	—	73	2859	3241	2860	1	—	—	—
Brake	18	19	19	1	—	72	97	177	105	—	—	—
Bremen I.	518	512	651	133	—	5876	5322	7482	1606	—	—	—
Bremen II.	51	61	61	10	—	727	755	771	44	—	—	—
Bremerhaven	210	210	220	10	—	2394	2061	2346	—	48	43	—
Delmenhorst	—	26	30	30	—	—	196	205	205	—	3	—
Emden	10	1	—	—	10	37	27	—	37	—	—	—
Fever	20	10	10	—	10	168	46	66	—	102	3	—
Leer	10	13	16	6	—	81	84	129	48	—	1	—
Oldenburg	25	30	25	—	—	340	310	185	—	155	—	—
Rarel	8	17	14	6	—	11	105	106	95	—	—	—
Regeled	21	26	25	4	—	131	107	124	—	7	—	—
Verden	9	10	10	1	—	61	88	101	40	—	—	—
Weener	—	—	6	6	—	—	—	14	14	—	—	60
	1307	1250	1421	114	—	12757	12439	14566	1809	—	50	60
Gau XIII. Westfalen.												
Bochum	11	6	6	—	5	105	57	30	—	75	—	60
Dortmund	26	22	12	—	14	83	105	120	87	—	1	20
Elberfeld	385	334	335	—	—	2351	2064	2119	—	232	35	—
Essen	77	59	59	—	18	423	461	489	16	—	5	90
(Etraßberg)	32	20	28	—	4	180	192	163	—	17	9	75
Gelsenkirchen	5	11	6	1	—	49	138	25	—	24	—	—
Hagen	1	—	—	—	1	10	—	—	—	10	—	—
Lüdenscheid	34	33	15	—	19	338	247	104	—	234	8	90
Mülheim a. d. R.	19	18	10	—	9	100	111	75	—	25	1	—
Münster i. W.	25	26	22	—	3	293	294	200	—	93	—	—
Solingen	68	70	75	7	—	679	612	652	—	27	7	—
Wanne	4	—	—	—	4	26	—	—	—	26	—	—
Witten	18	28	22	4	—	125	169	162	87	—	2	20
Einzelmitglieder	—	5	8	8	—	—	40	50	50	—	1	30
	655	682	598	—	57	4762	4490	4139	—	623	67	85
Gau XIV. Rheinprovinz.												
Aachen	156	100	100	—	56	682	713	431	—	251	—	—
Bonn	—	10	2	2	—	—	64	16	—	16	—	—
Duisburg	25	16	14	—	11	49	159	94	45	—	—	—
Düren	40	20	12	—	28	392	94	68	—	324	—	—
Düsseldorf	48	61	54	6	—	876	887	460	84	—	—	—
Eichweiler	—	—	10	10	—	—	—	34	34	—	—	—
Köln a. Rhn.	788	596	546	—	240	5036	4429	3997	—	1039	—	—
Krefeld	160	131	130	—	30	1149	972	1116	—	83	—	—
M.-Gl.-Bach	80	215	180	100	—	623	1756	2113	1490	—	—	—
Merdingen	15	13	13	—	2	153	50	61	—	92	—	—
Wierfen	13	7	7	—	6	58	47	27	—	81	—	—
	1323	1169	1068	—	257	8518	8671	8417	—	101	—	—

Name des Ortes	Zahl der Mitglieder			Gegen das 2. Quart. 1905		Zahl der Wochen- beiträge			Gegen das 2. Quart. 1905		Gesamtbeitrag für das 3. u. 4. Quart. 1905	
	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zu- nahme	Ab- nahme	M	S
Gau XV. Hessen, Unter-Baden, Rheinspfalz und Lothringen.												
Alschaffsburg	12	10	8	—	4	109	92	90	—	19	—	—
Biebrich a. Rhn.	34	28	29	—	5	310	270	250	—	60	—	—
Darmstadt	47	48	51	4	—	447	442	494	77	—	—	—
Frankenthal	44	44	43	—	1	380	400	401	21	—	—	—
Frankfurt a. M.	551	554	556	5	—	4242	3439	4107	—	135	—	—
Gießen	31	38	45	14	—	305	548	448	143	—	—	—
Kassel	41	35	31	—	10	393	325	249	—	144	—	—
Korbeldberg	61	62	63	2	—	570	630	638	68	—	—	—
Köschl a. M.	20	21	21	1	—	178	189	216	38	—	—	—
Komburg u. d. S.	21	21	15	—	6	131	153	133	—	3	—	—
Kaiserslautern	15	20	45	30	—	136	191	466	330	—	—	—
Kreuznach	21	21	30	9	—	204	206	306	102	—	—	—
Landau Pf.	—	52	66	14	—	—	380	664	664	—	—	—
Ludwigshafen	74	77	79	5	—	654	797	653	—	1	—	—
Mainz	90	90	80	—	10	747	725	635	—	112	4	50
Mannheim	150	240	280	130	—	1423	2824	3001	1578	—	—	—
Wies	—	12	10	—	—	—	85	67	—	—	—	—
Neustadt a. d. S.	29	29	29	—	—	316	261	400	84	—	—	—
Offenbach a. M.	36	37	50	14	—	372	360	547	175	—	—	—
Worms	10	19	20	10	—	89	198	211	122	—	—	—
Saarbrücken	22	22	16	—	6	209	191	137	—	72	—	—
Speyer	46	46	40	—	6	461	500	376	—	85	—	—
Wahlr.	—	—	—	—	—	2	—	—	—	2	—	—
Wiesbaden	80	42	40	—	40	789	400	308	—	481	—	—
Worms	120	142	154	34	—	1289	1432	1563	274	—	—	—
Worms	—	—	10	—	—	—	—	46	—	—	—	—
Worms	—	—	2	—	—	—	—	29	—	—	—	—
Einzelmitglieder	1555	1710	1813	258	—	13726	14538	16435	2709	—	4	70

Gau XVI. Württemberg, Ober-Baden und Elsaß.

Reutlingen	7	—	—	—	7	114	—	—	—	114	—	—
Reutlingen i. B.	3	28	16	13	—	62	110	162	100	—	—	—
Karlsruhe	68	60	68	—	—	338	392	481	143	—	12	80
Mühlhausen i. E.	—	—	14	14	—	—	—	127	127	—	—	40
Forstheim	41	56	37	—	4	258	420	223	—	35	3	70
Schw. Mühlb.	1	—	—	—	1	17	—	—	—	17	—	—
Strasbourg	95	130	80	—	15	683	1309	700	17	—	22	—
Stuttgart	612	548	557	—	55	5066	4854	5268	91	—	30	—
Einzelmitglieder	—	11	15	15	—	—	144	232	232	—	1	50
	827	833	787	—	40	6538	7229	7193	555	—	71	40

Zusammenfassung.

Gau Nr.	Zahl der Mitglieder			Gegen das 2. Quartal 1905		Zahl der Wochenbeiträge			Gegen das 2. Quartal 1905		Gesamtbeitrag für das 3. und 4. Quartal 1905	
	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zunahme	Abnahme	2. Quart. 1905	3. Quart. 1905	4. Quart. 1905	Zunahme	Abnahme	M	S
I.	522	541	809	287	—	5375	5695	6755	1380	—	173	00
II.	2358	2394	2658	300	—	23529	25673	27862	4333	—	189	70
III.	17392	19488	20723	3331	—	173126	194254	197866	24740	—	189	70
IV.	239	251	222	—	17	2285	2400	3143	858	—	40	20
V.	7235	7509	7533	298	—	77663	70747	81799	4136	—	141	70
VI.	1540	1543	1742	202	—	15437	15892	18266	2829	—	84	10
VII.	987	986	1011	24	—	11725	12540	12898	643	—	10	80
VIII.	1232	1267	1354	122	—	11933	13612	14257	2324	—	207	70
IX.	3124	3209	3290	166	—	32260	34668	38123	3863	—	231	40
X.	618	631	673	55	—	5181	5217	6757	1576	—	32	50
XI.	4849	4886	4952	103	—	45981	52591	54151	8170	—	598	00
XII.	1307	1250	1421	114	—	12757	12439	14566	1809	—	50	60
XIII.	655	632	598	—	57	4762	4490	4139	—	623	67	85
XIV.	1323	1169	1068	—	255	8518	8071	8417	—	101	—	—
XV.	1555	1710	1813	258	—	13726	14538	16435	2709	—	4	70
XVI.	827	833	787	—	40	6538	7229	7193	555	—	71	40
Zusammen	45763	48350	50654	4891	—	450796	480556	510097	59181	—	2203	65

III. Durchschnittszahl der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied.

Gau Nr.	Die Zahl der Beiträge betrug pro Mitglied im						Der Durchschnitt von 1905 ist gegen den von 1903		von 1904		
	Jahresdurchschnitt		1905								
			1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.					Jahres- durch- schnitt
	pro 1903	pro 1904					St.	St.	St.	St.	
	Stück	Stück	St.	St.	St.	St.	St.	höher um St.	niedriger um St.	höher um St.	niedriger um St.
I.	41,5	45,3	8,4	10,3	10,5	8,4	37,6	—	3,9	—	7,7
II.	34,1	38,4	9,9	10,0	10,7	10,5	41,1	7,0	—	2,7	—
III.	39,9	39,4	9,8	10,0	10,0	9,5	39,2	—	0,7	—	0,2
IV.	43,3	49,5	10,4	9,6	9,6	14,1	43,5	0,2	—	—	6,0
V.	44,2	44,9	10,4	10,7	9,3	10,9	41,4	—	0,8	—	3,5
VI.	40,6	36,8	7,8	10,0	10,3	10,5	39,1	—	1,5	2,3	—
VII.	46,1	43,2	11,1	11,9	12,7	12,2	48,3	2,2	—	5,1	—
VIII.	38,8	41,4	9,5	9,7	10,7	10,5	40,5	1,7	—	—	0,9
IX.	36,3	39,2	9,8	10,3	10,8	11,0	41,9	5,6	—	2,7	—
X.	35,4	32,3	9,3	8,4	13,3	10,0	36,0	0,6	—	3,7	—
XI.	40,5	40,2	11,5	9,5	10,8	10,9	42,6	2,1	—	2,4	—
XII.	38,6	39,9	9,4	9,8	9,9	10,3	39,3	0,7	—	—	0,6
XIII.	21,5	22,9	5,3	7,3	7,1	6,9	26,0	4,5	—	3,1	—
XIV.	26,2	26,2	7,4	6,4	7,4	7,9	29,0	2,8	—	2,8	—
XV.	34,7	31,0	8,2	8,8	8,5	9,1	34,7	—	—	3,7	—
XVI.	43,5	33,9	9,2	7,9	8,7	9,1	34,9	—	8,6	1,0	—
Durchschnitt pro Mitglied	39,3	39,3	9,7	9,9	9,9	10,1	39,7	0,4	—	0,4	—

Dauer der Konferenz, zu welcher diesmal auch die Redakteure der Gewerkschafts- und die von der General-Kommission unterhaltenen Gewerkschaftssekretäre in den Außenbezirken beratend hinzugezogen waren, da eine Reihe von Fragen, über welche verhandelt wurde, ihre Teilnahme erforderte. Die Konferenz billigte dies, in der Voraussetzung, daß die Erweiterung des Teilnehmerkreises nur eine ausnahmsweise sei.

In der Behandlung der Frage der Grenzstreitigkeiten betrat die Konferenz die Auffassung, daß die Entscheidung über einzelne Grenzstreitigkeiten auszuscheiden sei und nur allgemeine Grundsätze betreffend die Vermeidung und Regelung solcher Streitigkeiten zu beraten seien. Eine Ausnahme hiervon wurde bezüglich der Abgrenzung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, sowie hinsichtlich der Organisation der Gewerkschaftsangehörigen gemacht, da es sich im ersten Falle um die Zurechnung der Beschäftigten einer früheren Konferenz, im letzteren Falle um Stellungnahme gegenüber einer neu gegründeten Sonderorganisation handelte.

Die Auseinandersetzungen über die Grundsätze, nach denen etwaige Grenzstreitigkeiten zu behandeln seien, förderten erhebliche gegensätzliche Auffassungen zwischen den Vertretern der Industrie- und der Branchenorganisationen. Weit schärfer aber waren die Gegensätze zwischen den Angehörigen der Berufs- und denen der Betriebsorganisation, in deren Mittelpunkt der Streit der Brauer und Handels- und Transportarbeiter über die Organisationszugehörigkeit der in Brauereien beschäftigten Arbeiter lag. Auch die Organisation der ungelerten Hilfsarbeiter hatte zu weitgehenden Differenzen, insbesondere mit den Verbänden der Fabrikarbeiter bezug. Bauarbeiter geführte. Ferner wurde die Frage der Organisationszugehörigkeit der regelmäßig ihren Beruf wechselnden Arbeiter in Saisonbetrieben, sowie die Pflicht der Doppelorganisation solcher Gewerkschaftsmitglieder, die einen regelmäßigen Nebenberuf ausüben, in die Debatte gezogen. Das Ergebnis der einhelfstägigen Verhandlungen über diese Streitfragen bildete die Annahme einer Resolution der General-Kommission, ergänzt durch Aufträge von Vertretern der Fabrikarbeiter und Gastwirte, gefolgt, die folgenden Wortlaut hat:

Die der General-Kommission der Gewerkschaften angeschlossen Verbände anerkennen behufs Vermeidung von Differenzen über das gegenseitige Agitationsgebiet die folgenden Grundsätze:

Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich un-
vermeidbar in der Richtung des Zusammenflusses der
Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden.
Neuere Eingriffe in diese sich selbstvollziehende Ent-
wicklung würden diese nicht fördern, sondern nur er-
schweren und stören und erweist sich deshalb eine ein-
seitige Grenzengrenzung durch Konferenz- oder Kongreß-
beschluß als unzulässig.

Um ein gezieltes Nebeneinander- und Zusammen-
wirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird den-
selben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organi-
sationsstandes empfohlen, ständige Agitationsgebiete
durch besondere Vereinbarungen mit den in Betracht
kommenden Verbänden abzugrenzen und alle Fragen der
berührenden wie gemeinsamen Agitation, des Uebertritts
von Mitgliedern und des Zusammenwirkens der Lohn-
bewegungen durch feste Bestimmungen (Partikelverträge)
zu regeln.

Die lokale Anerkennung des Organisationsstandes
erfordert die Unterlassung jeder unzulässigen Agitation,
besonders mit Hinweis auf niedrige Beiträge, die zu-
rückweisende Aufnahmebeschwerden, die aus anderen an-
geschlossenen Verbänden ohne genügende Abweisung und
Regelung ihrer Verbindlichkeiten austraten oder aus-
geschlossen wurden, sowie die Unterlassung jedes Druckes
auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigten Ge-
werkschaftsmitglieder. — Die letzteren dürfen Mitglieder
ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Streitigkeiten des Verbandes
ihres jetzigen Berufs zu fügen. Organisierte Arbeiter,
die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als
6 Wochen zu einem und demselben Beruf über-
treten, müssen sich immer der Organisation des Berufs
anschließen, in dem sie arbeiten. Organisierte Arbeiter,
die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich
beiden in Betracht kommenden Berufsorganisationen an-
zuschließen.

Die dauernd in Betrieben fremder
Berufe beschäftigten Arbeiter sind
der Organisation ihres Berufs zu-
zuführen. Abweichungen von dieser Regel sind nur
statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Ver-
einbarungen zwischen den beteiligten Zentral- bezw.
Gewerkschaften. — Letzteres gilt auch für die Aufnahmen
vereinzelte beschäftigter Arbeiter in Gemeinde-,
Staats- und Gewerkschaftsbetriebe, sowie für Ar-
beiter, für die am Orte eine Organisation ihres Be-
rufes nicht besteht.

Sofort besondere Partikelverträge über die gemein-
same Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks und
Ausperrungen nicht bestehen, haben die Bewegungen,
die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Be-
ziehungen für solche erwarten lassen, die betroffenen Ver-
bände sich vorher über die Unterlegung der Mit-
glieder zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks, wie
auch bei Beteiligung einzelner Mitglieder anderer Ge-
werkschaften an Ausständen, unterstützt jede Organi-
sation nur die eigenen Mitglieder.

Von etwa abgeschlossenen Partikelverträgen ist der
General-Kommission durch Uebermittlung einer Abschrift
Kenntnis zu geben.

Eine von Vertretern des Metallarbeiterverbandes be-
antragte Resolution wurde in namentlicher Abstimmung
mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag des
Vertreters des Verbandes der Handels-, Transport- und
Verkehrsarbeiter, im Abs. 1 der Resolution der General-
kommission hinter „Gewerkschaftsbetriebe“ einzufügen:
„für die in Betrieben der Industrie beschäftigten Handels-
und Transportarbeiter“, wurde vom Antragsteller zurück-
gezogen, nachdem der Vertreter der Gene-

IV. Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben.

Gau Nr.	Gesamtaufkosten				Gaubeitrag				Die Hauptkasse zahlte an:				Die Hauptkasse zahlte pro Nachbeitrag:				Der Ueberkauf betrug:					
	1. Halbjahr 1905		2. Halbjahr 1905		1. Halbjahr 1905		2. Halbjahr 1905		1. Halbjahr 1905		2. Halbjahr 1905		1904		1. Halbj. 1905		2. Halbj. 1905		1. Halbjahr 1905		2. Halbjahr 1905	
	M	—	M	—	M	—	M	—	M	—	M	—	—	—	—	—	—	—	M	—	M	—
I.	1282	82	1009	80	104	80	—	—	1171	02	1000	80	8,8	12,0	8,1	—	—	—	—	—	—	—
II.	2274	75	2763	91	302	90	173	00	1978	85	2590	91	4,4	4,3	4,8	—	—	—	—	—	—	
III.	1624	87	2389	61	3311	30	189	70	—	—	2199	91	—	—	0,6	1686	43	—	—	—	—	
IV.	146	78	204	36	42	20	40	20	104	58	164	16	2,5	2,4	3,0	—	—	—	—	—	—	
V.	2433	44	2639	30	1415	75	141	70	1017	69	2497	60	0,0	0,7	1,6	—	—	—	—	—	—	
VI.	1857	47	1815	74	269	20	84	10	1588	27	1731	64	13,8	6,5	5,1	—	—	—	—	—	—	
VII.	1236	03	559	07	177	80	10	80	1058	23	548	27	7,3	4,8	2,2	—	—	—	—	—	—	
VIII.	2096	28	2285	94	282	05	207	70	1814	23	2078	24	8,9	8,0	7,5	—	—	—	—	—	—	
IX.	1817	90	1996	00	602	10	231	40	1215	80	1764	60	1,5	2,0	2,5	—	—	—	—	—	—	
X.	1094	72	1419	25	122	40	32	50	972	32	1386	75	17,9	9,0	11,6	—	—	—	—	—	—	
XI.	—	—	784	26	938	60	898	00	—	—	—	—	—	—	—	938	60	163	74	—	—	
XII.	1431	70	1430	16	341	80	50	60	1089	90	1379	56	3,8	4,3	5,1	—	—	—	—	—	—	
XIII.	1840	97	2012	28	189	30	67	85	1851	67	1944	43	14,2	16,9	22,5	—	—	—	—	—	—	
XIV.	1652	78	1918	45	253	50	—	—	1890	28	1918	45	11,8	8,0	11,2	—	—	—	—	—	—	
XV.	1960	86	2049	10	293	50	4	70	1667	36	2044	40	8,2	6,6	6,6	—	—	—	—	—	—	
XVI.	1051	39	1514	70	166	90	71	40	884	49	1443	30	8,4	6,2	10,0	—	—	—	—	—	—	
Suf.	23802	76	26741	93	8814	10	2203	65	14988	66	24538	28	2,1	1,7	2,5	2625	03	163	74	—	—	

V. Gegenüberstellung der Mitglieder- und Beitragsziffern des 4. Quartals 1904 und 1905.

Gau Nr.	Mitgliederzahl		Mehr	Weniger	Beitragsziffer		Mehr	Weniger
	1904	1905			1904	1905		
I.	468	809	341	—	5140	6755	1615	—
II.	2162	2658	496	—	21614	27862	6248	—
III.	15100	20723	5623	—	148948	197866	48918	—
IV.	198	222	24	—	2667	3143	476	—
V.	6615	7533	918	—	76617	81799	5182	—
VI.	744	1742	998	—	6676	18266	11590	—
VII.	823	1011	188	—	9732	12368	2636	—
VIII.	1055	1354	299	—	11476	14257	2781	—
IX.	2638	3290	652	—	26545	36123	9578	—
X.	565	673	108	—	4022	6757	2735	—
XI.	4585	4952	367	—	49874	54151	4277	—
XII.	1176	1421	245	—	12906	14566	1660	—
XIII.	956	598	—	358	5518	4139	—	1379
XIV.	1109	1068	—	41	5978	8417	2439	—
XV.	1304	1813	509	—	10602	16435	5833	—
XVI.	907	787	—	120	8310	7193	—	1117
Zusammen	40405	50654	10249	—	406685	510097	103412	—

ratkommission erklärte, daß der Antrag überflüssig sei, weil die Gewerks- und Transportarbeiter in Produktionsbetrieben gemäß der Resolution als „dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigte Arbeiter“ aufzufassen und der Organisation ihres Berufes anzuhängen seien.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurde ohne weitere Debatte folgende Resolution, betreffend die Schaffung möglichst einheitlicher Uebertrittsbedingungen, angenommen:

„Den Verbänden wird empfohlen, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, die den Uebertritt der Mitglieder in einen anderen, der Generalkommission angehörenden Verband nach folgenden Grundsätzen regelt:

1. Die Mitglieder, welche zu einem anderen Verein übergehen und sich in der Organisation, der sie bisher angehört, regelnäßig abmelden und die Beiträge voll entrichtet haben, sind vom Beitrittsgebe in der anderen Organisation befreit.

2. Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzurechnen, daß die geleisteten regelmäßigen Verbandssbeiträge summiert werden und auf Beiträge der neuen Organisation umzurechnen sind.

3. Die durch Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt auf die in der neuen Organisation vorgesehene Karenz und auf alle vorhandenen Unterstützungseinrichtungen in Anwendung. Im Unterstützungsfall gilt die Karenz, die nach den Bedingungen der bisherigen Organisation zwischen der letzten und der neugebildehen Unterstützung zu liegen hat."

Einigkeitlich der Abgrenzung des Agitationsgebietes der Gemeindefabrikarbeiter lagen lebhafteste Beschlüsse der Verbände der Steinzeiler und Gärtner vor, daß der Verband der Gemeindefabrikarbeiter die seitens der vorhergehenden Konferenz der Vorstände in dieser Frage gefaßten Beschlüsse lieber beachtet, noch auch seinen Mitgliedern kundgegeben habe. Sie beantragten in Gemeinschaft mit den Vorständen der Handels- und Transportarbeiter, sollte Abstimmte eine Resolution, die nicht bloß den vorliegenden Beschluß der Vorstände erneuert, sondern dem Verbands der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter zugleich eine scharfe Mißbilligung ausspricht und bei weiterer Nichtbeachtung dieser Beschlüsse den Ausschuß aus den Reihen der freien Gewerkschaften empfiehlt. Der Vertreter dieses Verbandes wies auf die innere Krise hin, die das Ausscheiden Boerschs aus dem Verbands zurückgelassen habe machte für die Neigungen mit anderen Verbänden die nicht einwandfreie Zeitung Boerschs verantwortlich und erklärte, alles aufzuteilen zu wollen, um den Konferenzbeschlüssen Geltung zu verschaffen. Nach dieser Erklärung wurde das Mißbilligungsvotum, wie auch die Ausschußdrohung gegen den genannten Verband seitens der Antragsteller zurückgezogen und die Konferenz begnügte sich mit der Annahme folgender Erklärung:

„Die Bestrebungen des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter- angestellten haben nichts gemeinsam mit den Bestrebun- gen der Industrieverbände.

Während die Industrier Verbände ein Produkt der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung darstellen, fehlt dem Verbands der in Gemeinde- und Staats-

betriebenen beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, so
weit derselbe seine Tätigkeit auf die gewerblichen Be-
triebe, das Verkehrswesen, Garten- und Forstwirtschaft-
ungen auszuüben beabsichtigt ist, jede derartige Grund-
lage und handelt es sich bei diesem nur um eine künst-
liche Zusammenfassung der verschiedenartigen, betriebs-
technisch und beruflich von einander vollständig unab-
hängigen Einzelbetriebe durch ein rein äußerliches
Band. Die Folge dieser Verbindungen ist lediglich eine
Versipptlichkeit, teilweise sogar vollständige Vermengung
der für diese gewerblichen u. s. w. Berufe in Betracht
kommenden Gesellschaftsorganisationen.

Die heutige Konferenz der Vorstände erneuert deshalb den Beschluß der im Oktober 1904 stattgehabten Konferenz."

Außerdem wurden der früheren Resolution (1904) betreffend die Ausländigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter*) im ersten Absatz hinter „Verdingungsweisen“ folgende Worte eingefügt:

„ausschließlich der bei letzterem beschäftigten Gärtner und Gartenbauarbeiter“.

Gegen die Gründung von Sonderorganisationen der Angehörigen in Genossenschaftsbetrieben wendete sich ein Antrag des Vertreters des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften und -Geschäftsinnen (Hamburg). Den Anlaß hierzu bildete die Gründung einer Sonderorganisation der insolventen Vorstandsmitglieder von Konsumbetrieben gegenständig des Statutär Genossenschaftstages. Gegen diese Sonderorganisation wurde geltend gemacht, daß sie die Angehörigen davon abhalte, ihre Kräfte der Organisation der Hunderttausende und Millionen im Dienste des Sozialkapitals beschäftigten Handlungsgesellschaften und Arbeiter zu widmen, und daß sie lediglich der Erreichung von Sonderinteressen diene. Es sei Pflicht der in höherer Genossenschaftlicher Position Angehörigen, am Kampfe gegen das Privatkapital, den sie anderen überlassen wollen, teilzunehmen. Nach der Erklärung, daß der Antrag nicht unter allen Umständen eine Verschmelzung des Verbands der Generalkommunisten angehörigen Lagerhalterverbandes mit dem Zentralverband der Handlungsgesellschaften, wurde ersterer gegen 2 Stimmen in folgendem Verlauf angenommen:

„Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen ist prinzipiell zu verwerfen. Diese Angestellten und Arbeiter sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem geisteskräftigsten Kampf gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.“

Mit einer weiteren Erklärung des Vorsitzenden, wonach demnächst eine Aussprache der Verbandsvorstände der Handlungsgehilfen und Lagerarbeiter über eine anbahnende Verschmelzung stattfinden soll, erklärten sich die heftigsten Vorreiter einverstanden.

Die danach erfolgende eingehende Beratung über die Situation in Oberschlesien ergab im allgemeinen ein Einverständnis darüber, daß die gegenwärtige Situation im örtigen Bezirk es geeignet erscheinen lasse, die seitens

der freien Gewerkschaften errungenen Positionen durch Anstellung besoldeter Bezirksleiter und Gewerkschaftssekretäre weiter zu befestigen. Im besonderen wurde auf die Schlichtungsgesetze, die der Agitation aus dem Mangel von Verarmungslokalen erwachsen, hingewiesen und die Generalcommission beauftragt, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel den Ansprüchen auf Beschaffung von Verarmungslokalen in diesem Bezirk möglichst entgegenzukommen, jedoch mit der Einschränkung, daß keinerlei Zuschüsse zum Bau von Gewerkschaftshäusern gegeben werden dürfen.

Die der Vorstandskonferenz vom Kölner Gewerkschafts-
kongreß überreichten Anträge 12 und 14, betr. Anstellung
eines Gewerkschaftsführers für Rheinland-Westfalen und
eines Arbeiterfretärs für M. Gladbach - Neerdort wurden
abgelehnt, da der erstere zum guten Theile durch Schaffung
einer Kalkulationskorrespondenz in Düsseldorf, der letztere
durch zahlreiche Anstellungen von Gewerkschaftsbeamten im
vorigen Bezirk als erdrückt gelten können.

Inschließlich der Einrichtung von Unterrichtskursen unterbreitete die Generalkommission ein Programm der Begutachtung der Konferenz.

Zu ergänzen war, ob Spezialurufe für Arbeiter-
betriebe, Redakteure, Klassenbeamte usw. den allgemeinen
Kursen vorzuziehen seien. Die Generalkommission entschied
sich trotz der leichten Durchführbarkeit der ersten für
deren vorläufige Zurückstellung, da das größere Bedürf-
nis nach allgemeinen Kursen vorhanden sei. Bei der
Ausgabe der Zeitschriften sollten für erste nur solche, die
in Berlin und Umgegend domicilierten, in Betracht
kommen. Später könne die ständige Anstellung von Zei-
tschriften ins Auge gefaßt werden. Dagegen sei die Ein-
richtung von Wanderkursen ausgeschlossen. Die Sonderung
der Zeitschriften sei beratig zu bemessen, daß tüchtige Kräfte
abgewonnen werden könnten.

Nach längerer Diskussion, in welcher die Bedeutung der theoretischen Grundlagen der Selbstschaften hervorgehoben wurden, fand das Programm der Generalkommission allgemeine Billigung.

Die Erfahrungen aus den jüngsten großen Streiks und Ausschreitungen wurden in mehrstündiger Debatte erörtert; doch konnte dieser Meinungsaustausch ein abschließendes Ergebnis nicht zeitigen, da auch die Gesamtvorstände der einzelnen Gewerkschaften über die aufgeworfenen Fragen beraten mußten.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte der letzte Tagesordnungspunkt: „Partei- und Gewerkschaften“. In deren Verlauf lebhaftes Besprechen über eine Reihe systematischer Angriffe verschiedener Parteiorgane und gewisser Parteikreise auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Führer und Presse erhoben wurden. Schon während und nach dem großen Vergaberdelictamp in Ruhrgebiet, besonders aber nach dem Kölner Gewerkschaftsstreik; wurde in diesen Angriffen und in der Herabsetzung der Gewerkschaften seitens einzelner Parteiorgane ein Erntedankfest gefeiert. Bei aller Uebereinstimmung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den letzten Zielen des proletarischen Kampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einig zu sein und schwebende Differenzen durch Verständigung auszugleichen, könne man diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden soll. Besonders sei es die Pflicht der Gewerkschaftspresse, solche Angriffe rasch und entschieden zurückzuweisen und ihre Solidariät auch einzelnen von Parteiorganen angeführten Gewerkschaftsredaktoren gegenüber zu bekunden. Doch solle die Zurückweisung in Inhalt und Form dem Gemeingeist der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein und nicht der Schürung der Intrigue dienen, wie so häufig die Anrempelungen untererem Gewerkschaftskritiker. Die Generalkommission sei nach wie vor berufen, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsam berührenden Fragen rechtzeitig eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Da indes nach Auffassung des Leitenden der Kritik der Parteipresse selbst der Gewerkschaftsbewegung gegenüber keinerlei Schranken gezogen werden könnten, so könne auch der Gewerkschaftspresse nur dringend empfohlen werden, von ihrem Rechte der freien Kritik künftig ebenfalls mehr als bisher den notwendigen Gebrauch zu machen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen; die Konferenz begnügte sich, ihr Einverständnis mit der diese Ausführungen zusammenfassenden Erklärung des Vorsitzenden zu bekunden.

Es folgte dann die Konferenz nach der Erklärung der Zentralkommission für Befreiung des Kollern und Vogelsberg beteiligten Vorstände, welche die ihr Gebührenden darüber aussprachen, daß stellungsfähige Verbände, sowie die der Metall- und Holzarbeiter, Brauer, Glaser u. a., trotz des verpflichtenden Beschlusses des Kölner Gewerkschaftstages, dem auch ihre Delegierten zustimmten, die Unterthürung der Zentralkommission nicht abgeben und die Verampfung dieses schädlichen Systems den gemeinsamen selbstständigen Selbstbestimmung überlassen.

Damit hatten die fünfstägigen Beratungen ihr Ende erreicht.

Der Streik der Kohlenarbeiter der Firma

Thms & Graf in Kiel-Gaarden.

Die Verwaltung der kaiserlichen Werft in Kiel läßt das Bestehen der Kriegsfahrzeuge, sowie das Herbeischaffen z. des Betriebes Brennmaterials durch einen Privatunternehmer, die Speditionsfirma Thms u. Graf in Kiel-Gaarden besorgen, welche, da diese Arbeiten ziemlich umfangreicher Art sind, im Durchschnitt ca. 120

*) Siehe Corr.-Bl. Jahrg. 1904, S. 740.

Kohlenarbeiter beschäftigt. Die beiden Kohlenhöfe Hottenau und Kaiserliche Werft sind räumlich weit von einander entfernt, so daß ein gemeinsames Arbeiten selten eintritt. Durch unablässige, energische Agitationsarbeit gelang es, allmählich ca. 90 pEt. der Beschäftigten für unsere Organisation zu gewinnen, so daß Hoffnung wurde, den vielfachen Mißständen bezüglich des Lohnverhältnisses etwas auf den Leib rücken zu können. Der Firma blieb dieses Bestreben natürlich nicht unbekannt, und um der Bewegung von vornherein die Spitze zu nehmen, entließ sie am 10. Februar kurzerhand zwölf der ältesten Arbeiter vom Kohlenhof Hottenau. Angenommen wurde nur mit einer guten Organisation auf diesem Arbeitsplatze gerechnet, in Wirklichkeit gaben die Kollegen der Werft erlitten nichts nach. Die Verdrüßung, sowie die Vorgehensweise der Entlassung legten klar die Absichten der Firma zutage, weshalb unsere Kollegen in sofort einberufenen Versammlungen beschlossen, diesen Schandakt der Firma mit der Gegenforderung der Wieder Einstellung der Entlassenen an ihre alten Plätze, sowie Anerkennung eines der Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln den Tarifabschlusses zu begegnen.

Im Laufe der Woche stieg das Organisationsverhältnis auf ca. 98 pEt. und konnte deshalb den kommenden Ereignissen mit aller Ruhe entgegen gesehen werden. Am 18. Februar erfolgte die Eingabe der Forderungen mit Antivortstermin bis zum 15. abends.

Nach bis zu diesem Zeitpunkt die Firma keinerlei Nachfrist sandte, wurde mit ungeheurer Majorität beschlossen, den Forderungen durch Arbeitsseinstellung den nötigen Nachdruck zu verschaffen und ruhte demzufolge am 16. früh der gesamte Betrieb.

Diese Situation hatte niemand erwartet. Seitens der Firma sofort eingeleitete Verhandlungen seltener zum größten Teile an verschiebenden persönlichen, unfruchtlichen Ausbrüchen der Anführer über die Streikenden bezug. deren gewählten Kommissionsmitglieder und somit entbrannte ein Kampf der Arbeiterschaft gegen einen Gegner, der einen mächtigen Bundesgenossen hinter sich hatte, nämlich die Werftverwaltung. Diese kommandierte kurzerhand, als die ausgestellten Streikposten ihre Schuldbiligkeit taten und die Arbeitswilligen fernhielten, Werftarbeiter und Marinemannschaften, die Arbeiter für die Privatfirma zu berichten. Das hierbei mit Wertschön und Versprechen goldener Wege nicht gefahrt wurde, versteht sich am Rande, ebenso wurden die sich weigernden Werftarbeiter sofort entlassen bezug. hiermit bedroht. Als besonderes Abschreckungsmittel wurde auch die Form des Tagesbefehls beibehalten, wovon nachstehend ein Probchen:

Tagesbefehl Nr. 52.

Kiel, den 22. Februar 1906.

Aus hängen!

H. M. 6405 M.

Der Handlanger, Markennummer 8716, wird mit sofortiger Entlassung bestraft, weil er sich geweigert hat, den ihm nach dem Arbeitsvertrage obliegenden Verpflichtungen, nämlich Kohlenwagen zu entleeren, nachzukommen. Vergl. § 9 der Arbeitsordnung.

bes. v. Uebdom.

Aber auch dieses wirkte nicht, die Solidarität unter den Werftarbeitern wuchs täglich, und so hatte die Werftverwaltung auch hiermit zu rechnen. Bei vielen der also zu Streikbrechern kommandierten bildete sich so ein Stück von passiver Resistenz heraus, so daß die Werftverwaltung oftmals wohl bis zu 50 dieser Arbeitswilligen beisammen hatte und ein gut Stück Geld gezahlt werden mußte, aber die Arbeit selbst wurde nicht im entferntesten so gefördert, wie es sonst unter normalen Verhältnissen der Fall war.

Wegen der Kommandierung von Marinemannschaften zu Privatarbeiten wurde beim Reichsmarinamt sofort nachstehende telegraphische Beschwerde eingeleitet:

Reichsmarinamt Berlin.

Zur Lohnkassier zwischen Privatfirma und ihren Arbeitern wird auf der Kaiserlichen Werft Kiel durch Marinemannschaften Arbeit (Befestigung des Dampfers Hermann Sauber) verrichtet, die zu leisten lediglich der Firma zusteht. Wir ersuchen höflich, die Oberverwaltungsstelle hierauf aufmerksam machen und diesbezüglich instruieren zu wollen. Von Geschehenem bittet höflich um Benachrichtigung.

Transportarbeiterverband Kiel.

Da das Porto für die Mitnahme beigefügt war, wurde stündlich eine solche erwartet, aber aufsetzend arbeitete der Apparat dort oben etwas schief, denn nach drei Tagen ließ die hohle Wanne schief ein: „Es liegt keine Veranlassung vor, Ihrer Anregung bezüglich Dampfers „Sauber“ Folge zu geben.“

Marineamt.

Da auch die Werftverwaltung auf ein inoffizielles eingetragenes Schreiben nachstehende grimmige Antwort erteilt hatte:

Die Werft vermag Ihnen ein Recht zur Einstellung in das zwischen ihr und der Firma H. M. u. Graf bestehende Vertragsverhältnis nicht anzuerkennen und muß es deshalb sowohl jetzt wie auch für die Zukunft ablehnen, auf Ihre diesbezüglichen Zuschriften einzugehen. v. Uebdom.

konnte unser „Meinere Gegner“, die Firma H. M. u. Graf, getrost der Zukunft entgegen sehen, im Vertrauen darauf, die Bundesgenossen würden sie schon zu schützen wissen.

In der Umgegend Kiels war kein Streikbrechermaterial mehr aufzutreiben, weshalb die Firma Agenten in ersolabersprechende Gegenden entsandte, und somit traf am 24. Februar ein geschlossener Trupp Arbeitswilliger von 54 Mann aus Schlesien, Oesterreich, Italien etc. ein, der ohne weiteres auf fiskalischem Grund und Boden, dem Kohlenhof Hottenau, einquartiert und durch eine Wache Marine-

mannschaften mit scharf geladenem Gewehr (wirdlich zu nehmen) „beschützt“ wurde.

Aber auch unsere Kollegen waren auf dem Posten, und so waren am 25. Februar bereits 46 „Lieblinge“ wieder herausgeholt und fortgeschickt. Der Rest machte den Kohl nicht fett und so half alles Wetter und Fröhen nichts, die Arbeit ging nicht vorwärts. Die Werftverwaltung kommandierte wieder Marinemannschaften, denen bei der Arbeit des Kohlenarens sogar die Kochkühl aufstießen mußte, Seiger und Maschinen mußten heranziehen, die Firma herausziehen, die Werftkühl mußte die Streikenden, besonders bezüglich Beistellung Arbeitswilliger, scharf aufstern nehmen und was sonst noch an allerlei „Hilfs-mittelchen“ benutzt wurde, aber es half alles nichts, zähe und unerschütterlich hielten die Streikenden aus, unermüdet hielten die Gebe der öffentlichen Kritik bezüglich des Verhaltens der „Bundesgenossen“, und so mußte den kämpfenden endlich auch die Palme des Sieges werden.

Am 1. März rief die Firma das Gewerbegericht als Einigungsamt an und am 2. März fanden die diesbezüglichen Verhandlungen statt, die zu nachstehendem Resultat führten:

Die am 10. Februar entlassenen Hottenauer Kollegen werden mit einer Ausnahme sofort an ihre alten Plätze wieder eingestellt. Bezüglich dieses einen nicht wieder Eingestellten, des Kollegen O., liegen persönliche Belangen, allerdings agitativer Art, zwischen diesem und einem der Geschäftsinhaber vor, so daß mit dieser Möglichkeit von vornherein gerechnet wurde. Das Anerbieten der Firma war, O. bei Bedarf wieder einzustellen. Dieser „Bedarfsfall“ dürfte schwerlich eintreten, weshalb diese Angelegenheit für uns erledigt war.

Sodann wurde an der Hand des eingereichten Tarifentwurfes nachstehendes vereinbart:

Tarifvertrag.

Zwischen der Expeditionsfirma H. M. u. Graf in Kiel und den bei ihr beschäftigten Kohlenarbeitern, vertreten durch den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Kiel, wird folgender Tarifvertrag geschlossen.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Die Tagesarbeit dauert von 6½ Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

§ 2.

Für Arbeiten nach 7 Uhr abends — außer für Auflegen auf Mole —, sowie für Arbeiten an Sonn- und Festtagen wird ein Vohnaufschlag von 15 pEt. vergütet.

§ 3.

An Pausen werden zur Frühstückszeit ¼ Stunde, zur Mittagszeit 1½ Stunden und zur Vesperzeit ¼ Stunde gewährt.

§ 4.

Soll über 9 Uhr abends hinaus gearbeitet werden, so ist die Firma verpflichtet, spätestens am Abend vorher den Arbeitern Bescheid zu sagen.

§ 5.

Für jeden der Arbeitsplätze, Kohlenhof Hottenau und Kohlenhof Kaiserliche Werft, ist ein aus sechs Personen bestehender Arbeiterausschuß zu wählen, der die Aufgabe hat, bei allen entstehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen Schlichtungsversuche anzustellen. Sollten diese Versuche nicht zur Beilegung der Streitigkeit führen, so ist die Ortsverwaltung des im Eingang genannten Verbandes anzuziehen.

§ 6.

Für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses wird die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist ausgeschlossen.

Lohnsätze.

§ 7.

Auf Arbeitsplatz Kohlenhof Hottenau.

	pr. To.
1. Ueberflügen	0,45 M.
2. Von Land in Brahm bis 50 Mtr. parallel der Seimauer	0,40 "
Für jede angefangenen weiteren 10 Mtr. ein Zuschlag von	0,05 "
3. Löschen an Land bis 70 Mtr. parallel der Seimauer	0,50 "
Für jede angefangenen weiteren 25 Mtr. ein Zuschlag von	0,05 "
4. Karrenschienen aus Schuppen:	
Für die erste Hälfte	0,45 "
Für die zweite Hälfte	0,65 "
5. Für jedes Wegen der Köhlen ein Zuschlag von	0,10 "
6. Einfaden von Magazin auf Kai	0,70 "
7. Transport gefüllter Sade von Sackschuppen nach Brahm oder beladen	0,55 "
8. Dampfer löschen oder beladen	0,55 "
Soweit es sich um Versuchs-dampfer (wie „Hermann Sauber“) handelt, mindestens 60 M. Stundentlohn.	
9. Löschen von Prestkohl	1,40 "
10. Prestkohl von Land in Brahm	1,40 "
11. Holzstapeln ab Fuhrwagen	0,20 "
Von Land in Brahm	0,50 "
Von Schiff an Land und Stapeln	0,50 "

Auf Arbeitsplatz Kohlenhof Kaiserliche Werft.

	pr. To.
1. Saden:	
a) ab Magazin auf Brahm	0,80 M.
b) ab Magazin auf Kai	0,75 "
c) ab Magazin auf Kai	0,60 "
d) ab Magazin auf Kai	0,55 "
2. Holz abladen	0,75 "
3. Gefüllte Sade von Kai auf Brahm	0,40 "
4. Gefüllte Sade von Brahm auf Mole	0,70 "
5. Gefüllte Sade von Kai in Bunker	0,95 "
6. Gefüllte Sade von Brahm in Bunker	1,10 "
7. Bunkern mit Karren:	
von Magazin	0,90 "
von Brahm	0,75 "
mit Karren	1,40 "

8. Dampfer löschen	0,80 M.
9. Prestkohl von Magazin in Magazin	0,70 "
Von Magazin in Brahm	1,10 "
10. Für jedes Wegen ein Zuschlag von	0,10 "
11. Für Löschen ein Stundentlohn von	0,60 "
12. Aus Magazin in Brahm	0,50 "
Aus Magazin in Brahm	0,35 "
Von Lager hinter Magazin in Brahm	0,40 "
Aus Magazin in Magazin	0,40 "
Aus Magazin nach Maschinenbau	0,35 "
Aus Magazin nach Kesselschmiede	0,40 "
Aus Magazin nach Eisenbearbeitung	0,70 "
Aus Magazin nach Eisenbearbeitung (Winkelstühle)	0,40 "
Aus Magazin nach Schmiede und Schlosser	0,40 "
Aus Magazin nach Dockschiffwerk	0,40 "
Aus Magazin nach Dockzentrale	0,50 "
Aus Magazin nach Stellenprobieranstalt	0,60 "
Aus Magazin nach Zister und Segelmacher	0,70 "
Aus Magazin nach Hauptgebäude	1,10 "
Aus Magazin nach Schiffs- u. Maschinen-Bureau	1,00 "
Aus Magazin nach Ausrüstungsbureau	1,00 "
Aus Magazin nach Refektor 7	0,60 "
Aus Magazin nach Kesselhaus Hottenau	0,85 "
13. Plagarbeiten (Zagelohn)	4,00 "
14. Holzarbeiten:	
Abladen von Magazin und Stapeln	0,30 "
Alle übrigen Holztransporte	0,50 "
Auf Arbeitsplatz W 1 (Korperverfälsch) u. W 2 (Korperverfälsch)	1,10 M. pro Tonne

§ 8.
Ob für Stellengebühren und andere Verwaltungsarbeiten mit Rücksicht auf deren Art und Umfang eine besondere Vergütung gezahlt werden soll und die Höhe der Vergütung, bleibt der freien Vereinbarung vorbehalten.

§ 9.
Dem beim Bunkern auf der Kaiserlichen Werft beschäftigten Maschinenisten ist von der Firma ein Tagelohn von 5 M. zu zahlen.

Schlussbestimmungen.

§ 10.
Aus der Tarifbewegung, die durch den Abschluß dieses Vertrages beendet ist, dürfen keinerlei Mahregungen hergeleitet werden, soweit nicht zu Protokoll des Gewerbegerichts vom 2. März 1906 Abweichendes vereinbart ist.

§ 11.
Dieser Tarif ist für die Dauer seiner Gültigkeit auf den Arbeitsplätzen Hottenau und Kaiserliche Werft an leicht sichtbarer Stelle auszuhängen.

§ 12.
Dieser Vertrag gilt vorläufig für die Zeit seit seiner Unterzeichnung bis zum 31. März 1908. Der Tarif ist nicht vor dem 1. Januar 1908 von einer der beiden Parteien schriftlich aufgekündigt, so gilt er als mündlich vereinbart, bis seine schriftliche Kündigung vor dem 1. Januar zum Schluß des darauf folgenden Kalenderjahres erfolgt.

§ 13.
Dieser Vertrag wurde in drei gleichlautenden Ausfertigungen unterfertigt.

Kiel, den 3. März 1906.

(Folgen Unterschriften.)

Ferner wurde noch zu Protokoll gegeben, daß für beide Arbeitsplätze je ein Kranstransportford und ein gefüllter Verbandskasten zur ersten Hilfe bei Unfällen der Werft, sowie auf beiden Arbeitsplätzen eine verschleißbare Schutzhülle und ordnungsgemäße Frühstücksbude eingerichtet wird. („Damit alle die Arbeiter nicht immer das Frühstück aufessen und wir bei Unfällen auch mal unter Dach essen können“, bemerkte einer der Kommissionsmitglieder.) Eine genaue Gegenüberstellung der bisherigen und letzten Lohnsätze, um die Erhöhungen etc. zu veranschaulichen, wurde zu Protokoll gegeben. Aus obigem Tarif ist zu sehen, wie mannigfaltig die einzelnen Positionen sind. Zu einer Vereinfachung dieser Vornahme, wie gefordert, konnte sich die Firma absofort nicht verstehen, da dadurch ihr eigener mit der Werftverwaltung abgeschlossener Vertrag angeblich vollständig über den Gehalt geworfen werden würde.

Die am Vormittage des 3. März abgehaltene, vollaufgig beschickte Versammlung stimmte den Abmachungen ihrer Vertreter geschlossen zu, und so war ein Kampf zu einem glücklichen Ende geführt, der in allen seinen Einzelheiten das Interesse jedes Denkenden bis weit über die Grenzen Kiels erwecken mußte und auch getan hatte. Es war ein Meilen der Kräfte, wie sie auf selten des Gegners wohl selten so machtvoll vorhanden waren.

Daß unserer Organisation hierbei der Sieg zufiel, darf mit besonderer Freude konstatiert werden, legt er doch Zeugnis ab von der Macht der Einigkeit. Mögen die Kollegen dieses nie vergessen und eingegeben des Elbes sein, den sie in dem in der letzten beschriebenen Versammlung ausgebrochenen Kampf auf die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats stützten.

Und nun vorwärts, zu neuer Arbeit!

Der Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands

hielt seine neunte Generalversammlung am 26. Februar bis 2. März d. J. in Stettin ab. Anwesend waren aus derselben 32 Delegierte, 6 Bezirksleiter, 3 Mitglieder des Hauptvorstandes, je ein Vertreter des Ausschusses, der Redaktion und der Revisionskommission, 2 Vertreter des Gesamtverbandes, sowie je ein Vertreter der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und unseres Verbandes.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß der Verband seine Mitgliederzahl in der letzten Geschäftsperiode — 1904/1905 — von 16481 auf 17716 steigerte, demnach eine Zunahme von 1235 Mitgliedern zu verzeichnen hatte. Die Mitglieder-Aufnahme war in dieser Periode eine erfreulich große, standen doch 17848 Neueintritte 16306 Austritte gegenüber, das ist ein Verlust von mehr als 90% der neuemgewonnenen Mitglieder, dessen Ursache vom Berichtsfasser des Vorstandes wesentlich auf mangelhafte Einrichtungen in der Beitragskassierung — vielfaches Fehlen der Hauskassierung — zurückgeführt wird.

Die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks hat sich gegen die der vorhergehenden Geschäftsperiode mehr als verdoppelt, allein die Zahl der Angriffstreiks stieg von 5 auf 24. Demgemäß sind auch die erzielten wirtschaftlichen Erfolge für die Mitglieder annehmbarer gewesen. Zur Zeit liegen dem Vorstand bereits wieder aus 23 Mitgliedschaften Gesuche um Genehmigung von Angriffstreiks vor.

Die Ausgaben für Lohnbewegungen und Streiks betragen insgesamt 221745,19 Mk.

Der Kassenschluß des Verbandes weist folgende Zahlen auf: 1904. Einnahme inkl. Bestand Mk. 297075,24; Ausgabe Mk. 205542,01; 1905. Einnahme inkl. Bestand Mk. 300124,71; Ausgabe Mk. 322081,76. Bestand am 31. Dezember 1905 Mk. 35092,26. Von den Ausgaben entfallen auf: Krankenunterstützung Mk. 64433,53, Sterbegeld Mk. 18880,00, Gemeindefragen- und Notaufbesserung Mk. 11912,65, Rechtschutz und Gerichtskosten Mk. 6627,26. Eine interessante Übersicht bezüglich der Leistungen des Verbandes gibt nachstehende Zusammenstellung der wesentlichen Ausgabenposten der letzten sechs Jahre:

Jahr	Sterbegeld	Rechtschutz und Gerichtskosten	Gemeindefragen- und Notaufbesserung	Streiks und Lohnbewegungen	Krankenunterstützung
1900	1830,—	689,90	—	3016,81	—
1901	4140,—	2031,70	947,48	17967,55	—
1902	5590,—	1248,01	1922,68	5246,18	—
1903	7100,—	1326,11	1997,05	7747,57	—
1904	8350,—	3119,22	4873,46	89414,60	5866,50
1905	10590,—	3508,04	7039,19	124503,45	58267,08

In der Diskussion über den Bericht wurde besonders auf die eigenartigen Verhältnisse in der Binnenwirtschaft hingewiesen und betont, daß die für diesen Bereichsweg seitens der Reichskommission für Statistik veranfaßten Erhebungen, weil von den Unternehmern beeinflusst, wohl kaum ein zutreffendes Bild der Arbeitsverhältnisse ergeben werden. Mit Bedauern wurde konstatiert, daß auch der vom Verband eingeleiteten statistischen Feststellung seitens der Mitglieder vielfach nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt worden sei. Im zukünftigen eine intensiver Agitation, namentlich in den zurückgebliebenen Gegenden betreiben zu können, wurde die weitere Anstellung von Bezirksleitern gefordert, auch sollten zur Förderung der übrigen Verbandsaufgaben, dem Hauptvorstand weitere Kräfte für das Verbandsbureau zur Verfügung gestellt werden. In diesem Sinne wurde beschlossen und die Anstellung weiterer Kräfte dem Hauptvorstand übertragen. Die Vorfälle des Hauptvorstandes, betr. die Beschäftigung des Schlichtungsgremiums für alle im Schiffbau und der Schiffahrt beschäftigten Arbeiter, sowie des Gegenseitigkeitsvereins mit 24 anderen Zentralverbänden und des Regulaturs für die Gauhauptverbände wurden angenommen. Beschlossen wurde ferner, das Verbandsorgan ab 1. Januar 1907 wöchentlich herauszugeben.

Die Diskussion über den vom Vorstand vorgelegten Kartellvertrag, welcher zwischen den Verbänden der Eisenarbeiter, Seemanns, Eisenbahner, Maschinen- und Holz- sowie anderen Verbänden im vorigen Jahre vereinbart wurde, sowie über die auf Zusammenfassung mit anderen Verbänden gerichteten Anträge gestalteten sich zu einer recht lebhaften, in deren Verlauf namentlich von unseren Vertretern und dem des Seemannsverbandes die unbedingte Notwendigkeit der Schaffung einer Einheitsorganisation für alle im Transportgewerbe tätigen Arbeiter dargelegt wurde. Auch die übrigen Redner erkannten ausnahmslos die Notwendigkeit des Zusammenfassens der Bruderorganisationen an, nur wurden vereinzelt Bedenken dahingehend laut, ob die Schaffung des Einheitsverbandes nicht verfrüht und es vielmehr richtiger sei, erst die Branchenorganisation besser auszubauen, ehe man an die Verschmelzung herangete. Die Stimmung der Generalversammlung bezüglich dieser Frage gelangte zum Ausdruck durch Annahme nachstehender Anträge:

1. Um allen Mitgliedern des Verbandes der „Eisenarbeiter“ Rechnung zu tragen, beschließt der Verbandstag über die Anbahnung der Verschmelzung der Organisationen, die sich durch den Kartellvertrag verbunden sind, ist eine Urabstimmung innerhalb unserer Organisation vorzunehmen und das Resultat hierauf im „Eisenarbeiter“ bekannt zu geben.
2. Auf Antrag zu dem Punkte betr. Urabstimmung: Nach Schluß des Verbandstages treten die Vorstände der in Betracht kommenden Verbände zu einer Beratung zusammen, um eine bestimmte Grundlage für die Urabstimmung festzulegen. Ferner soll die Materie in den einzelnen Organen ausführlich behandelt werden.

Unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Binnen-Schiffahrtsgewerbe wird die über den Zusammenschluß der einzelnen Verbände vorzunehmende Urabstimmung der Binnen-Schiffer und Fischer im Winter 1906/1907 vorgenommen.

Damit hat die Generalversammlung ungewissenheit ihr Einverständnis mit der Schaffung einheitlicher Organisationsverhältnisse im Beruf dargelegt und um dem seit langem erstrebten Ziele wesentlich näher gebracht.

Zu erwähnen waren aus den weiteren Verhandlungen, soeben die Berichte über die internationalen Kongresse in Amsterdam von 1904 und den Gewerkschaftskongress in Köln von 1905, sowie ein interessantes Referat des Gen. Robert Schmidt über die „Arbeiterversicherung“; letzteres soll auf Beschluß des Verbandstages wöchentlich dem Protokoll einverleibt werden.

Beschlossen wurde ferner, in Zukunft den Verbandsbeitrag von 45 Pf. auf die Dauer von 44 Wochen pro

Jahr zu erhöhen; außerdem soll bei Streiks, deren Kosten die Summe von 20000 Mk. übersteigen, jedes Mitglied einen Extrabeitrag von 50 Pf. und bei je weiteren 20000 Mk. Kosten einen weiteren Beitrag in dieser Höhe leisten.

Die Wahl der Verbandsleitung ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der nächste Verbandstag findet 1908 in Hamburg statt.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, den 17. Februar, fand eine öffentliche Versammlung unseres Verbandes statt, welche sehr gut besucht war. Der Gauleiter referierte über das Thema: „Unser Verband im Jahre 1905“.

Redner schilderte in erster Linie die Entwicklung im Handels- und Transportgewerbe und führte dann an, daß unser Verband im Jahre 1905 sich um 10 000 Mitglieder vergrößert habe. Er gab der Zukunft Ausdruck, daß, wenn im laufenden Jahre so weiter gearbeitet werde, sich diese Zahl sicher verdoppeln wird. In Lohnbewegungen waren die Handels- und Transportarbeiter im Jahre 1905 ziemlich stark beteiligt und teilweise sind auch schöne Erfolge erzielt worden. Redner führte weiter aus, daß kein Streit größere Wunden schlagen könne, als ein solcher im Transportgewerbe. Was wäre z. B. eine Großstadt ohne Straßenbahnfahrer, ohne Straßenbahnwagenfahrer, ohne Gefährtsführer usw.? Durch deren Arbeits-einstellung würde der ganze geschäftliche Verkehr in Mitteleuropa gelähmt und gehemmt. Als auf der letzten Generalversammlung der wichtige Beschluß gefaßt wurde, die wöchentlichen Beiträge zu erhöhen, da wurde die Befürchtung laut, die Mitgliederzahl könne eine Abnahme erfahren, aber das Gegenteil hat sich ereignet, und wäre eine Erhöhung nicht eingetreten, so wäre der Verband nicht in der Lage gewesen, erfolgreiche Kämpfe zu führen. Wegen der Arbeitszeit bemerkte Redner, daß die Gewerkschaftsleitung in verschiedenen Städten bei der Bahnverwaltung vorstellig geworden sei, damit die Erprobungszeit verkürzt werde, denn daraus resultiert vielfach die lange Arbeitszeit. Von den Verwaltungen wurden aber diese Anregungen stets abgelehnt. Selbstverständlich wird trotzdem nichts unversucht bleiben und es wird immer wieder angebahnt werden, bis unsere Wünsche erfüllt sind. Dasselbe, was von der Bahnverwaltung gesagt wurde, trifft auch bei der Postverwaltung zu. Hier könnte Hilfe geschaffen werden dadurch, daß die Annahme größerer Mengen Paketsendungen für den Schluß vorverlegt würde. Bei den Handels- und Transportarbeitern handelt es sich in erster Linie jetzt darum, Tarifabschlüsse zustande zu bringen, damit schwere Kämpfe vermieden werden und die Arbeitszeit besser geregelt werden kann. Redner wurde für seinen Vortrag reichlich Beifall gezollt.

In der Diskussion brachten verschiedene Redner Wünsche zur Sprache, speziell handelt es sich um die Firma C. F. W., welche früher nichts als Beihilfe beschäftigte. Durch das Eingehen des Handlungsgehilfenverbandes wurden aus den Beihilfen Volontäre. In die bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter werden Zimmerknechte von 14 bis 16 Mk. pro Woche bezahlt. Es ist natürlich unmöglich, daß ein Familienknecht mit einem solchen Lohn existieren kann. Weiter kam noch ein heftiges Jubelgeschrei in Erwähnung, weil es dort so üblich ist, daß jeder Arbeiter seinen Wochenlohn schlichtweg in die Hand gedrückt bekommt, damit er nicht sieht, was der andere erhält.

In seinem Schlußwort ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, recht fest zusammen zu halten, denn nur einer starken Organisation sei es möglich, bestehende Mißstände zu beseitigen.

Berlin. In einer am Mittwoch, den 7. d. Mts. stattgefundenen Sitzung der Vertrauensleute der Einlasser wurde auf Vorschlag eines Kollegen die Sektionsleitung um zwei Beisitzer ergänzt, und ist somit eine jede Branche unseres Berufes in der Leitung vertreten; es ist damit einem längst gehegten Wunsche der Kollegen Rechnung getragen worden.

An Stelle des auscheidenden Kollegen Böhm, welcher Familienverhältnisse halber sein Amt niedergelegt, wurde der Kollege Gustav Neßkau, Stragmannstr. 29, einstimmig gewählt. Aus der Automatenbranche wurde der Kollege W. Michaelis, Wilmshagenstr. 5, ebenfalls einstimmig zum Beisitzer gewählt.

Auf Antrag des Kollegen Ludowit wird die Wahl des zweiten Beisitzers in der nächsten Sitzung erledigt. Ferner wurde beschlossen, auch für unsere Sektion die Kontrollkarten einzuführen und soll aus diesem Grunde die Gewerkschaftsadresse, sowie die Arbeiterblätter entsprechend informiert werden.

Der Vorsitzende forderte noch die Vertrauensleute auf, soweit es noch nicht geschehen, sich politisch zu organisieren, mit Ausnahme der Ausländer, und vor allen Dingen den „Vorwärts“ zu abonnieren, welchem Beschluß sich sämtliche Kollegen unterwerfen.

Von dieser Stelle aus seien jedoch sämtliche Verbandskollegen nochmals aufmerksam gemacht: Verlangt stets von Euren Kassierern, sei es Versicherung oder Abgabemaß, das Mitgliedsbuch, schließt Gefährte oder Versicherungen aller Art nur mit organisierten Kassierern ab, nur dadurch kann unsere Sektion weiter gedeihen.

Wiesbaden. In der Generalversammlung am 4. Februar erhaltete der Kassierer den Kassierbericht, welcher sehr günstig ausfiel. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre 12 Mitglieder und eine öffentliche Versammlung abgehalten wurden. Die Neuwahl ergab: Specht als 1., Holz als 2. Vorsitzender, Storchelmer 1., Martin 2. Kassierer, Selbmeier 1. und Wirtschel 2. Schriftführer, Jolse und Thorm, Reibforen, Kartellbeauftragter Selbmeier.

Die Versammlungen sollen jeden 1. Sonntag im Monat im Saalbau zum Kaiser Hof, Westhofenstraße, stattfinden. Kassierstunden Wochentags von 7—8 Uhr abends, Sonntags zwischen 11 und 1 Uhr.

Nach Aufforderung zu besserem Versammlungsbesuch trat Schluß ein.

Breslau. Montag, den 19. Februar, fand eine öffentliche Versammlung aller im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand: Stellungnahme zu dem Oftern in Berlin tagenden Allgemeinen Kongress der im Handelsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Ein Kollege erläuterte die Notwendigkeit des Kongresses, auf welchem die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe vor aller Öffentlichkeit dargelegt und beseitigt werden sollen, die den gelebten Körperlichkeiten unterbreitet werden sollen. Der Referent schilderte eingehend die Breslauer Verhältnisse, betreffs Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Sechsstunden-Vollschluß und Unfallversicherung. In Breslau ist von einer gesetzlichen 11 stündigen Arbeitszeit nicht viel zu spüren. Ein großer Teil der Kollegen muß schon früh morgens vor Eröffnung des Geschäfts nach der Wohnung des Chefs, um Kleider zu reinigen, Schuhe putzen, Köchen tragen, Schlüssel holen etc. Des Abends nach Geschäfts-schluß ist es ebenso, da gibt es noch Paete zu besorgen, Koffer auf die Bahn zu schaffen, Schlüssel zu tragen usw. Außerdem wird in diesen Geschäften während der Saison bis in die Nacht hinein gearbeitet, so daß von einer Ruhezeit nicht viel zu merken ist. Auch die Sonntagsruhe steht nur auf dem Papier. Denn es konnte festgestellt werden, daß ein großer Teil Geschäftsinhaber sein Personal während der gesetzlichen Ruhezeit beschäftigt und daher zur Anzeige gebracht werden mußte. Der Sechsstunden-Vollschluß wäre mit Freunden zu begrüßen, denn dann könnte auch die Arbeitszeit besser geregelt werden. Jetzt sieht man die Kollegen früh vor Vollschluß mit hochbeladenen Wagen zur Post fahren, und dann können dieselben ja warten, bis sie dransommen, da wird es 1/2—9 Uhr, ehe sie zurückkommen. Die Unfallversicherung betreffend muß gesagt werden, daß selber nur ein kleiner Teil von Verletzten dieselbe haben. Es muß daher unser Bestreben sein, alles daran zu setzen, damit auch hier Besserung eintritt, da im Handelsgewerbe ebenfalls viel Verunfallungen vorkommen.

In der darauf folgenden Diskussion, an welcher sich eine ganze Anzahl Kollegen beteiligten, wurden die Ausführungen des Referenten bestätigt und durch einzelne Fälle noch ergänzt.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung beschäftigte man sich eingehend mit dem Flugblatt, welches der Verband der Handelsgehilfen Breslaus zur Verteilung unter die Kollegen gelangen ließ. Es ist das ein Vorzeichen, wie man es nur als Umfassung bezeichnen kann. Da in demselben auf die niedrigen Beiträge und die hohen Unterhaltungen hingewiesen wird, mit dem besondern Hinweis, daß das Geld in Breslau bleibt und nur für Breslauer Kollegen verhandelt wird.

Es entspann sich hierüber eine sehr lebhaft diskussion, an der sich auch die Lokalvereine beteiligten, da auch von diesen sich ein Teil eingeladen hatte. Es wurde den Leuten klar gemacht, daß ein derartiges Vorgehen nicht gut geheißen werden kann. Die Lokalvereine diffundieren und versuchen ihr Vorgehen zu rechtfertigen, was ihnen aber nicht gelang. Bezeichnend war die Bemerkung des Mitglieds, daß es einen großen Teil Handelsgehilfen gibt, die schon Angst haben, wenn sie die rote Fahne sehen, und für diese Leute müsse es doch auch einen Verein geben. Diffundieren will aber selbst Sozialdemokrat sein!

Zum Schluß wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute im Cafe-Restaurant tagende öffentliche Versammlung der Hauskassierer, Pader etc. Breslaus erkennt die Notwendigkeit der Abhaltung eines Kongresses für Handelsgehilfen für den Arbeiterinnen an, von dem sie erwartet, daß er Mittel finden wird, die geeignet sind, die durch das Verfallsbedürfnis der Arbeitsverhältnisse der Handelsgehilfen für menschenwürdigen zu gestalten. Die Versammlung ist aber auch der Ansicht, daß nur eine Zentralorganisation in der Lage ist, den Kongressbedürfnissen nachzukommen, sie verpflichtet daher jeden Kollegen, für den Ausbau derselben zu wirken.

Dresden. Die Fensterputzer hielten am 22. Februar eine Versammlung ab, in der ein Kollege einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Das Beihilfs- und Gefellenwesen jetzt und früher“ hielt.

Die Debatte über gewerkschaftliche Angelegenheiten gestaltete sich sehr lebhaft und zeigte, daß nach und nach doch der Geist der gewerkschaftlichen Organisation Eingang in die Reihen der Kollegen findet. Die weiteren Ausführungen zeigten, daß verschiedene Unternehmer wieder die alten Zustände einführen möchten, inbezug auf Entlohnung usw.

Nach einer Aufforderung, die Arbeiterzeitung zu abonnieren und unablässig für den Verband zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Dresden. In einer am 24. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Genosse Mißke über: „Arbeiter- und Unternehmerverbände“.

Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine klaren und leicht verständlichen Ausführungen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Bergmann zunächst bekannt, daß den Mitgliedern in diesen Tagen ein Fragebogen zur Beantwortung vorgelegt wird. Dieselben sollen den Zweck haben, feststellen zu können, wieviel Kollegen Abonnenten der Arbeiterpresse, wieviel Bürger und wieviel politisch organisiert sind.

Dies wird in der darauffolgenden Debatte allgemein gutgeheißen.

Kollege Bergmann weist noch darauf hin, die Kollegen, welche mit dieser Arbeit betraut werden, dadurch zu unterstützen, diese Fragebogen möglichst selbst und genau auszufüllen.

Zum Schluß gibt Kollege Bergmann bekannt, daß Dienstag, den 19. März, eine Mitgliederversammlung im großen Saale des Volksbades stattfindet. Da diese von großer Wichtigkeit sei, indem das Inkrafttreten des neuen Tarifs mit der Führerern-Zunahme auf der Tages-

ordnung steht, fordert Redner auf, rege dafür zu agitieren, so daß die Versammlung überflüssig wird.

Darauf folgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. M. Wälderhausburschen. Was haben wir durch unsere letzte Lohnbewegung erreicht? Referent Stadtbürgermeister Dr. Quast — parolen — Kollege Fritz. Spricht der Quast nicht, frug mich ein Kollege, welcher schon jahrelang gewerkschaftlich und politisch organisiert ist, als ich ihm Flugblätter für die am 13. Februar stattfindende Wälderhausburschen-Versammlung geben wollte. Welcher nicht, antwortete ich. Dann verteilte ich auch keine, war die Gegenantwort. Also, weil so ein simpler Kollege spricht, verteilt man keine Zettel und läßt Versammlung Versammlung sein. Aber nicht nur dieser Kollege hat kein Interesse an der Zunahme unserer „Ektion“, nein, noch mehrere, ebenfalls doppelt Organisierte scheinen die Zettel zu hinterlistigen Zwecken gebraucht zu haben, denn sonst hätte die Versammlung nicht so eifrig besucht sein können. Waren doch nur, sage und — aber soll ich's nicht sagen, denn die Frankfurter Wälderhausburschen müssen sich schämen, wenn es die anderen Kollegen hören — schiebe 3 Kollegen anwesend von ca. 500 Wälderhausburschen. Und da scheint ein alter Kollege aus dem Nordost nicht, sich noch lustig über die „Versammlung“ zu machen. Würde der oben gemeinte Kollege mehr für eine gut besuchte Versammlung sorgen (die andern natürlich auch) und selbst kommen, dann könnten wir auch mal den Genossen Dr. Quast an Stelle des simplen Kollegen Fritz zum Referenten nehmen. Dem erst genannten würde es sicher einen Heubergspatz machen, in einer überfüllt besuchten Wälderhausburschenversammlung denjenigen hier stehende Lage klar machen und darauf hinzuwirken, wie leicht gerade die Wälderhausburschen sich ihre Lage verbessern können.

Also, Kollegen, wie unser hiesiges Parteiblatt in Nr. 38 schrieb, hat der Regierungspräsident die Sonntagsruhe für die Stadt Frankfurt genehmigt. Wir sind jedoch (Lebensmittelbranche) davon ausgeschlossen. Es würde sich deshalb empfehlen, eine große Protestversammlung gegen diesen Ausschluß zu veranstalten, und zwar für alle in der Lebensmittelbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Wenn wir auch die übliche Sonntagsruhe für uns nicht momentan dadurch erreichen würden, so doch mindestens eine Erweiterung derselben.

Hirsch. Die am 28. Februar abgehaltene Mitglieder-Versammlung beschloß sich mit dem an Herrn zu Berlin stattfindenden Kongress der Handelsburschen. Es wurde beschlossen, den Kongress durch einen Delegierten zu bezeichnen. Gewählt wurde Kollege Süßner. Solange der Referent als auch die Diskussionsredner erläuterten Punkt für Punkt. Auch wurden die Arbeitsverhältnisse kritisiert, namentlich das Lebensmittelpreis und das Aussehen der Bader und Einbinder in den Spielwarengeschäften. Der 9. Stundentag sei als zeitgemäß zu fordern. Der Delegierte soll alles das auf dem Kongress zum Ausdruck bringen. Die Kollegen sollen durch Sammelbriefe gebittet werden. Ein Kollege regte noch an, daß bei solchen Versammlungen die Tagesordnung in der Bürgerzeitsung mit bekannt gegeben wird. Weiter wurde noch beschlossen, eine Versammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: Konsumvereine und Genossenschaftswesen. Hierauf Schluß.

Krefeld. Öffentliche Versammlung am 18. Februar. Genosse Leberenz referierte über den Nutzen der Gewerkschaftsbewegung, den Anwesenden ausführlich erläutend, welche großen Vorteile ihnen seitens der Organisation geboten werden. Auch der Gauweiler legte den Kollegen dringend ans Herz, daß sie im eigenen Interesse mehr als bisher für die Organisation agitieren müssen.

In der Diskussion kamen verschiedene Mißstände zur Sprache. Bei der Firma Friedrichs liefen die Kollegen ihre inviden Knochen, des Nachts auf Stroß auszuwerfen. Bei der Firma Gähler u. Engelher erhalten die Kollegen einen Wochenlohn von 19–20 Mk. für 7 Tage Arbeit. Auch des Sonntags müssen diese Kollegen schon morgens um 4 Uhr im Stalle sein. Verschiedentlich suchten die Führer ihre Kautschuk durch Schnapsenbuden vom Besuch der Versammlungen abzuhalten. Auch der Grattis-Schnaps wird auf die Dauer nicht imstande sein, unsere Bestrebungen nach besseren Arbeitsverhältnissen aufzuhalten. Darum, Kollegen, ercht recht hinein in die Organisation, die Führer werden Euch wohllich nicht davon abzuhalten versuchen, wenn die Organisation nicht Euch zum Nutzen wäre.

Leipzig. Mitglieder-Versammlung am 23. Februar. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Wollenbaur einen Vortrag über den politischen Massenstreik. Der Redner schilderte die historische Entstehung aller dergleichen Streiks und meinte, es müsse volle Aufklärung über dieses Kampfmittel geschaffen werden. Der Redner kam auch auf Ausland zu sprechen und sagte, daß das russische Volk einen Verzweiflungskampf führe, weil es überhaupt noch keine Rechte bestimme. Anders dagegen sei es bei den deutschen Arbeitern, die durch die unrichtige Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks vielleicht die heute noch sehr wichtigen Rechte auch noch verlieren könnten. Deshalb wäre es notwendig, die gewerkschaftliche und politische Organisation immer noch mehr zu stärken und zu schulen. Wenn aber die herrschenden Klassen dazu übergehen sollten, der arbeitenden Klasse etwa — einige Rechte, das Reichstagswahlrecht, zu nehmen, dann müsse die deutsche Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik übergehen.

Weicher Vorschlag wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil.

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern scharf betont, daß die Arbeiter bei dem politischen Massenstreik gar nichts zu verlieren hätten, weil sie jetzt schon so gut wie keine Rechte hätten.

Folgende Resolution gelangte hiernach gegen zwei Stimmen zur Annahme:

„Die heute im Koburger Hof zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung der Handels-, Transport- und Ver-

kehrsarbeiter Leipzigs erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Wollenbaur in Beziehung auf den politischen Massenstreik insoweit einverstanden, als sie darin eine notwendige Waffe im Kampfe um die Befreiung der arbeitenden Klasse erblickt. Deshalb verpflichten sich die Anwesenden, unter ihren Berufs- und Klassengenossen in dieser Beziehung ausdauernd zu wirken.“

Zum Handelsburschenkongress wurden als Delegierte die Kollegen Weder, Dose, Kuhnert und Patzsch und als Ersatzmann Weinde einstimmig gewählt.

Unter Gewerkschaftlichem wurde zur Sprache gebracht, daß die zum größten Teil gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der hiesigen Schulheidebierlage ein von der Betriebsleitung arrangiertes Fest im Neuen Gasthof in Schütz, der von der organisierten Arbeiterschaft gefeiert ist, unterstützen wollen. Es wurde deshalb den dort beschäftigten Arbeitern von der Versammlung ein Mißtrauensvotum ausgesprochen.

Mainz. Bezüglich der Versammlungen hört man immer Klagen, daß die Mitglieder sich so wenig in den Versammlungen zeigen lassen, die Laune, Schläfrigkeit und Saumlosigkeit sind die Ursachen vieler Kollegen; fragt man sie, so bekommt man zur Antwort: ach, ich besaße ja meine Beiträge und was gemacht und beschlossen wird, ist mir ja recht.

Nein, Kollegen, nicht allein bezahlen, sondern die Versammlungen regelmäßig besuchen, das ist die erste Pflicht, daher auch die große Unkenntnis von Gewerkschaftsangelegenheiten. Ist eine Angelegenheit zu regeln in der Jahreshilfe, so steht man immer die alten Geschlechter, denn von den 80 Mitgliedern, erscheinen regelmäßig 15 bis 20; ist dagegen eine Tanzmusik oder farneballistische Sitzung, so kann man eine Anzahl Kollegen sehen, wie sie dorthin eilen und lassen die Versammlung im Stich. Nein, Kollegen, das muß anders werden, denn ein jeder muß sich selbst sagen, erst Versammlung dann Vergnügen; bei uns ist das Gegenteil der Fall. Kommen dann die Kollegen aus dem Vergnügen in die Versammlung, so hört man nur ein Schnarchen und Stöhnen, denn der Freund Schlaf tut sein Nützlich. Ist eine Angelegenheit in einem Betriebe zu regeln, so hört man nichts in der Versammlung, sondern in Lokalen, wo es nicht hingehört, darum das bunte Mißtrauensgespräch. Solche Angelegenheiten gehören zur Sprache gebracht in den Versammlungen, dort wird darüber beraten, wie die Sache am besten zu befehlen ist, in Mainz ist noch sehr viel zu regeln und zu verbessern. Den Kollegen ist aber alles recht, warum? Die Gleichgültigkeit und Laune hebi sie über alle Hindernisse hinweg.

Was Agitation anbelangt, denken verschiedene Kollegen, das ist dem Vorstand seine Arbeit. Nein, ein jeder muß sich mit dem Gedanken tragen, immer mehr neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen und alle inoffiziellen Kollegen, die dem Verbande noch fern stehen, aufzusuchen, ihnen die Sache begreiflich zu machen und ihnen zu sagen, hör mal, du, willst du nicht in den Verband eintreten? Dann wird ein jeder sehen, daß wir neue Mitglieder in den Verband bekommen, denn überall kann man agitieren, bei der Arbeit, wie im Wirtschaft, denn nur Einigkeit macht stark, und Kollegen, gedent des Wortes:

Mann der Arbeit, aufgebracht,
Und erlerne Deine Macht,
Alle Wälder stehen still,
Wenn Dein starker Arm es will.

Worms. Am Sonntag, den 10. Februar, unternahmen die Kollegen Stroh und Sed eine Agitationsfahrt nach Bensheim a. d. Bergstraße zwecks Erklärung einer Jahreshilfe. Die Besprechung im Gasthaus zeigte, daß für den Verband Interesse vorhanden ist, denn es waren viele Führer erschienen, und alle sprachen sich dafür aus, dem Verbande beizutreten. Es wurde beschlossen, Sonntag, den 18. Februar, die erste Versammlung abzuhalten und zugleich die Vorstandswahl vorzunehmen.

An diesem Sonntag unternahmen nun die Kollegen Stroh, Frey und Weichmann die Fahrt nach Bensheim, woselbst der Gauweiler referieren sollte. 25 Arbeitskollegen stellten sich ein. Ein Kollege aus Frankfurt führte in einer einstuftigen Rede Zweck und Nutzen der Organisation den Anwesenden klar vor Augen und beleuchtete auch viele Lohnbewegungen, welche zu Gunsten der Kollegen ausfielen.

Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Am der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, daraus erlah man, daß auch hier große Mißstände vorhanden sind.

Hierauf erfolgte Wahl des Vorstandes: 1. Bevollmächtigter Gg. Gröschner, Kassierer Gg. Pfleger, Schriftführer F. Korb. 16 Kollegen traten sofort dem Verbande bei und Kollege Gländer ermahnte zu reger Agitation. Es gilt nicht ruhen und nicht rasten, bis der letzte Mann dem Verbande angehört.

Eingesandt.

In die Kollegen in Düsseldorf!

Endlich scheint auch das werden zu wollen, was so lange gebohrt wurde, und nichts als Hoffnungen blieben es Jahre lang. Aber wie die Sonne sich im Frühling immer mehr Bahn bricht, so wird auch in Düsseldorf dem Handels- und Transportarbeiterverband in diesem Jahre ein Frühling des Aufschwungs beschienen sein. Noch ist es dunkle Ahnung, was werden wird, aber in der nächsten Mitglieder-Versammlung werden wir hoffentlich schon mit einer größeren Mitgliederzahl aufwarten können.

Nicht umsonst sollen die Kollegen einen neuen Vorstand gewählt haben und nicht umsonst sollen sie diesem das Versprechen gegeben haben, mit aller Energie einzutreten für eine Masse von Arbeitern, die bis jetzt als die rückständigste gilt in unserer schönen Rheinland. Rückständig in Bezug auf Einigung und Behandlung

der Arbeiter. Ganz besonders rückständig sind die Arbeitsverhältnisse aber in unserem Beruf. Von des Rheines freien Schönen war hier bisher nichts zu bemerken. Nicht nur dem Kapitalisten, auch dem Arbeiter soll in Zukunft das schöne Rheintal reichlich Gutes bei der Verbesserung seiner Arbeitskraft bringen. Das wird freilich nur der Fall sein, wenn die Kollegen endlich aus ihrem Schlaf erwachen und Mann für Mann für ihre Organisation mit ihrer ganzen Kraft und Persönlichkeit eintreten. Hier in der Düsseldorf steht es jetzt. Winkere vor, das Feld beackern und den Samen ausstreuen. Ist erst die Zahl der Organisierten eine der Zahl der hier tätigen Kollegen angemessene, dann können wir auch den Kampf wagen, um bessere Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, dann vermögen wir dem Ausbeutungssystem des Unternehmertums ein halt zu bieten und uns allen samt unseren Familien ein auskömmliches Dasein zu sichern.

Also auf, Kollegen, an die Arbeit für unseren Verband!

Verschiedenes.

Teuere Lebenshaltung der Massen. Die Preise für Lebensmittel steigen seit Jahren immerfort, haben sich aber nie so stark erhöht wie im Jahre 1905. Das ergibt eine Berechnung, die Prof. Dr. Falkro in seinem „Arbeitsmarkt“ anstellt. Er nimmt dazu als Grundlage die Portion eines Marinesoldaten und rechnet diese auf eine vierköpfige Familie um. Das Ergebnis ist folgendes: Die Kosten der Ernährung im Durchschnitt sämtlicher Städte betragen in Mark:

	1900	1901	1902	1903	1904	1905
pro Woche	20,44	20,56	20,72	21,15	21,29	21,98
„ Jahr	1062,88	1069,12	1077,44	1099,80	1106,88	1142,06

Eine Familie, die für die nämlichen Nahrungsmittel gleicher Quantität und Qualität im Jahre 1900 1062,88 Mark zu bezahlen hatte, mußte im Jahre 1905 80,08 Mark mehr oder 1142,06 Mk. ausgeben. Es ergibt sich also eine Verteuerung von beinahe 8 pCt. gegen das Jahr 1900. Diese Steigerung des Lebensaufwandes für die Ernährung wirkt aber um so empfindlicher, als im allgemeinen das Einkommen der Arbeiter das Niveau des Jahres 1900 noch nicht wieder erreicht hat. Gegen 1904 ist die Steigerung im Vergleich zu den früheren Jahren geradezu sprunghaft. Sie beträgt jährlich rund 36 Mk., während die Steigerung in den vier Jahren 1901 bis 1904 zusammen 44 Mk., von 1900 Ausgangspunkt genommen, beträgt. Die starke Steigerung der Haushaltskosten im Jahre 1905 resultiert in der Hauptsache aus den Preissteigerungen für Fleisch. Bedenkt man erstens, daß mit Beginn März 1906 mit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge die Lebensmittelpreise weitersteigen, wie Herr v. Roddeich selbst zugeben, bedenkt man, daß Geld in Geld damit die Arbeitslosgenheit und dadurch das Einkommen sich vermindert, beachtet man ferner, daß durch den derzeitigen teuren Geldstand voraussichtlich im nächsten Jahre die Marktpreise steigen werden, so ergeben sich herrliche Zukunftsbilder. Und wer ist Schuld daran?

Elektrizität an Bord eines modernen Ozeandampfers. Die Elektrizität hat längst Heimatsrechte auf dem Ozean gefunden. Nicht nur in den Ausstrahlungen der Martonifikationen schwingt sie sich über das Weltmeer, sie wohnt auch an Bord des einzelnen Ozeandampfers und tritt hier als schaffende, wirkende Kraft in den Dienst der Schiffsektion und der Passagiere. Den breitesten Raum und das weiteste Tätigkeitsfeld hat man ihr an Bord des modernsten der Hamburger Riesenfahrer, der „Amerika“, eingeräumt. Fünf große Dynamomaschinen, die 400 Pferdekraft entwickeln, stehen im Maschinenraum des Schiffes. Diese Kraft wird zu Beleuchtungszwecken und zum Antrieb von mehr als 100 Motoren benutzt. Für die Beleuchtung des Schiffes stehen über 4000 Glühlampen von 10, 16, 25 und 32 Kerzenstärke zur Verfügung. Sollte die Hauptströmung eine Störung erleiden, so kann ein auf einem Deck oberhalb der Wasserlinie aufgestellter Hilfsdynamo in Funktion treten, der die Lampen der Deck, des Maschinenraumes speist. Von den elektrisch betriebenen Motoren dienen 19 der Ventilation. Die reine Luft wird durch Kanäle vom obersten Deck hinaufgeführt und dann durch ein ganzes System von Kanälen in alle Räume des Schiffes verteilt. Infolge dieses Lüftungssystems fehlen die sonst gebräuchlichen, schornsteinartigen Druckventilatoren auf der „Amerika“ vollständig. Elektrisch werden weiter die vier an Bord befindlichen Elevatoren — drei für Gepäck und Ladung, einer für Personen — betrieben. Die Kabinen sind mit elektrischen Fußwärmern und Apparaten für das Selbstenheizen der Brennfächer versehen. Eine außerordentlich vielfältige Anwendung hat die Elektrizität in der Schiffsküche gefunden, dort werden zwei Kellerwaschmaschinen, sechs Messerputzmaschinen, Fleischbadmaschinen, Kaffeemühlen, Teignetzmaschinen etc. elektrisch betrieben. In der Turnhalle findet der Passagier die bekannten Ganderischen Apparate, die durch Elektrizität in Bewegung gesetzt werden. Auch für elektrische Lichtbäder ist Sorge getragen. Die Schiffswärmen werden elektrisch von einer Präzisions-Normaluhr aus im Gang erhalten, elektrische Kloden geben die Signale für das Öffnen und Schließen der Schottenüren, der Ruderlage-Anzeiger und der Umdrehungsanzeiger, der die Anzahl der Umdrehungen der Schrauben pro Minute anzeigt, wird elektrisch betrieben und als Positionslaternen werden elektrische Lampen verwendet. Endlich befinden sich noch die nötigen Vorrichtungen für drahtlose Telegraphie, vier getrennte Telefonanlagen für die Passagiere, für die Küche, für den nautischen und maschinellen Schiffsdienst und für den Unterwasserschall-Apparat an Bord.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Bräutigam, Rummelsburg.
Druck: Maurer u. Dinnmick, Berlin, Louise-Platz 11.